

2. DEUTSCH-ÖSTERREICHISCH-
UNGARISCH-TSCHECHISCH-SLOWA-
KISCHE KONFLIKTGEMEINSCHAFT
1848-1918

Das Lied von der Moldau

Am Grunde der Moldau wandern die Steine
Es liegen drei Kaiser begraben in Prag.
Das Große bleibt groß nicht und klein nicht das Kleine.
Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag.
Es wechseln die Zeiten. Die riesigen Pläne
Der Mächtigen kommen am Ende zum Halt.
Und gehen sie einher auch wie blutige Hähne
Es wechseln die Zeiten, da hilft kein Gewalt.
Am Grunde der Moldau wandern die Steine
Es liegen drei Kaiser begraben in Prag.
Das Große bleibt groß nicht und klein nicht das Kleine.
Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag.

Bertolt Brecht, Schweyk im Zweiten Weltkrieg (1943)

Tschechen und Deutsche in den böhmischen Ländern

Die böhmischen Länder – Böhmen, Mähren und (Österreichisch-)Schlesien – erfuhren zwischen der Mitte des 19. Jahrhunderts und dem Beginn des Ersten Weltkrieges eine Modernisierung ihrer demographischen, verfassungs- und verwaltungsrechtlichen, politischen, administrativen, finanziellen, agrarischen, gewerblichen, industriellen, bildungsmäßigen, kulturellen und sozialen Strukturen, die sie nicht nur weit vor die meisten anderen Regionen der Habsburgermonarchie katapultierte (nur die Großräume Wien und Budapest hatten eine wirtschaftlich noch kompetitivere Entwicklung), sondern am Beginn des 20. Jahrhunderts auch schon einen Spitzenplatz unter den europäischen Zentren – nach den Großräumen von London, Paris und Berlin, Mittelengland, Wallonien, dem Ruhrgebiet und der Lombardei – einnehmen ließ. In den Gebieten zwischen Pilsen (Plzeň) und Bielitz (Bielsko), zwischen Reichenberg (Liberec) und Brünn (Brno) wurde der Wandel von der Agrar- zur Industriegesellschaft, von der bürgerlichen Honoratioren- zur modernen (Dienst-)Leistungsgesellschaft am deutlichsten sichtbar.²⁶⁰

Im Jahre 1850 hatten die böhmischen Länder noch 6,74 Millionen Einwohner gezählt, etwa vier Millionen Tschechen und 2,7 Millionen Deutsche; bis zum Jahre 1910 erreichten die böhmischen Länder schon eine Einwohnerzahl von 10,15 Millionen, unter ihnen 6,3 Millionen Tschechen und 3,5 Millionen Deutsche. Das bedeutete, dass sich die Relationen über 60 Jahre hinweg sichtbar zugunsten der Tschechen verschoben hatten, jedenfalls von keiner „Germanisierung“ in den böhmischen Ländern die Rede sein konnte. Im Gegenteil: In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts rückte die tschechische Bevölkerung im nordwestböhmischen Bergbaurevier, südwestlich von Pilsen, im Südwesten Mährens sowie zwischen Mährisch-Ostrau (Moravská Ostrava) und Troppau (Opava) an die jeweilige Landesgrenze heran. Deutlich war aber auch die Mehrheit der polnischen Bevölkerung im Herzogtum Teschen. Die Bevölkerungsdichte war in Nordböhmen, Mittelmähren

²⁶⁰ Vgl. Ulrike HARMAT (Red.), *Die Habsburgermonarchie 1848-1918*, Bd. IX: Soziale Strukturen, 1. Teilbd.: Von der feudal-agrarischen zur bürgerlich-industriellen Gesellschaft (Wien 2010); Helmut RUMPLER und Martin SEGER, *Die Habsburgermonarchie 1848-1918*, Bd. IX: Soziale Strukturen, 2. Teilbd.: Die Gesellschaft der Habsburgermonarchie im Kartenbild. Verwaltungs-, Sozial- und Infrastrukturen. Nach dem Zensus von 1910 (Wien 2010); Herbert MATIS, *Österreichs Wirtschaft 1848-1918. Konjunkturelle Dynamik und gesellschaftlicher Wandel im Zeitalter Franz Josephs I.* (Berlin 1972); Iván T. BEREND – György RÁNKI, *East Central Europe in the 19th and 20th Centuries* (Budapest 1977); David GOOD, *Der wirtschaftliche Aufstieg des Habsburgerreiches 1750-1914* (Graz – Wien 1986); John KOMLOS, *Die Habsburgermonarchie als Zollunion. Die Wirtschaftsentwicklung Österreich-Ungarns im 19. Jahrhundert* (Wien 1986); Otto URBAN, *Die tschechische Gesellschaft 1848 bis 1918*, 2 Bde. (Wien – Köln – Weimar 1994); Ernst BRUCKMÜLLER, *Sozialgeschichte Österreichs* (Wien – München 2001); Hannes STEKL, *Adel und Bürgertum in der Habsburgermonarchie 18. bis 20. Jahrhundert* (Wien – München 2004); Roman SANDGRUBER, *Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart* (Wien 2005); Stephen BROADBERRY and Kevin H. O’ROURKE (eds.), *The Cambridge Economic History of Modern Europe. Volume 2: 1870 to the Present* (Cambridge etc. 2010).

und Schlesien höher als in den meisten anderen Regionen der Habsburgermonarchie, allerdings gab es – vor allem durch Binnenwanderung – sowohl Bezirke mit starker Bevölkerungszunahme (in Nordwest-Böhmen, sowie in der Umgebung von Prag, Pilsen, Brünn und Mährisch-Ostrau), als auch solche mit deutlicher Bevölkerungsabnahme (in Südböhmen und Nordmähren). Im Übrigen waren jeweils über 90 Prozent der Tschechen, Deutschen und Polen in den böhmischen Ländern Angehörige der römisch-katholischen Kirche; größere Bevölkerungsanteile stellten die Lutheraner nur im ehemals reichsunmittelbaren Gebiet von Asch (Aš) in Nordwest-Böhmen, in Ostschlesien und in Ostmähren. Die israelitische Glaubensgemeinschaft konnte in den böhmischen Ländern zahlreiche Kultusgemeinden organisieren, die zahlenmäßig größten – und nach der Steuerzahl reichsten – waren Prag, Aussig (Ústí nad Labem), Pilsen, Brünn, Mährisch-Ostrau und Bielitz.²⁶¹

Tschechen und Deutsche wurden von denselben Beamten in der Statthaltereifür Böhmen in Prag bzw. für Mähren in Brünn und in der Landesregierung für Schlesien in Troppau (Opava) sowie in den 147 Bezirkshauptmannschaften, den elf Städten mit eigenem Statut und den weit über zweitausend Gemeinden verwaltet. Kleinteiliger als die staatliche Verwaltung blieb nach 1868 die Gerichtsverwaltung. Unterstanden die Landesverwaltungsbehörden dem k.k. Ministerium des Innern, so führte der gerichtliche Instanzenzug vom Bezirksgericht über das Kreis- und Landesgericht bis zu den Höchstgerichten in Wien. Die böhmischen Länder wiesen die meisten hochindustrialisierten Regionen der Habsburgermonarchie auf, vor allem Nordwest- und Nordböhmen, die Region zwischen Prag und Pilsen, die Städte Brünn, Olmütz und Mährisch-Ostrau mit Umgebung sowie das ganze Kronland Schlesien. Entsprechend hoch war die Erwerbsquote der nicht in der Landwirtschaft tätigen Personen beiderlei Geschlechts. Vor allem in den deutschsprachigen Mehrheitsgebieten dominierten Industrie und Gewerbe, hingegen gab es dort relativ wenige Rentiers, Pensionisten und Rentner. Die böhmischen Länder wiesen auch ein sehr dichtes Eisenbahnnetz auf, das aus Fernlinien (Wien–Oderberg–Berlin/Warschau, Wien–Gmünd–Pilsen–Eger–Leipzig, Wien–Brünn–Böhmisch-Trübau–Prag–Aussig–Dresden), mehreren Schnellzugsverbindungen sowie zahlreichen Lokal- und Nebenbahnen bestand.²⁶²

Die tschechisch- und deutschsprechenden Bevölkerungsteile entwickelten sich bei den meisten gesellschaftlichen Daten ziemlich gleichmäßig, vor allem im gesamten Bildungsbereich – einschließlich der niedrigen Analphabetenraten (in Böhmen 2,1 %, in Mähren 2,9 %, in Schlesien 3,7 %). Tschechen und Deutsche wurden im selben Schulsystem unterrichtet, die meisten Schülerinnen und Schüler in ihrer Muttersprache. Schulen mit zwei Unterrichtssprachen gab es nur mehr relativ we-

²⁶¹ RUMPLER – SEGER, Soziale Strukturen, Karte 3.1. Sprachlich-nationale Mehrheiten 1910, 3.2. Die Deutschen 1910, Die Tschechen, Ruthenen, Slowenen und Serben 1910, 4.1. Konfessionelle Mehrheiten 1910, 4.2. Die römisch-katholische Kirche 1910, 4.6. Die evangelische Kirche Augsburgischen Bekenntnisses (Lutheraner) 1910, 4.8. Die israelitische Glaubensgemeinschaft 1910/1911, 5.2. Bevölkerungsdichte 1910, 6.1. Bevölkerungsentwicklung 1890-1910.

²⁶² RUMPLER – SEGER, Soziale Strukturen, Karten 2.1., 2.2., 2.3., 7.4., 7.5., 7.6., 7.8., 8.1., 8.10, 13.1.

nige, da sich das einsprachige Modell auf allen Ebenen – von der Volksschule bis zur Universität – durchgesetzt hatte. Dies erschwerte das Erlernen der zweiten Landessprache und minderte die Chancen, die nationale Segregation zu überwinden. Im Jahre 1910 gab es in Böhmen 3379 tschechische und 2408 deutsche Volksschulen, in Mähren 1913 tschechische, 780 deutsche und 4 polnische, in Schlesien 282 deutsche, 166 polnische und 142 tschechische. Überwog bei den Volksschulen die Koedukation, so waren die Bürgerschulen nach Knaben und Mädchen getrennt, wobei es in Böhmen 382 tschechische und 252 deutsche, in Mähren 161 tschechische, 98 deutsche und 2 polnische, in Schlesien 46 deutsche, 3 polnische und 2 tschechische gab. Die böhmischen Länder hatten auch eine hohe Dichte an Gymnasien, Realgymnasien, Mädchengymnasien und Mädchenlyzeen, wobei letztere meist Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht waren. Herausragend war schließlich die Dichte der Realschulen in den böhmischen Ländern, besonders in Mähren (mit 15 deutschen und 13 tschechischen!); zum Vergleich: in Böhmen gab es 29 tschechische und 17 deutsche, in Schlesien 5 deutsche und 2 tschechische Realschulen. Gemeinsam mit den beiden national geteilten Technischen Hochschulen in Prag und Brünn sorgten gerade die Realschulen für die Heranbildung einer breiten mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Intelligenzschicht bei Tschechen und Deutschen.²⁶³

Diese auch im europäischen Vergleich hervorragende Bildung und Ausbildung der tschechischen, deutschen und jüdischen Bevölkerung kam sowohl der Großindustrie als auch den gewerblichen und kaufmännischen Mittelbetrieben der böhmischen Länder zugute. Bereits im Vormärz war die böhmische, mährische und schlesische Montanindustrie aus der vorindustriellen Tradition herausgetreten. Dabei fiel dem adeligen Herrschaftsbesitz im Erzbergbau und in der Montanindustrie beinahe noch eine Monopolstellung zu. So gehörten in Böhmen im Jahre 1846 von 47 Hochöfen 30 zu adeligen Grundherren, zwei zu geistlichen Herrschaften, drei zu privilegierten Städten, fünf dem Staat bzw. Fondsgütern und nur sieben Industriellen oder Bankiers. In Mähren waren die Verhältnisse bis 1842 ganz ähnlich, dann übernahm das Wiener Bankhaus Rothschild vom Olmützer Erzbischof die modernsten und größten Eisenwerke Mährens in Witkowitz (Vítkovice), und 1844 ging das Eisenwerk Zöpfung auf der Gräflin Mittrowsky'schen Herrschaft Wiesenberg (Loučná nad Desnou) an eine bürgerliche Industriellenfamilie. Im Jahre 1848 entfielen in Böhmen noch 80 % der Braunkohle- und knapp 20 % der Steinkohleförderung auf adelig-grundherrliche Kohlegruben. Die zunehmende Kohleförderung wurde sowohl für den Hausbrand und die Industrie als auch für den Betrieb der Eisenbahnen und Dampfschiffe benötigt; die Kohleverschiebung in den Aussiger Häfen für die Versorgung Prags, aber auch für den Export nach Deutschland stieg bis 1894 auf 1,9 Mio. Tonnen. Die böhmischen Schifffahrtsgesellschaften befuhren die Elbe von Mělník bis Hamburg, aber auch den Unterlauf der Moldau bis Prag.²⁶⁴

²⁶³ RUMPLER – SEGER, Soziale Strukturen, Karten 11.5., 11.1., 11.2., 11.3., 11.4.

²⁶⁴ Ralph MELVILLE, Adel und Revolution in Böhmen. Strukturwandel von Herrschaft und Gesellschaft in Österreich um die Mitte des 19. Jahrhunderts (Mainz 1998) 55-57.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde in den böhmischen Ländern – freilich zum Teil mit Firmensitz in Wien – etwa die Hälfte der österreichischen Industrieaktiengesellschaften gegründet: 1863 die Prager Eisenindustrie-Gesellschaft, 1867 die Leipnik-Lundenburger Zuckerfabriken-AG, 1869 die k.k. priv. Wollwaren-Industrie-Gesellschaft in Brünn, 1870 die Rossitzer Bergbau-Gesellschaft, 1871 die Brüxer Kohlen-Bergbau-Gesellschaft, 1871 die Aktienfabrik zur Erzeugung von Kunstdünger und Chemikalien in Kolin, 1872 die Erste Brüner Maschinen-Fabriks-Gesellschaft, 1872 die Erste Böhmisches Zuckerraffinerie-AG in Prag, 1873 die Erste Mährische Aktien-Bierbrauerei und Mälzerei in Prerau, 1883 die Böhmisches Zuckerindustrie-Gesellschaft in Prag, 1888 die Zuckerfabriks-AG in Sadska, 1895 die AG für Maschinenbau (vormals Brand und L’Huillier) in Brünn, 1895 die Lobositzer AG zur Erzeugung vegetabilischer Öle, 1895 die Erste Mährische landwirtschaftliche AG zur Erzeugung von Kunstdünger und chemischen Produkten in Prerau, 1896 die Ostrauer Bergbau-AG (vormals Fürst Salm), 1898 die Elektrizitäts-AG (vormals Kolben & Co.) in Prag, 1898 die AG Elektrizitätswerke Warnsdorf, 1899 die Škoda-Werke AG in Pilsen, 1900 die Mährisch-Ostrauer Elektrizität-AG, 1906 die Georg Schicht AG in Auszig. Zu den Mehrheits- und Minderheitsaktionären dieser Aktiengesellschaften gehörten 1910 die reichsten Leute Cisleithaniens bzw. der gesamten Monarchie: der Bankier Albert Freiherr von Rothschild, der Industrielle Maximilian Ritter von Gutmann, der Brauereibesitzer Anton Dreher, der Industrielle Paul Ritter von Schöller, der Brauereibesitzer und Essigfabrikant Viktor Ritter Mautner von Markhof, der Industrielle Karel Freiherr von Škoda, auch die 1910 verwitwete Elsa Erös von Bethlenfalva, eine geborene Gutmann, die 1929 den Fürsten Franz von und zu Liechtenstein ehelichte.²⁶⁵

Nach Ansicht von Nachum T. Gross und Richard L. Rudolph verlief der Industrialisierungsprozess in der österreichischen Reichshälfte zwar langsamer als in Großbritannien, den USA oder Deutschland, aber „ziemlich gleichmäßig“. David F. Good konstatierte sogar, dass „in terms of the behaviour of real output, the ‚great depression‘ in Austria, as in England, is essentially a myth“. Zwischen 1867 und 1880 – mit dem Aufschwung bis 1873 und dem Niedergang bis 1880 – erfolgte ein tiefgreifender Strukturwandel mit rasch voranschreitender Unternehmenskonzentration. Damals wurden die Grundlagen der großindustriellen Entwicklung Österreichs vor dem Ersten Weltkrieg geschaffen. Die böhmischen bzw. mährisch-schlesischen Eisen- und Stahlwerke in Pilsen, Kladno und Witkowitz (Vítkovice),

²⁶⁵ Alois MOSSER, Die Industrieaktiengesellschaft in Österreich 1880-1913. Versuch einer historischen Bilanz- und Betriebsanalyse (Wien 1980) 76-78; Karl M. BROUSEK, Die Großindustrie Böhmens 1848-1918 (München 1987) 117f., 131f.; Milan MYŠKA [et alii], Historická encyklopedie podnikatelů Čech, Moravy a Slezska, 2 Bde. (Ostrava 2003/2008); Roman SANDGRUBER, Im Dienste der Kronen, in: Die Presse, 15. Oktober 2011, Spectrum I-II. Sandgruber analysierte eine streng vertrauliche Liste des Finanzministers Robert Meyer aus dem Jahre 1911, die alle 929 in Wien und Niederösterreich wohnhaften Personen enthielt, die ein Jahreseinkommen von mehr als 100.000 Kronen versteuerten; in ganz Cisleithanien waren dies 1513 Personen.

die Maschinenfabriken in Prag, Pilsen, Brünn und Mährisch-Ostrau, die Chemiefabriken in Aussig, Teplitz, Kolin und Mährisch Ostrau, die Baumwollspinnereien und -webereien in Reichenberg, Nachod, Braunau (Broumov) und Brünn, die Leinenerzeugung in Trautenau, die Schuhfabriken in Zlín und Münchengrätz (Mnichovo Hradiště), die Bierbrauereien in Pilsen, Budweis, Smíchov und Prerau (Přerov), die Zuckerraffinerien im Elbebecken, in Aussig, Prag und in Lundenburg (Břeclav), die Glashütten und -schleifereien in Gablonz (Jablonec nad Nisou) und Haida, die Porzellanfabriken in Karlsbad (Karlovy Vary) und Klösterle (Klásterec nad Ohří) sowie die Papierfabriken in Krumau (Český Krumlov), Pilsen und Prag und die Hardtmuther Bleistiftfabrik in Budweis erlangten Weltgeltung und exportierten bis nach Russland, China, Indien, Ägypten, Nord- und Südamerika. Seit 1897 wurden im nordostmährischen Nesselsdorf (Kopřivnice) Automobile – der erste PKW hieß „Präsident“ –, seit 1899 in Jungbunzlau (Mladá Boleslav) Motorräder hergestellt.²⁶⁶

Tabelle 1: Die Bevölkerung der böhmischen Länder nach der Volkszählung 1910

Land	Volkszählung	Anwesende einheimische Bevölkerung nach der Umgangssprache				Gesamte einheimische Bevölkerung
		Tschechisch	Deutsch	Polnisch	Andere	
Böhmen	1910	4,241.918	2,467.724	1.541	1.761	6,712.944
		(63,2 %)	(36,8 %)	(0,02 %)	(0,03 %)	
Mähren	1910	1,868.971	719.435	14.924	1.527	2,604.857
		(71,7 %)	(27,6 %)	(0,6 %)	(0,06 %)	
Schlesien	1910	180.348	325.523	235.224	361	741.456
		(24,3 %)	(43,9 %)	(31,7 %)	(0,05 %)	
Gesamt	1910	6,291.237	3,512.682	251.689	3.649	10,059.257
		(62,5 %)	(34,9 %)	(2,5 %)	(0,04 %)	

Quellen: Spezialortsrepertorium der österreichischen Länder, bearbeitet auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung vom 31. Dezember 1910, hg. von der k.k. Statistischen Zentralkommission, I-XII (Wien 1915-1919). Vgl. Emil BRIX, Die Umgangssprachen in Altösterreich zwischen Agitation und Assimilation: Die Sprachenstatistik in den zisleithanischen Volkszählungen 1880 bis 1910 (Wien 1982); RUMPLER-SEGER, Soziale Strukturen, Karte 3.1. Sprachlich-nationale Mehrheiten 1910.

²⁶⁶ Ergebnisse der gewerblichen Betriebszählung vom 3. Juni 1902 in den im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern, hg. vom Bureau der k.k. Statistischen Zentralkommission (Wien 1905); Nachum T. GROSS, Industrialization in Austria in the Nineteenth Century (PhD Diss. Berkeley 1966); Richard L. RUDOLPH, The Role of Financial Institutions in the Industrialization of the Czech Crownlands 1880-1914 (PhD Diss. Wisconsin 1968); David G. GOOD, Stagnation and „Take-Off“ in Austria, 1873-1913, in: The Economic History Review, Sec. Ser. 27 (1974) 83; MOSSER, Industrieaktiengesellschaft, 172f.; BROUSEK, Großindustrie, 21, 57-84, 124-160.

Mit dem Ende der Patrimonialherrschaft, der Beseitigung der Reste der alten Landesselbstverwaltung und der Verstaatlichung der Lokalverwaltung zwischen 1848 und 1861 musste der grundbesitzende Adel der böhmischen Länder einen deutlichen Funktions- und Privilegienverlust hinnehmen. Dennoch blieb der fideikommissarische Großgrundbesitz – allein in Böhmen gab es 1860 44 fürstliche Fideikommissen – und der Besitz von landtäglich eingetragenen Gütern – in Böhmen befanden sich 1860 278 Güter in adeligem und 198 in nichtadeligem Besitz – bestehen. Der ethnisch kaum zuordenbare Hochadel verfügte nach wie vor über riesige Ländereien, am meisten die Krumauer Linie der Schwarzenberg mit 176.000 ha und die Liechtenstein in Feldberg (Valtice) mit 146.000 ha; aber auch die Herrscherfamilie selbst (Erzherzog Friedrich, Kaiser Franz Joseph I. und Erzherzog Franz Ferdinand) sowie die Adelsfamilien Colloredo-Mannsfeld, Waldstein, Fürstenberg, Czernin, Clam-Gallas, Lobkowitz, Thun-Hohenstein, Kinsky, Buquoy, Thurn und Taxis, Harrach, Windisch-Graetz und Metternich verfügten über Latifundien von mehr als 20.000 ha, ebenso wie das Fürsterzbistum Olmütz, das Fürsterzbistum Prag und das Bistum Breslau. Lag bei den 681 landtäglich Gütern in Böhmen der Durchschnitt immerhin bei 2582 ha, so entfielen auf die Dreiviertelmillion bäuerlicher Grundeigentümer im Durchschnitt lediglich sieben Hektar Boden. Der Adel passte sich mit seinen Zuckerraffinerien, Bierbrauereien, Sägewerken und Bergwerken relativ rasch den kapitalistischen Wirtschaftsmethoden an und beteiligte sich auch intensiv an Eisenbahn-Aktiengesellschaften und Banken.²⁶⁷

Seit den 1860er Jahren begannen auch Prager und Wiener Bankiers in die Großgrundbesitzerschicht aufzusteigen, und im tschechischen Dorf bekamen langsam die Großbauern das Sagen. Die alten Stereotypen, der Deutsche sei mehr Gewerbetreibender, Industrieunternehmer und Industriearbeiter, der Tscheche mehr Bauer oder Arbeiter, stimmten bald nicht mehr. Die große Jubiläumsausstellung im Jahre 1891 – in Erinnerung an die erste Industrieausstellung 1791 – wurde zu einer ersten Heerschau der tschechischen Industrie, die von 2,432.356 Besuchern frequentiert wurde – obwohl sie von der deutschen Geschäftswelt boykottiert wurde, die sich 1903 in der deutschen Industrie- und Hafenstadt Aussig versammelte.²⁶⁸

Für die deutsch-österreichisch-tschechische Konfliktgeschichte bis zum Ersten Weltkrieg – oft als „böhmische Frage“ bezeichnet – sind vor allem folgende Entwicklungen zu nennen:

²⁶⁷ Roman SANDGRUBER, *Österreichische Agrarstatistik 1750-1918* (Wien 1978) 234-236; Hans Peter HYE, *Die Stellung des Adels in der böhmischen Landesordnung des Oktoberdiploms von 1860*, in: Tatjana Tönsmeier – Luboš Velek (Hgg.), *Adel und Politik in der Habsburgermonarchie und den Nachbarländern zwischen Absolutismus und Demokratie* (München 2011) 225-250; vgl. Eagle GLASSHEIM, *Noble Nationalists. The Transformation of the Bohemian Aristocracy* (Cambridge, Mass. – London 2005).

²⁶⁸ RUMPLER, *Mitteleuropa*, 341-347; VESELÝ, *Dějiny českého státu*, 282-288; Otto URBAN, *Czech society 1848-1918*, in: *Bohemia in History*, 198-214, hier 200; L. FASORA, J. HANUŠ, J. MALÍŘ (eds.), *Člověk na Moravě 19. století* (Brno 2004) 473-494.

1) Die tschechisch-deutsche Nachbarschaft und Durchmischung in den böhmischen Ländern – bis 1918 vor allem als die Länder der Böhmisches Krone bezeichnet – zählt zu den ältesten historischen Beziehungsgeflechten im mitteleuropäischen Raum. „Tschechen“ und „Deutsche“ bildeten seit dem Hochmittelalter im Rahmen des Heiligen Römischen Reiches eine geschichtliche Gemeinschaft und lebten vor allem in den seit dem 13. Jahrhundert gegründeten Städten in enger Symbiose. Das jüdische Bevölkerungselement ergänzte diese spezifische Struktur zur Multiethnizität.²⁶⁹ Ethnische und konfessionelle Spannungen und Auseinandersetzungen zwischen *Bohemi* (zu denen bald auch die „böhmischen Deutschen“ gehörten) und *Theutonici* im Spätmittelalter, besonders in der Zeit der Hussitenkriege, wurden durch die nationalen Historiographien im 19. Jahrhundert „wieder entdeckt“. Demnach hätten sich in den böhmischen Ländern nicht erst unter dem Einfluss der Aufklärung und der Moderne die (*imagined*) *communities* der Tschechen und Deutschen ausgebildet. Immerhin hatten bereits die Bibelübersetzungen des 16. Jahrhunderts, vor allem die Lutherbibel und die Kralitzer Bibel (*Bible kralická*) der Brüderunität, wesentliche Voraussetzungen für eine moderne Entwicklung der beiden Landessprachen geschaffen.²⁷⁰

Mit dem Erbfall nach der Schlacht bei Mohács 1526 und der Wahl des Habsburgers Ferdinand kamen die böhmischen Länder für 392 Jahre unter habsburgische Herrschaft, die bis 1806 im Rahmen des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, bis 1866 auch im Rahmen des Deutschen Bundes bestand. Die böhmischen und österreichischen Länder durchlebten zwischen 1526 und 1918 eine gemeinsame Geschichte im Habsburgerreich, die zwar von vielen Kriegen gegen äußere Gegner (Osmanen, Schweden, Magyaren, Preußen und Franzosen), aber nach 1648 – sieht man von Bauernunruhen und Arbeiterstreiks ab – kaum von schweren inneren Konflikten gekennzeichnet war. Trotz der Hussitenkriege und des Dreißigjährigen Krieges ist daher – entgegen vielen gegenteiligen Be-

²⁶⁹ Franz Werfel sah in seiner böhmischen Heimat mit ihrer tschechisch-deutsch-jüdischen Bevölkerung ein „Land des Blutes, das sich dreifach durchdringt und das dreifach vergossen wird in unaufhörlichen Opferungen seit tausend Jahren“. Und der tschechische Germanist und Schriftsteller Otakar Fischer schrieb von zwei „miteinander verwachsenen und ineinander verbissenen“ Nationen. – Jan KŘEN, Die Konfliktgemeinschaft. Tschechen und Deutsche in den böhmischen Ländern 1780-1918 (München 2000) 14; Böhmen und Mähren, hg. von Joachim BÄHLCKE, Winfried EBERHARD und Miloslav POLÍVKA, Handbuch der historischen Stätten (Stuttgart 1998) XVIII-CXXXI.

²⁷⁰ František ŠMAHEL, The Hussite movement: an anomaly of European history?, in: Mikuláš Teich (ed.), Bohemia in History (Cambridge 1998) 79-97; Derek SAYER, The Coasts of Bohemia. A Czech History (Princeton 1998) 109; Václav BŮŽEK, Zum tschechisch-deutschen Bilinguismus in den böhmischen und österreichischen Ländern in der frühen Neuzeit, in: Österreichische Osthefte 35 (1993) 577-592; Elizabeth WISKEMANN, Czechs and Germans. A Study of the Struggle in the Historic Provinces of Bohemia and Moravia (London – New York – Toronto 1938) 8f.; Emanuel RÁDL, Der Kampf zwischen Tschechen und Deutschen (Reichenberg 1928); Kamil KROFTA, Das Deutschtum in der tschechoslowakischen Geschichte (Prag 1934); Josef PFITZNER, Sudetendeutsche Geschichte (Reichenberg 1937).

hauptungen in der Historiographie – keineswegs deterministisch ableitbar, dass die böhmischen Länder und im Besonderen Böhmen im 19. Jahrhundert zu einem „klassischen Kampffeld des nationalen Ringens“ werden mussten. Seit 1790 wurde allerdings an die Auseinandersetzungen zwischen den habsburgischen Herrschern und den böhmischen Ständen zwischen 1526 und 1648, vor allem an den zweiten Prager Fenstersturz 1618, die Schlacht am Weißen Berg (*Bílá hora*) 1620 und das Blutgericht am Altstädter Ring 1621 „erinnert“. Der tschechisch-nationale Geschichtsmythos spricht vom Beginn der tschechischen Knechtschaft unter dem Joch des Katholizismus und der Fremdherrschaft der habsburgischen Krone.²⁷¹

Elizabeth Wiskemann hat das Problem bereits 1938 auf den Punkt gebracht:

„Nineteenth-century historians of the Gothic Revival mentality have encouraged the Czechs to regard 1620 as the year of their national martyrdom, and to believe in the theory of a brutal German tyrant who stamped out parliamentary government together with religious freedom, and distributed the land of the nation among German plunderers. In fact the conflict was one between a Catholic absolutism and a Protestant oligarchy.“²⁷²

Die Zeit zwischen dem Westfälischen Frieden und der Mitte des 18. Jahrhunderts war daher keine Epoche der „Finsternis“ (*temno*), von der noch in kommunistischer Zeit gesprochen wurde. Der teilweise Elitenwechsel nach 1620 bzw. 1635 führte auch nicht zu einer Germanisierung, sondern zu einer Europäisierung der böhmisch-mährischen Adelsgesellschaft und -kultur. Kaiser Karl VI. versuchte mit der „Pragmatischen Sanktion“ von 1713 die österreichischen, böhmischen und ungarischen „Erblände“ zu einer „monarchischen Union ihrer Königreiche und Länder“ zusammenzufassen, die jedoch für sich selbstverwaltete „Ständestaaten“ blieben. Freilich verdeckte die imperiale äußere Erscheinungsform der *Monarchia Austriaca* die unvollständige Konsolidierung der Gesellschaftsstrukturen in den verschiedenen Kronländern, andererseits die Ressentiments der protestantischen

²⁷¹ Josef REDLICH, Das österreichische Staats- und Reichsproblem. Geschichtliche Darstellung der inneren Politik der habsburgischen Monarchie von 1848 bis zum Untergang des Reiches, 1. Bd. (Leipzig 1920) 183; KRĚN, Konfliktgemeinschaft, 14f.; vgl. Bertold BRETHOLZ, Geschichte Böhmens und Mährens, 4 Bde. (Reichenberg 1921/25); František ŠMAHEL, Husistská revoluce, 4 Bde. (Praha 1993); Josef POLIŠENSKÝ, Der Krieg und die Gesellschaft in Europa 1618-1648 (Documenta Bohemica Bellum Tricennale Illustrantia 1, Praha 1971); Robert A. KANN, Geschichte des Habsburgerreiches 1526-1918 (Wien – Köln – Graz 1977); R. J. W. EVANS, Das Werden der Habsburgermonarchie 1550-1700. Gesellschaft, Kultur, Institutionen (Wien – Köln – Graz 1986); Norbert CONRADS (Hg.), Schlesien (Deutsche Geschichte im Osten Europas 4, Berlin 2002); Thomas WINKELBAUER, Ständefreiheit und Fürstenmacht. Länder und Untertanen des Hauses Habsburg im konfessionellen Zeitalter, 2 Teile (Österreichische Geschichte 1526-1699, Wien 2003); Zdeněk VESELÝ (Hg.), Dějiny českého státu v dokumentech (Praha 1994).

Das tschechisch-nationale Stereotyp der „Verfolgung“ und „Ausrottung“ des böhmischen Adels nach der Schlacht auf dem Weißen Berg wird auch vom sonst sehr kritischen Dichter-Präsidenten Václav Havel verwendet. Vgl. Václav HAVEL, Fassen Sie sich bitte kurz. Gedanken und Erinnerungen zu Fragen von Karel Hvižd'ala (Reinbek bei Hamburg 2007) 65, 137, 305f.

²⁷² WISKEMANN, Czechs and Germans, 9f.

Minderheiten in Ungarn und Schlesien gegenüber dem katholischen Machtsystem. So gelang es dem Wiener Hof nie zur Gänze, die Loyalitäten seiner Völker zu gewinnen.²⁷³

Königin Maria Theresia von Böhmen und Ungarn verstand es, den für sie unvergessenen Verlust Schlesiens mit beachtlichen Modernisierungsschritten in der Zentralverwaltung, im Gerichtswesen, im allgemeinen (auch tschechischen) Schulwesen und in der Robotverpflichtung zu kompensieren. Zwar hielt sie ihre Allianz mit der Kirche, dem Adel und der Intelligenz durchaus aufrecht, veränderte aber mit ihren Ratgebern – darunter dem schlesischen Grafen Friedrich von Haugwitz, dem mährischen Fürsten Wenzel von Kaunitz-Rietberg und dem mährischen Juden Joseph von Sonnenfels – die konservativ-universalistische Hierarchie in eine aufgeklärt-absolutistische. Die böhmischen und österreichischen Länder erhielten ab 1749 eine gemeinsame „staatliche“ Verwaltung, ab 1774 ein dreistufiges öffentliches Schulwesen. Die administrativen, konfessionellen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen Kaiser Josephs II. gingen noch wesentlich weiter, hoben die persönliche „Erbuntertänigkeit“ der Bauern auf, anerkannten 1781 Lutheraner, Calvinisten und Orthodoxe, ließen die Juden zu Handwerken, Gewerben, Industrien und Hochschulstudien zu, hoben die Klöster, die nicht in der Jugenderziehung oder in der Krankenpflege engagiert waren, auf, modernisierten die Priesterausbildung und dekretierten 1784 die deutsche Amtssprache für die gesamte Monarchie. Joseph II. wurde vor allem unter den tschechischen Bauern als „Volkskaiser“ (*lidový císař*) populär, nicht zuletzt mit Hilfe des Bildes vom pflügenden Kaiser 1769 im mährischen Slavíkovice. Der „Josephinismus“ scheiterte freilich an den Unzulänglichkeiten des barocken Systems, an der ungestümen politischen Vorgangsweise des Kaisers selbst und an der Opposition vieler ungarischer und böhmischer Adelige, Geistlicher und konservativer Pamphletisten, die romantische und föderalistische Forderungen vertraten. Im Geiste der Aufklärung gründete der Mineraloge, Montanist und Polyhistor Ignaz von Born zwischen 1763 und 1790 eine Königlich Böhmisches Gesellschaft für Wissenschaften (*Královská česká společnost nauk*), zu deren Gründungsmitgliedern u. a. der Historiker Franz Martin Pelzel (Pelcl) und der Slawist Josef Dobrovský zählten und der in späteren Jahrzehnten der Ingenieur Franz Josef Gerstner, der Philosoph Bernard Bolzano, der Slawist Josef Jungmann, der Physiker Christian Doppler, die Historiker František Palacký, Václav Vladivoj Tomek und Karl Adolf Constantin von Höfler, der Physiologe Jan Evangelista Purkyně, der Literaturhis-

²⁷³ Oswald REDLICH, *Weltmacht des Barock* (Wien 4. Aufl. 1961); Oswald REDLICH, *Das Werden einer Großmacht* (Wien 4. Aufl. 1962); Otto BRUNNER, *Land und Herrschaft. Grundfragen der territorialen Verfassungsgeschichte Österreichs im Mittelalter* (Wien 5. Aufl. 1965) 441-463; Vít VLNAS (ed.), *The Glory of the Baroque in Bohemia. Art, Culture and Society in the 17th and 18th Centuries*, Exhibition of the National Gallery (Prague 2001); Milan HLAVAČKA, *Habsburská monarchie v době barokní a osvícenské (1657/1665-1790)*, in: *Dějiny Rakouska* (Praha 2002) 287-365; EVANS, *Habsburgermonarchie*, 313-316; VESELÝ, *Dějiny českého státu*, 196f.; vgl. Petr MATŮA, *Svět české aristokracie* (Praha 2004).

toriker Josef Jireček und der Sprachwissenschaftler Jan Gebauer angehörten. Im Geiste des Naturrechts vollendete Franz Zeiller 1811 das monumentale Werk des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches (ABGB), das zwar eine neue Verrechtlichung des täglichen Lebens brachte, in den Erbländern, in den böhmischen Ländern und in Galizien vor 1848 aber nur dort in Kraft trat, wo keine Patrimonialrechte bestanden.²⁷⁴

2) Nach den vielen negativen Erfahrungen in den Napoleonischen Kriegen verschloss sich das Kaisertum Österreich, so gut es konnte, den modernen Integrationskräften des ethnischen Nationalismus, ohne allerdings – wie in Frankreich, Großbritannien, Russland und bald auch in Deutschland und Italien – einen starken Staatspatriotismus entwickeln zu wollen. Kaiser Franz I. und sein Haus-, Hof- und Staatskanzler Clemens Wenzel Fürst Metternich bestanden auf einem nicht zu streng gehandhabten dynastischen Legitimus und einem durch die landständischen Institutionen gemilderten zentralstaatlichen Absolutismus, ließen aber in ihrem föderativen Ständestaat Multinationalität im kulturellen Sinne zu. So wurde die Krönung Ferdinands V. am 7. September 1836 in Prag – die letzte Krönungszeremonie in Prag (!) – als richtiges Volksfest gestaltet. Da die Hegemonie der deutschen Sprache und Kultur seit der Mitte des 18. Jahrhunderts unangefochten war, bedurften die Deutschen Österreichs keiner eigenen sprachlich-ethnischen Identifikation wie die anderen Nationalitäten des Habsburgerreiches. Ihnen kam entgegen, dass sich die Reform- und Zentralisierungsbestrebungen des aufgeklärten Absolutismus nur in schwachen Ansätzen mit einer Politik der „Germanisierung“ verbanden. Immerhin blieben die böhmischen Länder bis 1866 Teile des Deutschen Bundes. Daher war die deutsche Sprache in der Zeit zwischen 1750 und 1860 auch in den böhmischen Ländern die nahezu ausschließliche Umgangssprache des Adels, des Bürgertums, der Bürokratie, der Armee und der Intelligenz.²⁷⁵

²⁷⁴ Grete KLINGENSTEIN, Was bedeuten „Österreich“ und „österreichisch“ im 18. Jahrhundert? Eine begriffsgeschichtliche Studie, in: Was heißt Österreich? Inhalt und Umfang des Österreichbegriffs vom 10. Jahrhundert bis heute, hg. von Richard G. Plaschka, Gerald Stourzh und Jan Paul Niederkorn (Wien 1995) 149-220; WISKEMANN, Czechs and Germans, 11-14; Jean BERENGER, Histoire de l'Empire des Habsbourg, 1273-1918 (Paris 1990); Österreich und das Heilige Römische Reich. Ausstellung des Österreichischen Staatsarchivs (Wien 2006); VESELÝ, Dějiny českého státu, 205-210; Nancy M. WINGFIELD, Flag Wars and Stone Saints. How the Bohemian Lands Became Czech (Cambridge, Mass., and London 2007) 17-47; R. J. W. EVANS, Communicating Empire: The Habsburgs and their Critics, 1790-1919, in: Transactions of the Royal Historical Society 19 (2009) 117-138; Alena MIŠKOVÁ, Martin FRANC, Antonín KOSTLÁN (eds.), Bohemia docta (Praha 2010) 58-144.

²⁷⁵ James J. SHEEHAN, German History 1770-1866 (Oxford 1989) 160-174, 533-542; EVANS, Communicating Empire, 126f.; vgl. Carlisle A. MACARTNEY, The Habsburg Empire (London 1968); Helmut RUMPLER, Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie (Österreichische Geschichte 1804-1914, Wien 1997); Ernst BRUCKMÜLLER, Nation Österreich. Kulturelles Bewusstsein und gesellschaftlich-politische Prozesse (Wien – Köln – Graz 21996).

Unter dem Einfluss der Französischen Revolution, der Kriegszüge Napoleons und der deutschen Romantik entstand aber auch in den böhmischen Ländern ein modernes Nationalbewusstsein – sowohl unter den sich verstärkt als solche betrachtenden Deutschen als auch unter den Tschechen. Teile der böhmischen und mährischen Aristokratie begannen die tschechische Sprache in Abgrenzung zum Wiener Absolutismus zu fördern, stärkten den böhmischen Patriotismus und unterstützten die Intellektuellen der tschechischen literarischen „Wiedergeburt“ (*národní obrození*). Tschechischsprachige Intellektuelle wurden mit ihrer Nähe zur deutschsprachigen Industrie- und Kulturwelt und ihren frühen Anfängen einer modernen Nationsbildung in vieler Hinsicht beispielgebend für die kleineren Nationen Ostmitteleuropas, im Besonderen für die Slowaken, Slowenen, Kroaten und Serben. Daher ist die Frage zu stellen, ob die böhmischen Länder eben aus diesem Grund das „klassische Kampffeld des nationalen Ringens“ geworden sind, wo zum erstenmal die „Formen und Methoden, [...] die ganze Technik, Psyche und Prozedur des modernen Kampfes von Kulturvölkern ausgebildet worden ist“ und wo auch „zum erstenmal das ganze Lebensphänomen des Nationalismus“ seine Ausprägung gefunden hat.²⁷⁶

In der Regierungszeit des letzten römisch-deutschen Kaisers Franz II., ab 1804 Kaiser Franz I. von Österreich, verfassten die ersten drei Generationen der modernen tschechischen Nationalbewegung – zuerst die Generation des Geistlichen und Philologen Josef Dobrovský, dann die Generation des Philologen Josef Jungmann, schließlich die Generation des Historikers František Palacký – philologische Lehrbücher und Geschichtsbücher und gründeten mit der Unterstützung böhmisch-mährischer Aristokraten Landesmuseen und Kulturvereine. Unter den gut 100 Gründungsmitgliedern des 1846 gegründeten tschechischen Prager „Bürgerklub“ (*Měšťanská beseda*) befanden sich neben einigen Dutzend Intellektuellen bereits Advokaten, Ärzte, Gewerbetreibende, Juweliere, Kaufleute, Buchbinder und Braumeister. Parallel zu diesen patriotischen Strömungen nahmen Binnenmigrationen, Handels- und Arbeitsbeziehungen, Mischheiraten und „Kinderwechsel“ auch in den böhmischen Ländern stark zu, die wesentlich zum Erlernen der jeweils anderen Sprache beitrugen. Das gemeinsame Erbe in der deutschen und tschechischen Sprache zeigte sich nicht zuletzt in vielen Ähnlichkeiten in Vokabular, Idiom und Struktur, ganz zu schweigen von den Denkgewohnheiten und Kreativitätsformen.²⁷⁷

²⁷⁶ Josef PEKAŘ, *Smysl českých dějin* (Praha 1929); Miroslav HROCH, *Die Vorkämpfer bei den kleinen Völkern Europas. Eine vergleichende Analyse zur gesellschaftlichen Schichtung der patriotischen Gruppen* (Praha 1968); KOŘALKA, *Tschechen*, 14f.; KŘEN, *Konfliktgemeinschaft*, 39-42.

²⁷⁷ Der aus der evangelisch-lutherischen Gemeinde Hotzendorf (Hodslavice) im nordöstlichen Mähren gebürtige und am evangelisch-lutherischen Lyzeum in Pressburg ausgebildete Palacký legte mit seiner „Geschichte von Böhmen“, deren erster Band im Oktober 1836 in Prag erschienen war, den Grundstein für eine national-tschechische Geschichtsdeutung, in der Überzeugung, dass Böhmen und Mähren wegen ihrer Lage in der Mitte Europas verschiedenartige Elemente und Grundsätze des staatlichen, nationalen und kirchlichen Lebens enthielten. Den Hauptinhalt

3) Der „moderne“ tschechisch-deutsche Nationalitätenkonflikt in den böhmischen Ländern begann erst in den 1840er Jahren. Bereits 1843 äußerte sich die Wiener Staatskanzlei nach einem von der Zensur eingeholten Gutachten über Palackýs dritten Band der „Geschichte von Böhmen“ ziemlich missmutig über die Deutschfeindlichkeit des Verfassers und der tschechischen Bewegung. Palackýs Synthese durfte dennoch – vor allem mit Protektion des ehemaligen Prager Oberstburggrafen Franz Anton Graf Kolowrat-Liebsteinsky, der ab 1826 die meisten innenpolitischen Amtsgeschäfte in der Ministerkonferenz bzw. ab 1836 in der Geheimen Staatskonferenz führte – weiterhin erscheinen und erfuhr ab März 1848 in tschechischer Sprache noch größere Bedeutung, nun freilich als „Geschichte des tschechischen Volkes in Böhmen und Mähren“ (*Dějiny národu českého v Čechách a v Moravě*). Aus der ursprünglich intendierten Landesgeschichte war eine Nationalgeschichte geworden – exakt der Entwicklung im Jahre 1848 angepasst. Palacký lehnte seiner tschechisch-nationalen Haltung folgend im April 1848 die Einladung des Fünfziger-Ausschusses zur Einberufung eines deutschen Parlaments in Frankfurt am Main ab, da er als „Böhme slawischen Stammes“ die tschechische Gesellschaft nicht in den deutschen Einigungsprozess einbezogen sehen wollte. Daher formulierte er damals als „Böhme slawischen Stammes“ ein austro-slawisches Programm: „Wahrlich, existierte der österreichische Kaiserstaat nicht schon längst, man müsste im Interesse Europas, im Interesse der Humanität selbst sich beeilen, ihn zu schaffen.“²⁷⁸

Ein böhmisches Mitglied des Fünfziger-Ausschusses in Frankfurt, Ignaz Kuranda, erkannte schon als Zeitgenosse, dass Palacký in seiner Argumentation

der böhmischen Geschichte erblickte Palacký daher nicht in der Synthese des tschechischen und deutschen Elements auf der Ebene des Landes, sondern in der ständigen „Berührung“ und im „Widerstreit“ (*stýkání a potýkání*) des Slawentums mit dem Römertum und dem Deutschtum. Trotz der mehr als tausendjährigen Verbindung mit der deutschen Welt habe das „böhmische“ Volk seine Eigenständigkeit behauptet und nicht aufgehört, ein slawisches Volk zu sein. Aus Geschichte und Gegenwart ergebe sich daher für das böhmische Volk die Aufgabe, als Vermittler und Brücke zwischen dem Deutschtum und dem Slawentum, zwischen dem europäischen Westen und Osten zu wirken. Palacký knüpfte sein Geschichtsbild allerdings auch an die Kampfsituation des frühen 15. Jahrhunderts an, an die Hinrichtung des katholischen Reformators Jan Hus in Konstanz 1415 und an die Hussitenkriege gegen Kaiser und Papst. Palackýs Geschichtsbild der „Verteidigung“ der Vergangenheit des tschechischen Volkes und der Ideologie der Gewaltlosigkeit der Böhmisches Brüder übernahmen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts viele tschechische Intellektuelle, allen voran Schriftsteller wie Alois Jirásek, der mit seinen historischen Romanen dem einseitig nationalistischen Geschichtsbild eine noch ganz andere Breitenwirkung als Palacký selbst verschaffte. – Jiří KOŘALKA, František Palacký (1798-1876). Der Historiker der Tschechen im österreichischen Vielvölkerstaat (Wien 2007) 21-68; vgl. Briefe an Therese. Korrespondenz von František PALACKÝ mit seiner Braut und späteren Frau aus den Jahren 1827-1860, hg. von Jiří Kořalka (Dresden 2003) 1-13.

²⁷⁸ FISCHEL, Panslawismus, 64; KOŘALKA, Palacký, 225-229, 273-275; PALACKÝ, Briefe an Therese, 375-393; vgl. Josef Karl MAYR, Geschichte der Österreichischen Staatskanzlei im Zeitalter des Fürsten Metternich (Wien 1935). Der Absagebrief ist veröffentlicht in Franz PALACKÝ, Oesterreichs Staatsidee (Prag 1866) 79-86.

einmal den geschichtlichen, ein andermal den revolutionären Standpunkt vertrat und dass dieses „Durcheinanderwerfen zweier ganz entgegengesetzter Gesichtspunkte“ nicht unbeabsichtigt war und negative Konsequenzen zeitigen könnte:

„[...] Jetzt handelt es sich nicht mehr darum, dass die Czechen gleiche Rechte besitzen sollen mit den Deutschen! Es handelt sich um ihre Oberherrschaft! Unsere Wahlen wurden als nicht berechtigt ausgeschrien, unsere Farben wurden insultiert, unsere Vereine wurde gesprengt, unsere Presse eingeschüchtert und terrorisiert. Es handelt sich darum, dass wir Deutsche fortan bloß als Eingewanderte, als geduldete Fremdlinge betrachtet werden sollen; es handelt sich hier nicht mehr etwa darum, dem deutschen Element zum Sieg über das czechische zu verhelfen, es handelt sich nur um Verteidigung desselben gegen slavische Tyranneigelüste. [...]“²⁷⁹

Der *Repeal*-Aktivist und führende tschechische Journalist des Jahres 1848, Karel Havlíček-Borovský, forderte bereits in der ersten Nummer seiner *Národní Noviny* (Nationalzeitung) am 5. April die politische Vorherrschaft der Tschechen in den staatsrechtlich künftig zusammenzufassenden böhmischen Ländern, denn die Tschechen stellten drei Viertel der Bevölkerung und die Deutschen nur ein Viertel. Obwohl die „Böhmische Charte“ vom 8. April 1848 die Gleichstellung der böhmischen und deutschen Nationalität „in allen Zweigen der Staats-Verwaltung und des öffentlichen Unterrichts“ postulierte, wurde bereits die national-politische Spaltung in den böhmischen Ländern eingeleitet: vereinspolitisch, als sich am 9. April 1848 in Wien der „Verein der Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien zur Aufrechterhaltung ihrer Nationalität“ bildete, tags darauf in Prag der *Národní výbor* (Nationalausschuss). Die Spaltung setzte sich bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung fort. Da die Tschechen keine Abgeordneten gewählt hatten, entsandten nur die Deutschen aus den 68 Wahlkreisen der böhmischen Länder 47 Abgeordnete nach Frankfurt. Als Kontrapunkt dazu trafen sich Anfang Juni 1848 etwa 340 Tschechen, Slowaken, Polen, Ukrainer, Slowenen, Kroaten und Serben zu einem Slawenkongress auf der Sophieninsel in Prag, bei dessen Eröffnung sowohl ein Dutzend Angehörige des böhmischen Hochadels als auch radikal gesinnte tschechische Studenten, ein polnischer Demokrat und ein russischer Revolutionär anwesend waren. Unter Führung Palackýs entstand ein Manifest an die europäischen Völker, und auf dem Prager Rossmarkt, dem heutigen Wenzelsplatz, gab es eine Verbrüderungsmesse der katholischen und orthodoxen Kongressteilnehmer. Bereits am selben 12. Juni 1848 aber kam es zu Zusammenstößen zwischen den Truppen des Feldmarschalls Alfred Fürst Windisch-Graetz und radikalisierten Studenten und Arbeitern. Dieser Pfingstaufrührer war für Palacký ein mehrfaches Unglück, da nicht nur der Kongress vorzeitig beendet werden musste, sondern Palacký einerseits von den Studentenfürhern angegriffen, andererseits vom Militärkommando und der Polizeidirektion der Agitation verdächtigt wurde.²⁸⁰

²⁷⁹ Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt a. M., hg. von Franz WIGARD, Bd. I (o. O. 1848) 664f.

²⁸⁰ Milan HLAVAČKA, *Rakouska monarchie v „dlouhem“ 19. století (1790-1918)*, in: *Dějiny Rakouska* (Praha 2002) 406f.; KOŘALKA, Palacký, 290-296; PRINZ, Böhmen und Mähren, 313.

Die Wahlen zum ersten österreichischen Reichstag im Juni und Juli 1848 und seine Eröffnung am 22. Juli durch Reichsverweser Erzherzog Johann lenkten die Prager Abgeordneten vom Belagerungszustand in der Hauptstadt Böhmens ab. Die tschechischen Wähler entsandten vornehmlich bekannte nationale Aktivisten – unter ihnen Palacký – in den Reichstag nach Wien. Als der im nordwestböhmisches Wahlbezirk Saaz (Žatec) gewählte Abgeordnete Ludwig von Löhner verlangte, dass neue Kronländer oder Nationsgebiete nach den Sprachgrenzen zu bilden seien und innerhalb dieser die betreffende Sprache als ausschließliche Geschäfts- und Unterrichtssprache einzuführen sei – also die Umorganisation Österreichs zu einem Nationalitäten-Bundesstaat, bestehend aus Deutschösterreich, Tschechischösterreich, Polnischösterreich, Slavonischösterreich [sic!] und Italienischösterreich –, schrieb Palacký seiner Frau, dass „unsere giftigsten Gegner [...] die Deutschböhmen“ seien, vorzüglich der Wiener Arzt Ludwig von Löhner; „sie [die Deutschböhmen, Anm. Suppan] wollten von dem Fortbestande eines Königreichs Böhmen nichts mehr wissen, sondern die ganze Monarchie in Departements auflösen.“²⁸¹ Doch bei der Ausarbeitung einer modernen Verfassung auf dem im Herbst 1848 nach Kremsier (Kroměříž) in Mähren einberufenen Reichstag präsentierte Palacký ebenfalls einen revolutionären Vorschlag einer Aufteilung der Habsburgermonarchie in acht national-historische Ländergruppen und von Reichskreisen für kleinere nationale Gebiete – alle überwiegend nach dem ethnisch-sprachlichen Prinzip:

- a) deutsch-österreichische Länder (Nieder- und Oberösterreich, Salzburg, die deutschen Teile der Steiermark und Kärntens, Deutsch-Tirol, Deutsch-Böhmen, Deutsch-Mähren und Deutsch-Schlesien);
- b) „Czechien“ (die tschechischen Teile Böhmens, Mährens und Schlesiens und die slowakischen Teile Ungarns);
- c) polnische Länder (Galizien und die ruthenischen Teile der Bukowina und Nordost-Ungarns);
- d) „illyrische“, d. h. slowenische Länder;
- e) italienische Länder;
- f) südslawische Länder, im Wesentlichen kroatisch-serbische Länder;
- g) magyarische Gebiete Ungarns und Siebenbürgens;
- h) rumänische Teile Siebenbürgens und der Bukowina.

Palackýs Vorschlag hätte etwa die Teilung Böhmens, Mährens und Schlesiens in einen tschechischen und einem deutschen Teil bedeutet, aber auch eine ethnisch-nationale Teilung Ungarns, Siebenbürgens, der Steiermark, Kärntens, des Küstenlandes und Tirols. Im Jahre 1848 fand sich jedoch keine Mehrheit für Teilungen von historischen Ländern, lediglich nationale Kreise innerhalb der Kronländer wurden akzeptiert. – Tatsächlich kam es nach 1918 zwar in Ungarn und den Alpenländern zu solchen nationalen Teilungen, nicht jedoch in den böhmischen Ländern, mit Ausnahme des Herzogtums Teschen. – Als Innenminister Franz Graf Stadion-Warthausen

²⁸¹ Raimund KAINDL, *Der Völkerkampf und Sprachenstreit in Böhmen* (Wien 1927) 47; PALACKÝ, *Briefe an Therese*, 27. Juli 1848, 411.

am Abend des 6. März 1849 in Kremsier eintraf, brachte er bereits das Patent Kaiser Franz Josephs über die Auflösung des Reichstages und die für das ganze Kaisertum Österreich geltende zentralstaatliche Reichsverfassung vom 4. März 1849 mit. Auch Palacký musste zur Kenntnis nehmen, dass nun der österreichische Einheitsstaat gegenüber der deutschen Nationalversammlung betont wurde.²⁸²

4) Zwischen 1849 und 1860 wurde „Österreich“ als einheitliches „Kaisertum“ regiert. Das kaiserliche Sylvester-Patent vom 31. Dezember 1851 postulierte: „Die unter den alten historischen oder neuen Titeln mit dem österreichischen Kaiserstaate vereinigten Länder bilden die untrennbaren Bestandteile der österreichischen kaiserlichen Erbmonarchie.“ Die ungeteilte staatliche Hoheitsverwaltung war formal unabhängig von jeglicher Partikulargewalt, also auch von den Ländern. Die strikte staatliche Verwaltungshierarchie erstreckte sich nunmehr bis auf den Bereich der Lokalverwaltung. Dieser „Neoabsolutismus“ behinderte zwar für ein Jahrzehnt die nationalpolitischen Entwicklungen, modernisierte aber durch eine „Revolution von oben“ mit einer Neuordnung der Gymnasien und Universitäten, mit dem Bau bzw. Weiterbau strategisch und wirtschaftlich wichtiger Eisenbahnen (Nordbahn, Südbahn, Ostbahn, Westbahn), der Aufhebung der Zollgrenze zwischen Österreich und Ungarn, der Errichtung eines Post- und Telegraphennetzes, der Grundentlastung, dem Aufbau eines modernen Bankwesens, einer zweiten Industrialisierungswelle sowie Neuerungen in der Statistik und im Strafrecht auch die Gesellschaften in den böhmischen Ländern. Die Schaffung eines einheitlichen Zollgebietes öffnete der böhmisch-mährisch-schlesischen Industrie den gesamten ungarischen Markt und führte in den böhmischen Ländern zu einem gesellschaftspolitischen Entwicklungssprung, der auch die Beziehungen zwischen den Deutschen und Tschechen nachhaltig beeinflusste. Finanzminister Bruck zog zwar die Steuerschraube beträchtlich an, erhöhte aber dadurch das Staatseinkommen zwischen 1851 und 1859 um das Vierfache. Bereits im Herbst 1858 konnte die Nationalbank wieder Banknoten in Silbergulden umtauschen. Aber der Krieg gegen Frankreich und Piemont im Frühjahr 1859 zerstörte das Aufbauwerk.²⁸³

²⁸² REDLICH, Staats- und Reichsproblem I, 323; KANN, Nationalitätenproblem II, 33-41; KOŘALKA, Palacký, 316-326; Helmut RUMPLER, Geschichte der böhmischen Länder im langen 19. Jahrhundert. Forschungsfragen aus österreichischer Sicht, in: Prague Papers on the History of International Relations (Prague 2009) 617-629; vgl. KROMĚŘIŽSKÝ SNĚM 1848-1849 a tradice parlamentarismu ve střední Evropě. Der Reichstag von Kremsier 1848-1849 und die Tradition des Parlamentarismus in Mitteleuropa, hg. von Eva Danihelová, Josef Harna, Milan Hlavačka, Petr Palka, Vladimír Přikryl, Jana Starek (Kroměříž 1999).

²⁸³ Christoph STÖLZL, Die Ära Bach in Böhmen. Sozialgeschichtliche Studien zum Neoabsolutismus 1849-1859 (München – Wien 1971); HYE, Stellung des Adels, 243; EVANS, Communicating Empire, 128f.; vgl. Karl GRÜNBERG, Die Bauernbefreiung und die Auflösung des gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisses in Böhmen, Mähren und Schlesien, 2 Bde. (Leipzig 1893/94). Die Erstellung des „Franziseischen Katasters“ und die daraus erfolgende Ableitung höherer Steuerforderungen dauerten mehrere Jahrzehnte. – Helmut RUMPLER (Hg.), Der Franziseische Grundsteuerkataster (1817-1861). Katastralmappen und Statistik. Bde. Kärnten und Bukowina (Wien 2012).

Nach der militärischen Niederlage in Oberitalien 1859 und dem Verlust der Lombardei war im Kaisertum Österreich neuerlich Staatsreform angesagt. Dem liberalen Bürgertum in Österreich und der liberalen Gentry in Ungarn war „etwas parlamentarisches Leben“ zu wenig, und sie verlangten nun Mitwirkung an den Staatsgeschäften. Das vom großdeutschen Zentralisten Anton von Schmerling ausgearbeitete und am 26. Februar 1861 verlautbarte „Februarpatent“ hielt zwar noch immer am Rahmen der Gesamtmonarchie – mit Zentralregierung und Zentralparlament (Reichsrat) – fest, wurde aber im Königreich Ungarn nicht umgesetzt. Für die österreichische Reichshälfte räumte es nun den Großgrundbesitzern, dem in den Handels- und Gewerbekammern vertretenen Bürgertum sowie den städtischen und ländlichen Gemeinden Mitbestimmungsrechte in den Landtagen ein. Die Zusammensetzung des böhmischen Landtags sah nach dem Februarpatent 16 Vertreter der Fideikommissionen, 54 des übrigen Großgrundbesitzes, 79 des mittleren und kleineren Grundbesitzes sowie der übrigen Gemeinden, 87 der Städte, Industrialorte und Handelskammern, schließlich vier geistliche Virilisten und den Rektor der Prager Universität vor. Somit mussten jetzt auch die etwa fünf Millionen Tschechen politisch wieder zur Kenntnis genommen werden. Aber wie sollte man einem „Fremden“ klarmachen, dass ein „Böhme“ entweder ein „Tscheche“ oder ein „Deutscher“ sein konnte? Die Söhne der Kaufmanns-, Müller-, Bäcker-, Schuster-, Beamten- und Bauernfamilien, aus denen sich das tschechische Bildungsbürgertum rekrutierte, standen seit dem aufgeklärten Absolutismus – verstärkt noch durch das verbesserte Schulsystem des Neoabsolutismus – unter dem Einfluss der deutschen Bildung und stellten eine wachsende Gruppe regierungsfreundlicher österreichischer Patrioten dar. Und dennoch stellte bereits am 19. September 1860 der Rechtsanwaltskonzipient in Friedland (Frýdlant), Julius Grégr, an die Statthalterei in Prag den Antrag, eine politische Zeitung in tschechischer Sprache unter dem Titel *Národní listy* (Nationalblatt) herausgeben zu dürfen. František Ladislav Rieger, dem als Schwiegersohn Palackýs die Konzessionierung einer politischen Zeitung verweigert worden war, verfasste für die erste Nummer des *Národní listy* am 1. Jänner 1861 den programmatischen Artikel. Er schrieb im Namen „unserer historischen Nationalität, als der Nationalität der Mehrheit in unserer Heimat“ und forderte für die Tschechen die uneingeschränkte nationale Gleichstellung mit den Deutschen, und zwar innerhalb eines einheitlichen böhmischen Staates.²⁸⁴

Im Jahre 1861 wurde Tschechisch wieder eine der beiden offiziellen Sprachen im Landtag sowie in den mehrheitlich tschechischen Städten und Landgemeinden Böhmens und Mährens, und in Prag wurde František Václav Pštroš zum ersten tschechischen Bürgermeister in neuerer Zeit gewählt. Im Mai 1864 legte der böhmische Landtag – in dem die „Altschechen“ um Palacký und Rieger gemeinsam mit der „historischen Aristokratie“ die Mehrheit erlangt hatten – per Gesetz fest, dass erstens die Gleichberechtigung beider Landessprachen an den Mittelschulen

²⁸⁴ Otto URBAN, *Die tschechische Gesellschaft 1848 bis 1918* (Wien – Köln – Weimar 1994) Bd. I, 213-251; HYE, *Stellung des Adels*, 237.

des Königreichs und zweitens deren Einteilung in tschechische, deutsche und gemischte Anstalten zu gelten habe. Zudem wurde bestimmt, dass an allen Gymnasien und Realgymnasien Böhmens die jeweils andere Landessprache als Pflichtfach zu unterrichten sei. Das galt ab sofort für 13 tschechische und 11 deutsche Mittelschulen und förderte natürlich die Zweisprachigkeit in den gebildeten Schichten. Die deutsch-böhmischen Liberalen und einige verfassungstreue Großgrundbesitzer wehrten sich vergeblich gegen diesen angeblichen „Sprachenzwang“. Mit den von den deutschen Liberalen in Wien beschlossenen Staatsgrundgesetzen 1867 und den nachfolgenden Schulgesetzen wurde aber dieser böhmische „Sprachenzwang“ wieder aufgehoben – zum Schaden für die zweisprachige Kommunikationsfähigkeit der künftigen Generationen.²⁸⁵

Bereits im Juli 1865 hatten sich 66 tschechische Abgeordnete des böhmischen Landtages an den Kaiser gewandt und die Anerkennung des böhmischen Staatsrechtes verlangt. Freilich taten sie dies nicht im Namen des politischen Volkes der „Böhmen“ im historisch-staatsrechtlichen Sinn, sondern – kurioserweise – „im Namen des tschechoslawischen Volkes“. Damit begann letzten Endes die tschechisch-nationale Politik einer bewussten Zweideutigkeit, nämlich Autonomie bzw. Selbständigkeit für die böhmischen Länder zu fordern, freilich nur im Namen der tschechischen Nation. Diese Zweideutigkeit wurde besonders durch einen grundsätzlichen sprachlichen Unterschied ermöglicht. Während die deutsche Sprache – ebenso wie die englische, französische und ungarische – seit den 1860er Jahren klar zwischen „böhmisch“ und „tschechisch“ zu unterscheiden begann, wobei „böhmisch“ für das Land, für das Königreich, für die Stände und den Landtag, „tschechisch“ aber für das Ethnikum und die Sprache gelten sollte, gab es in der tschechischen Sprache nur das eine Wort „*český*“. Wenn tschechische Politiker, Historiker und Publizisten bis 1918 einen deutschsprachigen Text verfassten oder einen tschechischsprachigen Text übersetzten, blieben sie auch weiterhin beim Terminus „böhmisch“. Auch das Staatsrecht blieb bis 1918 das böhmische, auch wenn bereits längst das tschechische gemeint war. In den Jahren 1918/19 sollte diese Doppelstrategie der Vermischung von „böhmisch“ und „tschechisch“ international Erfolg haben.²⁸⁶

Im Jahre 1865 hatte der Kaiser die Denkschrift der tschechischen Abgeordneten *ad acta* legen lassen. Palacký hatte hingegen in seiner im Frühjahr 1865 publizierten Studie „Österreichs Staatsidee“ die Öffnung Österreichs in Richtung

²⁸⁵ URBAN, Tschechische Gesellschaft I, 262f.; vgl. Gary B. COHEN, *Education and Middle-Class Society in Imperial Austria 1848-1918* (West Lafayette 1996).

²⁸⁶ Vgl. pars pro toto: Antonín BOHÁČ, *Siedlungsgebiete und Statistik der Böhmen*, in: Zdeněk Tobolka (Hg.), *Das böhmische Volk* (Prag 1916); Mikuláš TEICH (ed.), *Bohemia in History* (Cambridge 1998). In der neueren tschechischen Historiographie wurden dann aus „böhmischen Königen“ nicht selten „tschechische Könige“, aus der „böhmischen Krone“ (*koruna česká*) eine „tschechische Krone“ und aus den „böhmischen Ländern“ „tschechische Länder“ (*české země*). Vgl. Ernst BIRKE und Kurt OBERDORFER (Hgg.), *Das böhmische Staatsrecht in den deutsch-tschechischen Auseinandersetzungen des 19. und 20. Jahrhunderts* (Marburg 1960).

der „Idee der nationalen Gleichberechtigung“ verlangt, andernfalls beinahe prophetisch gedroht:

„Falls man das Gegenteil der modernen Idee des österreichischen Staates in die Tat umsetzen wird, [...] sondern die Überordnung der einen über die anderen hinnehmen wird, falls die Slawen durch staatsrechtliche Schritte zu einem Geschlecht minderen Ranges erniedrigt werden [...]: dann wird die Natur ihr Recht einfordern, ihr Widerstand gegen das Unnatürliche wird den bisherigen Landesfrieden unweigerlich in Unfrieden, Hoffnung in Verzweiflung verwandeln und zuletzt Streit und Hader hervorrufen, deren Richtung, Umfang und Folgen unvorhersehbar sind. Der Tag der Verkündung des Dualismus wird mit der unaufhaltsamen Zwangsläufigkeit der Natur zum Geburtsdatum panslawischer Tendenzen in dessen am wenigsten wünschbaren Gestalt werden. [...] Wir Slawen sehen einer solchen Entwicklung mit aufrichtigem Schmerz entgegen, jedoch ohne Furcht: Wir waren vor Österreich, wir werden auch nach ihm sein!“²⁸⁷

5) Obwohl die österreichische Armee im Juni 1866 eine neuerliche Schlacht bei Custoza gewann, musste sie Venetien räumen, da die österreichische Nordarmee am 3. Juli 1866 mit der Schlacht bei Königgrätz den „Kampf um Deutschland“ verlor. Wohl vor allem um die tschechische Bevölkerung günstig zu stimmen, erließ die preußische Heeresleitung bereits kurz nach der Besetzung Prags am 11. Juli 1866 ein Manifest an die „Einwohner des glorreichen Königreiches Böhmen“, in dem ihnen nicht nur die „volle Achtung für Eure historischen und nationalen Rechte“ zugesichert wurde, sondern für Böhmen und Mähren auch die Verwirklichung der nationalen Wünsche „gleich den Ungarn“. Nach Abschluss des österreichisch-preußischen Präliminarfriedens im Schloss des Grafen Mensdorff in Nikolsburg (Mikulov) und bald darauf des Friedensvertrages im Prager Luxushotel „Zum blauen Stern“ am 23. August 1866 war das wortgewaltige preußische Manifest gleich wieder vergessen, und die preußischen Truppen verließen noch in den Septembertagen die böhmischen Länder. Die tschechischen Liberalen begrüßten dies ebenso wie die Auflösung des Deutschen Bundes, womit die böhmischen Länder jede verfassungsrechtliche Bindung an ein wie immer entstehendes neues Deutschland verloren. Andererseits ist nicht zu übersehen, dass in der internationalen Politik die Einigung Deutschlands und die Einigung Italiens dem Prinzip der nationalen Selbstbestimmung zu einem Sieg über das Prinzip des Machtgleichgewichts verhalfen.²⁸⁸

Wenige Wochen nach der Niederlage bei Königgrätz war Kaiser und König Franz Joseph vor einer schicksalhaften innenpolitischen Entscheidung gestanden: Sollte er den Weg des Ausgleichs mit der ungarischen Nation weiter beschreiten, wie er ihn mit dem Juristen Ferenc Deák und Gyula Graf Andrassy besprochen hatte, oder sollte er auf Vorschläge einer Delegation österreichischer Slawen eingehen, die eine Untergliederung der Gesamtmonarchie in fünf Ländergruppen forderten: 1. die deutschen Alpen- und Donauländer, 2. die Länder der Wenzelskrone, 3. die Länder der Stephanskrone, 4. Galizien und die Bukowina und 5. die

²⁸⁷ URBAN, Tschechische Gesellschaft I, 271-273, 280f.; vgl. PALACKÝ, Österreichs Staatsidee (1866).

²⁸⁸ URBAN, Tschechische Gesellschaft I, 294-303; PFLANZE, Bismarck – Der Reichskanzler, 676.

südslawischen Gebiete. Doch der Kaiser hatte sich bereits auf den Ausgleich mit Ungarn festgelegt. Der im Oktober 1866 neu ernannte Außenminister, der sächsische Politiker Friedrich Ferdinand von Beust, verlangte in zwei Denkschriften an den Kaiser Ende Jänner 1867 das „Zusammengehen des deutschen und ungarischen Elementes gegen den Panslawismus“, und Franz Joseph ernannte am 17. Februar 1867 den 1849 in absentia zum Tode verurteilten Grafen Andrassy zum neuen ungarischen Ministerpräsidenten. Beust und Andrassy hatten in den Wochen zuvor einen „Gesetzesentwurf über die zwischen den Ländern der ungarischen Krone und den unter der Herrschaft Seiner Majestät stehenden übrigen Ländern obwaltenden Verhältnisse von gemeinsamem Interesse und über den Modus ihrer Erledigung“ erstellt, der nach der Königskrönung Franz Josephs und seiner Gemahlin Elisabeth am 8. Juni 1867 in Budapest von beiden Häusern des ungarischen Reichstages als Gesetzartikel XII sanktioniert wurde.²⁸⁹

Das Einverständnis des liberalen deutsch-österreichischen Bürgertums und der liberalen ungarischen Gentry mit der neuen „Österreichisch-Ungarischen Monarchie“ beschränkte sich nicht nur auf das ungarische Staatsrecht, sondern erstreckte sich auch auf die Anerkennung eines ganzen Komplexes verfassungsmäßiger Freiheiten in Österreich. – Von einer Anerkennung eines Böhmischen Staatsrechts und der Zusage einer Königskrönung in Prag war freilich nicht die Rede.²⁹⁰ – Das von Kaiser Franz Joseph gewünschte Ausgleichsgesetz eröffnete den deutsch-liberalen Politikern im Reichsrat die reale Chance, ihre Postulate aus dem Jahre 1848 verfassungsmäßig verankern zu lassen. Daher beschloss der österreichische Reichsrat – bei Abwesenheit vieler tschechischer Abgeordneter – neue Gesetze über die Ministerverantwortlichkeit, das Vereinsrecht, über die Reichsvertretung, über das Reichsgericht und über die richterliche Gewalt. Die Kompromissfassung des Artikels 19 des vom Reichsrat am 21. Dezember 1867 beschlossenen „Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger“ lautete:

„Absatz 1: Alle Volksstämme des Staates sind gleichberechtigt, und jeder Volksstamm hat ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache.

Absatz 2: Die Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen in Schule, Amt und öffentlichem Leben wird vom Staate anerkannt.

Absatz 3: In den Ländern, in welchen mehrere Volksstämme wohnen, sollen die öffentlichen Unterrichtsanstalten derart eingerichtet sein, dass ohne Anwendung eines Zwanges zur Erlernung einer zweiten Landessprache jeder dieser Volksstämme die erforderlichen Mittel zur Ausbildung in seiner Sprache erhält.“²⁹¹

²⁸⁹ Friedrich ENGEL-JANOSI, Einleitung, in: ÖMR VI/2, XXIII-XL; RUMPLER, Mitteleuropa, 405-407; vgl. Ivan ŽOLGER, Der staatsrechtliche Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn (Leipzig 1911).

²⁹⁰ Franz Joseph hatte tschechischen Politikern mehrmals eine Königskrönung in Prag zugesagt: 1861, 1865, 1870 und 1871. 1870 entwarf der Historiker Anton Gindely entsprechende Pläne, 1916 der Historiker Josef Pekař (für eine allfällige Krönung Karls I.). – EVANS, Communicating Empire, 131.

²⁹¹ STOURZH, Gleichberechtigung, 56f.

Dieser noch am selben 21. Dezember vom Kaiser sanktionierte Nationalitätenartikel trat bereits am nächsten Tag mit seiner Publikation im Reichsgesetzblatt in Kraft und wurde zur grundlegenden Norm des österreichischen Nationalitätenrechtes.²⁹²

Die Umsetzung des allgemeinen Prinzips der „Gleichberechtigung“ aller „Volksstämme“ stieß freilich auf viele objektive Schwierigkeiten und subjektive Hemmnisse. Denn mit dem Artikel 19 wurden viele Aspekte des Nationalitätenstreits in den böhmischen Ländern eröffnet, da nun die Sprachenfrage im Unterrichts-, Verwaltungs- und Gerichtswesen sowie in der amtlichen Statistik und in der Topographie virulent wurde. Immerhin zwangen die Erfordernisse der Verwaltung, des Eisenbahn-, Post- und Geldverkehrs, des Steuer- und Sicherheitswesens sowie der Militärverwaltung zu einem gewissen Pragmatismus jenseits der politisch-rechtlichen Prinzipien. Das bedeutete, dass Deutsch auch in den böhmischen Ländern die erste Landessprache blieb. Aber seit den 1890er Jahren wurde auch die Ortsnamenschreibung in den Katalog der nationalen Gramina aufgenommen und avancierte zu einem politischen Streitgegenstand um den „nationalen Besitzstand“. Die Wiener Zentralverwaltung anerkannte zwar die „Gleichberechtigung“, weitete deren Geltungsbereiche in Schule, Verwaltung und Gericht auch schrittweise aus, suchte aber in „letzter Instanz“ die deutschsprachige Einheitlichkeit Cisleithaniens zu wahren. Für die Erstellung eines Eisenbahnfahrplans von Feldkirch nach Czernowitz, von Oderberg nach Triest, für die Zustellung eines Telegramms oder eines Einberufungsbefehls bedurfte es sinnvollerweise einer einheitlichen Ortsbezeichnung. Die Landes- und Gemeindeverwaltungen, besonders die regionalen Kulturbetriebe, favorisierten hingegen die nationalsprachlichen, als bodenständig reklamierten Ortsbezeichnungen. Im Streit um die Ein- oder Zweisprachigkeit der Straßennamen von Prag und Laibach spielte aber offensichtlich weder auf tschechischer noch auf slowenischer Seite ein wirtschaftlicher Pragmatismus eine besondere Rolle. Für die böhmischen Länder bedeutete der Artikel 19, Abs. 3, dass nun jedes deutsche oder tschechische Kind in seiner Muttersprache erzogen wurde, allerdings die andere Sprache nicht mehr erlernen musste. In Prag besuchten dennoch weiterhin 80 bis 90 Prozent der deutschen und jüdischen Kinder den Tschechisch-Unterricht in den letzten drei Jahren der deutschen Volksschulen, allen drei Klassen der Bürgerschulen und in sechs bis acht Klassen der Gymnasien – aber in Nordböhmen lehnten die meisten Deutschen Tschechisch-Unterricht ab, und in Innerböhmen nahm der Deutsch-Unterricht in den tschechischen Schulen deutlich ab. Andererseits erhielten Deutsche und Tschechen in den böhmischen Ländern mit dem Reichsvolksschulgesetz

²⁹² STOURZH, Gleichberechtigung, 55-57; vgl. Karl Gottfried HUGELMANN, Das Nationalitätenrecht nach der Verfassung von 1867; der Kampf um ihre Geltung, Auslegung und Fortbildung, in: Karl Gottfried Hugelmann (Hg.), Das Nationalitätenrecht des alten Österreich (Wien – Leipzig 1934) 79-286, hier 81-96; Heinrich LUTZ, Österreich-Ungarn und die Gründung des Deutschen Reiches. Europäische Entscheidungen 1867-1871 (Frankfurt am Main – Berlin – Wien 1979) 484-493.

1869 die allgemeine Schulpflicht bis zum 14. Lebensjahr und damit das dichteste Schulnetz in der Gesamtmonarchie.²⁹³

Im Jahre 1868 erfolgte die Grundsteinlegung für ein neues tschechisches Prager Nationaltheater, während das Ständetheater deutschsprachigen Aufführungen vorbehalten blieb. Im Jahre 1869 folgte die nationale Teilung des Prager Polytechnikums, der Ankauf der Škodawerke in Pilsen durch Emil Škoda und die Gründung der *Živnostenská banka* (Gewerbebank) als Zentrale aller Vorschusskassen, die rasch zur führenden tschechischen Großbank aufstieg, während die bereits 1824 gegründete „Böhmische Sparkasse“ (*Česká spořitelná*) den kleinen Einlegern vorbehalten blieb. 1868 organisierten die „Alt- und Jungtschechen“ aber auch mächtige Protestversammlungen, die sie nach dem hussitischen Zentrum *tábory* nannten. Kaiser Franz Joseph musste daher einen Ausgleich mit dem zahlenmäßig stärksten seiner unzufriedenen Völker suchen. In Geheimverhandlungen der Regierung Karl Graf Hohenwart – Professor Albert Schäffle 1871 mit drei führenden tschechischen Vertretern stellte Wien einen Ausgleich für Böhmen (mit geänderter Landtagswahlordnung und Landesordnung) und ein Nationalitätengesetz mit völliger Gleichberechtigung der tschechischen und deutschen Nationalität in Aussicht, wenn die Tschechen in den Reichsrat zurückkehrten und die Verfassung 1867 anerkannten. Franz Joseph sagte sogar seine Krönung in Prag zu, womit er als König das Böhmisches Staatsrecht anerkannt hätte. Auch der mährische Landtag akzeptierte gegen die Opposition der Deutschen das Böhmisches Staatsrecht und den Kompromiss. Aber weder die verfassungstreuen Deutschböhmern noch viele Mitglieder des Hochadels noch die Deutschliberalen in anderen cisleithanischen Kronländern waren bereit, den ausgearbeiteten „Fundamentalartikeln“ zuzustimmen; der ungarische Ministerpräsident Graf Andrassy fürchtete Rückwirkungen auf die Slawen Ungarns. Ein Kronrat unter Vorsitz des Kaisers legte daher dem böhmischen Landtag ein ablehnendes Reskript vor. Selbst der alternde Palacký kündigte nun Wien seine Treue auf: „Ich lasse leider auch selbst die Hoffnung auf eine dauerhafte Erhaltung des österreichischen Staates fahren.“ Die Wege der beiden Landesnationen im Königreich Böhmen begannen sich merklich zu trennen. Ob damit schon der künftige Völkerzwist eingeleitet war?²⁹⁴

6) Zwischen 1867 und 1914 erfolgte nicht nur der Ausbau der österreichischen Reichshälfte (Cisleithanien) zum modernen Verfassungs- und Verwaltungsstaat nach westlichem Vorbild, sondern auch die Entwicklung zweier sozialstrukturell weitgehend ähnlicher Nationalgesellschaften: einer deutsch-österreichischen und einer tschechischen. Grundrechte, Vereinswesen, allgemeine Schulpflicht

²⁹³ URBAN, Tschechische Gesellschaft I, 306-324, 527; COHEN, *Ethnic Survival*, 132f.; vgl. Helmut RUMPLER – Peter URBANITSCH (Hg.), *Die Habsburgermonarchie 1848-1918*. Bd. VII: Verfassung und Parlamentarismus, 2 Bde. (Wien 2000).

²⁹⁴ KOŘALKA und CRAMPTON, *Die Tschechen*, 503; URBAN, *Tschechische Gesellschaft I*, 366-374; vgl. Thomas KLETEČKA, *Der Ausgleichsversuch des Ministeriums Hohenwart-Schäffle mit Böhmen im Jahre 1871*. Mit besonderer Berücksichtigung des reichsdeutschen Einflusses (Phil. Diss. Wien 1984).

mit Volksschulen, Mittelschulen und Hochschulen, Zeitungswesen, Theaterleben und allgemeine Wehrpflicht förderten und forderten gleichermaßen Deutsche wie Tschechen. Auch die Ausbildung des modernen Parteienwesens seit den 1880er Jahren erfolgte weitgehend parallel, wie vor allem die Zusammensetzung des 1907 erstmals von allen Männern gewählten österreichischen Reichsrates bewies. Die wesentlichsten Differenzen lagen einerseits im österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867, der – aus tschechischer Sicht – eine Vorrangstellung des deutsch-österreichischen Großbürgertums und der ungarischen Gentry ermöglichte, andererseits in der von Wien auch nach den Badeni-Unruhen 1897 nicht gewährten völligen Gleichstellung der tschechischen mit der deutschen Sprache als innerer Amtssprache in den böhmischen Ländern. Und seit der Teilung in tschechische und deutsche Mittelschulen seit den 1860er Jahren betraten von Jahr zu Jahr mehr tschechische und deutsche Maturanten den Arbeitsmarkt, den sie nach der Wirtschaftskrise von 1873 vor allem in der Bürokratie suchten. Arbeitsplätze suchten viele böhmische, mährische und schlesische Tschechen nicht nur in der sich stark modernisierenden Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, sondern auch im wirtschaftlich ebenfalls aufstrebenden Prag und stärkten dieses als nationales Zentrum. Auch die 1867 staatsbürgerlich endlich völlig gleichgestellten Juden erlebten nun einen beachtlichen gesellschaftlichen Aufstieg.²⁹⁵

Mit der Änderung der Wahlordnung für den böhmischen Landtag 1878 und der Rückkehr der alt- und jungtschechischen Abgeordneten sowohl in den böhmischen Landtag als auch in den Wiener Reichsrat in den Jahren 1878 bzw. 1879 wandelte sich aber „der Kampf gegen den österreichischen Staat“ in einen „um den österreichischen Staat“. Obwohl die 14 Jahre währende konservativ-slawische Regierung des „böhmischen“ Grafen Eduard Taaffe den Tschechen mit den Stremayr'schen Sprachenverordnungen 1880 (Gebrauch des Tschechischen als äußere Amtssprache gegebenenfalls auch in den deutschen Gebieten der böhmischen Länder), der Ernennung der Mährrers Alois Pražák zum Justizminister, einer Erweiterung des Wahlrechts sowohl zum Reichsrat als auch zum böhmischen Landtag, der Teilung der Carl-Ferdinands-Universität 1882 in einen tschechischen und einen deutschen Teil und der Kontrolle über die Handels- und Gewerbekammer von

²⁹⁵ Hugo ROKYTA, Die Böhmisches Länder. Handbuch der Denkmäler und Gedenkstätten europäischer Kulturbeziehungen in den Böhmisches Ländern – Prag (Prag 1997) 20, 25f., 112f., 115f.; Johannes URZIDIL, Die Tschechen und Slowaken, in: Die Welt der Slawen, hg. von Hans Kohn, Bd. 1: Die West- und Südslawen (Frankfurt am Main 1960) 113-205; COHEN, Ethnic Survival, 123-139; KUBŮ, Nationalismus, 31f.; KRÉN, Konfliktgemeinschaft, 219; Jan HAVRÁNEK (Hg.), Dějiny Univerzity Karlovy, III: 1802-1918 (Praha 1997) 183-188; Milan HLAVAČKA, Zlatý věk české samosprávy. Samospráva a její vliv na hospodářský, sociální a intelektuální rozvoj Čech 1862-1913 (Praha 2006); Peter DEMETZ, Prague in Black and Gold. Scenes from the Life of a European City (New York 1997); Scott SPECTOR, Prague Territories: National Conflict and Cultural Innovation in Franz Kafka's Fin de Siècle (Berkeley 2000); Wilma A. IGGERS, Frauenleben in Prag. Ethnische Vielfalt und kultureller Wandel seit dem 18. Jahrhundert (Wien 2001); Chad BRYANT, Prague in Black. Nazi Rule and Czech Nationalism (Cambridge, Mass. – London 2007) 4, 15.

Budweis entgegenkam, riefen „professionelle Nationalisten“ in Prag zum Boykott deutscher Waren auf und organisierten Aufmärsche des tschechisch-nationalen Turnvereins *Sokol* (Der Falke). Vereinsobleute, Politiker, Journalisten, Professoren, Lehrer und Advokaten begannen der Bevölkerung einzureden, dass sie „national“ handeln müsse: durch Teilnahme an der Volkszählung, durch Mitgliedschaft bei einem Verein, durch Einkauf in bestimmten Geschäften, durch Auswahl einer bestimmten Schule (auch Privatschule) für ihre Kinder, nicht zuletzt durch Wahl oder gar Mitgliedschaft bei einer politischen Partei. Dennoch ist Tara Zahra teilweise zuzustimmen, dass trotz der nationalistischen Agitation der deutschen und tschechischen Parteien und Vereine zumindest bis zum Ersten Weltkrieg ein gar nicht so kleiner Teil der deutschen und tschechischen Bevölkerung „national indifferent“ blieb und sich mehr mit dem Familienverband sowie einer Religion, sozialen Klasse, Berufsgruppe, Region oder auch der Dynastie identifizierte. Im Übrigen gab es nach wie vor viele ethnische Mischehen, da es zwischen Deutschen und Tschechen keine Konfessionsbarriere gab.²⁹⁶

Als Kontrapunkt zur tschechisch-nationalen Mobilisierung zu Beginn der 1880er Jahre ist das großdeutsche Linzer Programm 1882 zu sehen, maßgeblich formuliert von Viktor Adler, Engelbert Pernerstorfer, Heinrich Friedjung und Georg Ritter von Schönerer²⁹⁷. Es forderte nicht nur eine demokratische Erweiterung des Wahlrechts und eine große mitteleuropäische Zollunion, sondern – bei Sonderstellung für Galizien und die Bukowina und Abtretung Dalmatiens an Ungarn – auch die Einführung der deutschen Staatssprache in den böhmisch-österreichischen Ländern. Darüber hinaus enthielt das Programm eine Fülle von im 20. Jahrhundert umgesetzten wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen: die Einführung einer progressiven Einkommensteuer, Erwerb- und Luxussteuer;

²⁹⁶ URBAN, Czech Society, 209f.; Jan HAVRÁNEK (Hg.), Dějiny Univerzity Karlovy, III: 1802-1918 (Praha 1997) 183-188; Tara ZAHRA, Kidnapped Souls. National Indifference and the Battle for Children in the Bohemian Lands, 1900-1948 (Ithaca and London 2008) 4f., 13-19; Peter HASLINGER, Nation und Territorium im tschechischen politischen Diskurs 1880-1930 (München 2010) 71f. Ab etwa 1905 verlangten die tschechischen Reichsratsabgeordneten auch die Gründung einer tschechischen Universität in Brünn. – Schicksalsjahre Österreichs. Die Erinnerungen und Tagebücher Josef REDLICHs 1869-1936, 3 Bde., hg. von Fritz Fellner und Doris A. Corradini (Wien – Köln – Weimar 2011) I, 181.

²⁹⁷ Georg Ritter von Schönerer, Besitzer von Schloss Rosenau im Waldviertel und lange Jahre Abgeordneter des Wahlkreises Eger, war in den 1880er Jahren radikaler Führer der Deutschnationalen geworden und hatte ziemlich unverhüllt sein Endziel des Anschlusses der deutschösterreichischen Gebiete einschließlich der Sudetenländer an das Deutsche Reich propagiert. Freilich fanden die österreichischen Deutschnationalen bei ihrem Idol Bismarck keine Gegenliebe, da er den Bestand der Habsburgermonarchie als unerlässliche Voraussetzung für die Sicherheit des Deutschen Reiches in Europa und wohl auch für den deutschen Kultureinfluss im südöstlichen Mitteleuropa ansah. Es ist leicht nachvollziehbar, dass sowohl die tschechischen als auch die slowenischen Politiker die Ideen Schönerers und seiner Adepten strikt ablehnten. – Lothar HÖBELT, Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882-1918 (Wien – München 1993).

die Verstaatlichung der für die Gemeinschaft wichtigen Unternehmen (Eisenbahn, Versicherungen usw.); eine Fabrikgesetzgebung; die Gründung von Gewerkschaftsgenossenschaften und Wirtschaftskammern; die Festlegung einer Normalarbeitszeit; die Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit; den Schutz des Bauernstandes; eine Erbrechtsreform; eine freisinnige Erziehung.²⁹⁸

Nicht zufällig fiel der Beginn der koordinierten jungtschechischen außerparlamentarischen Mobilisierung ziemlich genau mit dem Inkrafttreten des neuen böhmischen Landtagswahlrechtes im Jahre 1886 zusammen. Waren die Tschechen in den vergangenen Jahrzehnten um eine Germanisierung besorgt, begannen nun die Deutschböhmen eine Tschechisierung zu fürchten. Ein 1886 vom Egerländer Ernst von Plener, dem politischen Führer der Deutschen im böhmischen Landtag – wo seit 1883 die Tschechen die Mehrheit der Abgeordneten stellten –, eingebrachter Antrag auf nationale Abgrenzung der Gerichts- und Verwaltungsbezirke des Königreiches Böhmen wurde abgelehnt. Oberstlandmarschall Georg Fürst Lobkowitz begründete die Ablehnung auch im Wiener Herrenhaus: Einer solchen Teilung könne keine Regierung und keine Partei zustimmen, „denn sie würde sich an der Natur Österreichs versündigen; sie würde die auf historischem Wege gewordenen Grenzen des Landes verrücken, würde die Basis erschüttern, auf welcher die Monarchie aufgebaut ist“.²⁹⁹

In der Mitte der 1880er Jahre begannen also die deutschböhmischen Politiker der historischen Konzeption des „böhmischen Staatsrechtes“ das Konzept einer ethnischen Territorialisierung gegenüberzustellen, womit eine dauerhafte Frontstellung aufgebaut wurde. Während die tschechischen Politiker auf der Landeseinheit Böhmens und der Zusammengehörigkeit der böhmischen Länder bestanden, verlangten nun die deutschböhmischen Politiker die Abgrenzung und Autonomie der deutschen Siedlungsgebiete in den böhmischen Ländern, was von tschechischer Seite als „Landeszerreißung“ abgestempelt wurde. Nationale Teilung und Abgrenzung – ein im damaligen Europa durchaus modernes Konzept, das auch im böhmischen (entweder tschechischen oder deutschen) Vereinswesen, zwischen den Parteien (etwa den Sozialdemokraten) und an der Prager Karls-Universität Anwendung fand – sollten keineswegs auf der Landesebene gelten. Freilich war auch der tschechische „Staatsrechtskampf“, so sehr er formal auf die Wiederherstellung der historisch-ständischen Staatsstruktur abzielte, zu einer modernen nationalen Forderung mutiert, bekam doch der Begriff „böhmisches Staatsrecht“ immer mehr den Inhalt eines „tschechischen Staatsrechtes“, womit

²⁹⁸ ZÖLLNER, Geschichte Österreichs, 427f.; WISKEMANN, Czechs and Germans, 45; Wolfdieter BIHL, Von der Donaumonarchie zur Zweiten Republik. Daten zur österreichischen Geschichte seit 1867 (Wien – Köln 1989) 35.

²⁹⁹ URBAN, Czech Society, 209f.; Hans Peter HYE, Der Aufstieg der Jungtschechen im böhmischen Landtag im Spiegel der Quellen der Wiener Regierung, in: Pavla Vošahliková – Milan Řepa (Hgg.), Bratři Grégrové a česká společnost v druhé polovině 19. století (Praha 1997) 67-85; vgl. Bruce GARVER, The Young Czech Party, 1874-1901, and the Emergence of a Multi-party System (New Haven 1978).

den Deutschböhmen und Deutschmähren bestenfalls eine zweitrangige Rolle zugeordnet war.³⁰⁰

So bedauerte der Führer der Jungtschechen, Edvard Grégr, bereits 1888, dass der „Körper unserer [tschechischen] Nation von fremdnationalen [gemeint: deutschen] Elementen“ wie von „Trichinen durchsetzt“ sei, und sein Bruder Julius Grégr begründete im selben Jahr Abtretungen gewisser Randgebiete Böhmens, Mährens und Schlesiens an Deutschland damit: „desto besser können wir sie [die im Lande Verbliebenen, Anm. Suppan] verdauen“. Daher wurden Ausgleichsverhandlungen zwischen Vertretern des böhmischen Großgrundbesitzes, der Alttschechen und der Deutschböhmen im Jänner 1890 – die „Wiener Punktationen“ ausgearbeiteten: Trennung des Landesschulrates in eine tschechische und eine deutsche Abteilung; Einrichtung von Minderheitenschulen in Schulbezirken mit mindestens 40 Schulkindern; Bildung einer tschechischen und einer deutschen Sektion im Landeskulturrat; Einrichtung einer Handels- und Gewerbekammer in Königgrätz; Abgrenzung der 219 böhmischen Gerichtsbezirke in 104 tschechischsprachige, 78 deutschsprachige und 37 gemischtsprachige; personelle Zusammensetzung des Oberlandesgerichtes in Prag aus 26 Richtern, die Tschechisch und Deutsch können sollten, und 15, die sich auf die deutsche Sprache beschränken könnten; Reform der Landtagswahlordnung – von den „Jungtschechen“ torpediert, womit sie bei den nachfolgenden Landtags- und Reichsratswahlen 1891 einen triumphalen Sieg errangen. Während die deutschböhmischen Liberalen die Wahrung ihres nationalen Besitzstandes verlangten, forderten die „Jungtschechen“ bereits einen tschechischen Staat mit tschechischer Staatssprache, die Krönung des Königs in Prag und seine Verteidigung auf die Landesrechte sowie eine Verdrängung des Deutschtums. Der neuen tschechisch-nationalen Politik entsprach, dass die bisher zweisprachigen Straßentafeln in Prag nach 1893 nur mehr einsprachig – in tschechischer Sprache – angebracht wurden.³⁰¹

7) Bereits 1862 war nach dem Vorbild des „Deutschen Turnvereines“ der *Sokol* (Der Falke) gegründet worden, der bis zum Ersten Weltkrieg zu großen Massenverbänden ausgebaut wurde. Zählte die deutsch-österreichische Sektion des Turnvereines 1914 bereits 103.000 Mitglieder, so erreichte der *Sokol* schon 1912 sogar 119.000 Mitglieder. Neben diesen formierten sich seit Anfang der 1880er Jahre nationale Schutzvereine, die sich rasch zu aggressiven Formationen im Nationa-

³⁰⁰ Hans LEMBERG, 1918: Die Staatsgründung der Tschechoslowakei und die Deutschen, in: Wendepunkte in den Beziehungen zwischen Deutschen, Tschechen und Slowaken 1848-1989, 119-135, hier 120f.

³⁰¹ Roland J. HOFFMANN und Alois HARASKO (Hgg.), Odsun. Die Vertreibung der Sudetendeutschen. Vyhnaní sudetských Němců. Dokumentation zu Ursachen, Planung und Realisierung einer „ethnischen Säuberung“ in der Mitte Europas, Band 1: Vom Völkerfrühling und Völkerzwist 1848/49 bis zum Münchener Abkommen 1938 und zur Errichtung des „Protektorats Böhmen und Mähren“ 1939 (München 2000) 246-249; HUGELMANN, Nationalitätenrecht, 160-163; WISKEMANN, Czechs and Germans, 43; URBAN, Tschechische Gesellschaft I, 570-586; HASLINGER, Nation, 141-155.

litätenkampf entwickelten. Im Jahre 1880 wurde in Wien der „Deutsche Schulverein“ gegründet, in Prag die *Ustřední matice školská* (Zentrale Schulstiftung), die mit Privatschulen und Wanderlehrern um die Schulkinder in den ethnisch-national gemischten Gebieten wie dem Böhmerwald zu werben begannen. In den folgenden Jahren entstanden auf deutscher Seite der „Böhmerwaldbund“ (1884) sowie Bünde für Ostböhmen, Nordmähren und Südmähren. Ebenfalls im Jahre 1884 entstand in Südböhmen die *Národní jednota pošumavská* (Nationale Einheit des Böhmerwaldes), die jedoch sehr rasch von der 1885 gegründeten *Národní jednota severočeská* (Nationale Union Nordböhmens) übertroffen wurde, die 1914 in 250 Ortssektionen 19.000 Mitglieder zählte. Der 1894 gegründete „Bund der Deutschen in Böhmen“ zählte zu Anfang des 20. Jahrhunderts bereits 60.000 Mitglieder und versammelte 1914 in ca. 1200 Ortsgruppen etwa 120.000 Mitglieder. Nach der Gründung der Tschechoslowakischen Republik verloren die *jednoty* zwar ihren ursprünglichen Vereinszweck, sammelten aber auch weiterhin finanzielle Mittel zur Unterstützung tschechischer Minderheiten in deutschen Mehrheitsgebieten und engagierten sich im Ankauf von Grund und Boden. So zählten die *jednoty* im Jahre 1938 bereits über 100.000 Mitglieder. Auch der „Bund der Deutschen“ erlebte nach 1918 kurzfristig eine Krise, zählte aber 1921 schon wieder 130.000 Mitglieder und näherte sich in den 1930er Jahren der Henlein-Bewegung an. Dem Kommentar von Wiskemann ist zuzustimmen: „The influence of the Czech nationalist societies was just about as uncompromisingly and romantically chauvinist as that of their German competitors.“³⁰²

Reichskanzler Otto Fürst Bismarck wusste zwar „das germanische Gefühl der Deutsch-Österreicher“ zu schätzen, verbot jedoch „jedwede großdeutsche Einmischung oder Nationalpropaganda im Ausland“. Allerdings stand Bismarck den staatsrechtlichen Bestrebungen der Tschechen negativ gegenüber, da „ein slawischer Staat zwischen Baiern und Schlesien uns entschieden unbehaglich wäre“.³⁰³ – Schon auf seiner Eisenbahnreise im September 1879 von Bad Gastein über Salzburg und Linz nach Wien, wo er mit Andrassy den Zweibund aushandelte, hatten ihm überall Tausende zugejubelt. Als der von Wilhelm II. entlassene Bismarck im Juni 1892 zur Hochzeit seines Sohnes über Berlin und Dresden nach Wien fuhr, konnte der Deutsche Kaiser zwar seinen Wunsch durchsetzen, dass Franz Joseph den ehemaligen Reichskanzler nicht empfang, doch wo immer Bismarck in der Öffentlichkeit auftrat – im Rathaus, im Prater, beim Heurigen, bei einer Theater-

³⁰² WISKEMANN, *Czechs and Germans*, 54-58; Eduard KUBŮ, *Der wirtschaftliche Nationalismus*, in: *Geschichte verstehen*, 30-33; Pieter M. JUDSON, *Guardians of the Nation. Activists on the Language Frontiers of Imperial Austria* (Cambridge, Mass. – London 2006) 17, 88-99; ZAHRA, *Kidnapped Souls*, 54-56; vgl. J. ZEMMRICH, *Sprachgrenze und Deutschtum in Böhmen* (Braunschweig 1902).

³⁰³ Otto von BISMARCK, *Die gesammelten Werke*, 15 Bde. (Berlin 1924-1935), Bd. 15, 407; Jan KRÉN, *Die böhmische Frage in der deutschen und österreichischen Politik bis zum Jahr 1918*, in: Hans Lemberg – Michaela Marek – Zdeněk Beneš – Dušan Kováč (Hgg.), *Suche nach Sicherheit in stürmischer Zeit* (Essen 2009) 13-44, hier 15-18.

aufführung oder in diplomatischen Vertretungen –, überall durchbrach die Menge die polizeilichen Absperrungen, um ihm die Hand zu drücken und ihn und seine Frau Johanna mit Blumen zu überschütten. Deutschnationale und antisemitische Extremisten veranstalteten eine Prozession von 60 Kutschen und ließen den „Begründer des Deutschen Reichs“ mit der „Wacht am Rhein“ hochleben.³⁰⁴

Auf der Basis des florierenden Vereins- und Pressewesens begannen sich nach 1890 politische Gruppierungen innerhalb der beiden Nationalitäten auch nach sozialen und beruflichen Interessen sowie nach Weltanschauungen zu bilden. Die jungtschechische Zermürbungstaktik gegenüber den Alttschechen war bereits in einem Maße aufgegangen, dass Statthalter Thun nach Wien berichtete, die führenden Persönlichkeiten der Alttschechen seien nur mehr an einem möglichst günstigen „Ausstieg“ aus der Politik interessiert. Thun stellte außerdem fest, „dass es absolut nicht ratsam erscheint, die Neuwahlen zu einer Zeit durchzuführen, wo die Studentenschaft auf den Ferien weilt, weil gerade dadurch den Studenten, welche ja bekanntermaßen sowohl auf deutscher wie auf böhmischer Seite in nationaler Beziehung die extremste Richtung verfolgen, Gelegenheit gegeben würde, die regste Agitation zu entwickeln“. Auch in Reichenberg glaubte der Statthalter Radikalisierungstendenzen zu erkennen:

„Die maßgebenden Kreise Reichenbergs, wie es die neulich stattgefundene Sedanfeier, die fortwährenden Proscriptionen der böhmischen Bewohner und beinahe täglich wiederkehrende Gewalttätigkeiten zeigen, haben weder den Willen noch die Macht, Ordnung zu schaffen; die Sicherheitsorgane Reichenbergs sind in der Hand dieser Parteiregierung, und wird weder von ihr, noch von den sonstigen Organen des Magistrats je ein objectives Vorgehen zu erwarten sein.“³⁰⁵

Nach den Wahlen zum Reichsrat 1897 mit einer neuen fünften, allgemeinen Kurie von über fünf Millionen Wählern zogen nun die ersten modernen Volkstribunen in das Parlament ein: auf tschechischer Seite in der Partei der „Jungtschechen“ (*Mladočeši*), in der „Mährischen Volkspartei“ (*Lidova strana*), in der „Tschechoslawischen Sozialdemokratischen Partei“ (*Československá socialně-demokratická strana*) und in der „Tschechischen Agrarpartei“ (*agrarní strana*), auf deutscher Seite in der „Deutschen Fortschrittspartei“, in der „Deutschen Volkspartei“, in der „Christlichsozialen Partei“, in der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ und in der alldeutschen Schönerer-Gruppe. Die Wahlergebnisse untermauerten, dass im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts nicht nur die bürgerlichen Eliten, sondern nun auch die Masse der Bevölkerung bereits nationalistisch orientiert waren. Deutliche Zeichen waren sogar in der Wissenschaft zu erkennen: Die monumentale 28-bändige Enzyklopädie des Verlegers Jan Otto – *Ottův slovník naučný* – stützte

³⁰⁴ PFLANZE, Bismarck – Der Reichskanzler, 230, 638.

³⁰⁵ Bericht Sth. Thun an MdI, Prag, 13. September 1892, ÖStA, AVA, MdI/Präsidiale 31, Böhmen 3288/1892; Bericht Sth. Thun an MdI, Prag, 17. April 1893, ÖStA, AVA, MdI/Präsidiale 31, Böhmen 1418/1893; Bericht Sth. Thun an MdI, Prag, 29. Juni 1895, ÖStA, AVA, MdI/Präsidiale 31, Böhmen 3169/1895, zitiert nach: HYE, Jungtschechen, 67-85.

sich auf die Expertise des seit 1882 selbständigen tschechischen Teils der Karls-Universität, blieb aber den ausschließlich Deutsch sprechenden Bewohnern der böhmischen Länder verschlossen; die Gründung der „Tschechischen Akademie der Wissenschaften und Künste“ (*Česká akademie věd a umění*) 1891, die Gründung einer „Gesellschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur in Böhmen“, ebenfalls 1891, und die Gründung der „Tschechischen Philharmonie“ (*Česká filharmonie*) 1894 stellten jeweils nationalpolitische Abgrenzungen dar.³⁰⁶

8) Um eine Mehrheit für einen weiteren Wirtschaftsausgleich mit Ungarn zu gewinnen, versuchte der aus Galizien stammende Ministerpräsident Kasimir Graf Badeni den Jungtschechen entgegenzukommen und erließ im April 1897 zwei gleichlautende Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren. Sie verpflichteten sowohl im inneren als auch im äußeren Amtsverkehr zur Zweisprachigkeit und verlangten von jedem Staatsbeamten in den beiden Kronländern die Kenntnis beider Landessprachen in Wort und Schrift – spätestens bis zum 1. Juli 1901. Die Deutschen betrachteten diese von Wien verordnete Ausdehnung der Zweisprachigkeit auf die deutschen Bezirke und Gemeinden als schwere Benachteiligung, so dass sofort Massendemonstrationen in deutschböhmischen Städten einsetzten. Die größte Anti-Badeni-Demonstration fand am 11. Juli in Eger statt, gegen die deutsch-tschechische Polizei aus Prag aufgeboten werden musste. Gewaltsame Zusammenstöße zwischen deutschen und tschechischen Studenten in Prag ließen erstmals den Gedanken einer Verlegung des deutschen Teils der Carl-Ferdinands-Universität in eine deutsch-böhmische Stadt aufkommen. Die Proteste griffen auch auf Wien, Graz, Klagenfurt und andere österreichische Städte über und arteten zu zügelloser Obstruktion und Handgreiflichkeiten im Wiener Reichsrat aus. Der Kaiser musste den Reichsrat schließen lassen und Badeni als Ministerpräsidenten abberufen. Die Jungtschechen antworteten mit Exzessen in Prag. In den Wiener Karikaturen erschienen der *Böhm* und der *Wenzel* als dummdreiste, ungeschlachte, randalierende, ewig unzufriedene, gelegentlich sogar gewalttätige Bauerntölpel. In den Prager Karikaturen wurde der *Němec* entweder als *Michel* – ein bössartiger, verfetteter Gnom mit Zipfelmütze – oder als *Buršák*, als deutscher Couleurstudent, oder als *Prušák*, als wilhelminischer Deutscher mit Pickelhaube, gezeichnet. Tatsächlich stießen 1897 erstmals *furor teutonicus* und *furor bohemicus* zusammen, was für das 20. Jahrhundert nichts Gutes verhieß.³⁰⁷

³⁰⁶ Helmut RUMPLER, Parlament und Regierung Cisleithaniens, in: Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Band VII, 667-894, hier 834-838, und Anhang, 1253f.; SAYER, Bohemia, 101; Jiří MALÍŘ, Od spolku k moderním politickým stranám. Vývoj politických stran na Moravě v letech 1848-1914 (Brno 1996); MIŠKOVÁ, FRANC, KOSTLÁN, Bohemia docta, 194-257.

³⁰⁷ Bertold SUTTER, Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897, 2 Bde. (Graz – Köln 1960/65); WISKEMANN, Czechs and Germans, 43f.; HLAVAČKA, Rakouska monarchie, 436-438; WINGFIELD, Flag Wars, 48-78; Arnold SUPPAN, Nationale Stereotypen in der Karikatur. Österreich und seine Nachbarn in Ostmitteleuropa, in: Herwig Wolfram und Walter Pohl (Hgg.) Probleme der Geschichte Österreichs und ihrer Darstellung (Wien 1991) 259-284. Der berühmte Althistoriker Theodor Mommsen formulierte in einem öffentlichen Brief „An die Deutschen Österreichs“ seinen berüchtigten Rat, dass gegen die „Schädel der Tschechen“ nichts helfe als „Schläge“.

Auch der junge, aus Böhmen gebürtige Karl Kraus polemisierte in den Kämpfen um die Badenischen Sprachenverordnungen 1897 gegen die Aktionen der „fenstereinwerfenden Nation“ und setzte Daniel Spitzers leitmotivische Satirisierung der „czechischen Staatsrechts-Hausierer“, die in ihren Tagträumen bereits den Krönungsschimmel vom Hradschin herunterwiehern hören, ziemlich geradlinig fort. Aber mit der Gründung der „Fackel“ setzte bei Kraus eine grundlegende Umwertung innenpolitischer Wertmaßstäbe ein, und schon im Mai 1899 setzte er einen cisleithanischen Imperativ: „Die Deutschen und die Tschechen und die Slowenen haben als kulturell selbstständige Nationalitäten und nicht als Staatspensionärs der österreichischen Bürokratie, als Kulturkämpfer für ihre eigene und nicht als solche gegen jede fremde Kultur aufzutreten.“³⁰⁸

Als schwierig erwies sich immer die Definition, wer eigentlich „die Deutschen“ waren und wer „die Tschechen“. Allein die Namensregister der Tschechen und Deutschen in den böhmischen, mährischen und schlesischen Städten – aber auch in Wien – verrieten, dass zehntausende tschechische Namen auf eine deutsche und zehntausende deutsche auf eine tschechische Herkunft zurückzuführen waren. Schließlich hatte auch die tschechische Nationalschriftstellerin Božena Němcová einmal Barbara Pankel geheißt und verdankte ihren Zweitnamen ihrem Mann Josef Němec, also einem „Deutschen“. Hans Lemberg wies auf mindestens vier Gruppen von Deutschen hin, wie die Tschechen der zweiten Hälfte des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sie sahen:

- a) „unsere Deutschen“ aus den Grenzgebieten Böhmens sowie vielen Gebieten Mährens und Schlesiens; diese mutierten nach 1918 zu den „Sudetendeutschen“;
- b) die Prager Deutschen, die bis 1938 gemeinsam mit vielen Prager Juden die „deutsche Gesellschaft“ in Prag bildeten und mit den nationalistischen Kreisen in den Grenzgebieten – später auch aus „rassischen Gründen“ – wenig Gemeinsames hatten;
- c) „die österreichischen Deutschen“ als summarische Bezeichnung für die Deutschen in Cisleithanien bzw. in der Gesamtmonarchie;
- d) „die Reichsdeutschen“ als Bürger des Deutschen Reiches vor und nach 1918.³⁰⁹

³⁰⁸ Kurt KROLOP, Karl Kraus und die Tschechen, in: *Český lav a rakouský orel v 19. století. Böhmischer Löwe und österreichischer Adler im 19. Jahrhundert* (Praha 1996) 310-327.

³⁰⁹ Hans LEMBERG, Deutsche und Tschechen – Die nationalen und staatlichen Beziehungen, in: *Mit unbestechlichem Blick... Studien von Hans Lemberg zur Geschichte der böhmischen Länder und der Tschechoslowakei*, hg. von Ferdinand Seibt, Jörg K. Hoensch, Horst Förster, Franz Machilek und Michaela Marek (München 1998) 29-53; PEŠEK, Wendepunkte, 10f.; vgl. Bayern – Böhmen. 1500 Jahre Nachbarschaft/Bavarsko – Čechy. 1500 let sousedství. Bayerische Landesausstellung in Zwiesel 2007; Stefan KARNER – Michal STEHLÍK (Hgg.), *Österreich – Tschechien, geteilt – getrennt – vereint. Beitragsband und Katalog der Niederösterreichischen Landesausstellung 2009* (Schallaburg 2009).

Helmut Rumpler ergänzte „die Deutschen“ um die „Wiener Regierung“, repräsentiert durch überwiegend deutsche Bürokraten, aber auch durch die militärisch-hochfeudale „Hofpartei“.³¹⁰ Innerhalb der ebenfalls in einem starken dynamischen Wandel befindlichen tschechischen Gesellschaft unterschieden sich die böhmischen und mährischen Tschechen in ihren politischen, sozialen und konfessionellen Einstellungen und Präferenzen. Hierbei war in Böhmen die Abgrenzung gegenüber der deutschen Gesellschaft stärker als in Mähren, das stärker nach Wien und Niederösterreich tendierte. Auch die südböhmischen, südmährischen, nordmährischen und schlesischen Deutschen tendierten mehr in die südliche Richtung, während die Deutschen (und Tschechen) in Nordböhmen vielfältige Beziehungen nach Sachsen und Schlesien pflegten.

Seit den frühen 1890er Jahren wurde der Begriff „Sudetendeutsche“ in die geographische und historische Wissenschaft eingeführt. Der für Österreich-Ungarn zuständige Bearbeiter einer „Länderkunde Europa“, Alexander Supan, definierte 1889 erstmals ein „Territorium der Sudetendeutschen“, „das den ganzen Westen und Norden von Böhmen umzieht, und woran sich dann unmittelbar das deutsche Gebiet im nördlichen Mähren und im Troppauer Schlesien bis zur Oder anschließt“. Heinrich Herkner schrieb 1893 von den „deutschen Sudetenbewohnern“ und von „über drei Millionen Deutschen“ der Sudetenländer. Jan Herben besprach diesen Aufsatz und verwendete erstmals die tschechischen Begriffe *sudetských zemí* (Sudetenländer) und *Němci sudetských* (Sudetendeutsche). Die beiden Funktionäre des Bundes der Deutschen, die späteren Abgeordneten Franz Jesser und Josef Tschan, einigten sich im Jahre 1898 auf die Begriffe „Sudetenländer“ und „Sudetendeutsche“. Und der vom k.k. Ministerium für Cultus und Unterricht genehmigte österreichische Schulatlas aus dem Jahre 1900 verwendete den Begriff „Sudetenländer“ bereits für die Kronländer Böhmen, Mähren und Schlesien und den Begriff „Sudetendeutsche“ für die dort wohnenden Deutschen. Andererseits kam es um die Jahrhundertwende zur demonstrativen Verwendung des Begriffes „čechisch“ auch in deutschsprachigen Texten.³¹¹

9) Das „Pfingstprogramm“ der deutschen Parteien 1899 und die Konzeption des jungtschechischen Führers Karel Kramář, den deutsch-österreichischen Zentralismus zu beenden und den „Zweibund“ zu kündigen, standen sich um die Jahrhundertwende diametral gegenüber. Kramář, mit einer Russin verheiratet, forderte ein Bündnis Wiens mit Paris und St. Petersburg und vertrat einen Neo-Slawismus. Das Pfingstprogramm verlangte hingegen eine klare nationale Abgrenzung ausgehend von den Gerichtssprengeln, denen die einzelnen Ortschaften – „wenn nötig,

³¹⁰ RUMPLER, Geschichte der böhmischen Länder, 620.

³¹¹ Länderkunde Europa, hg. von Anton Kirchner (Wien 1889) 10 f., 608; Heinrich HERKNER, Die Zukunft der Deutsch-Österreicher, in: Deutsche Worte, hg. von Engelbert Pernerstorfer, 13. Jg. (Wien 1893) 328; Jan HERBEN, Budoucnost rakouských Němců, in: Čas, 7/44, Praha, 4. November 1893, 699f.; Franz JESSER, Das Wesen des nationalen Kampfes in den Sudetenländern (1912); vgl. HABEL, Sudetenfrage, 206-208; HASLINGER, Nation, 92.

durch Teilung der Gemeinden“ (sic!) – nach den ethnographischen Verhältnissen zuzuteilen seien. Auf der Basis der national abgegrenzten Gerichtssprengel seien national abzugrenzende Verwaltungsgebiete (Kreise) sowie Wahlbezirke für den Landtag, den Reichsrat und die anderen Vertretungskörper einzurichten. In den deutschen Verwaltungsgebieten und bei den deutschen Abteilungen der Landesbehörden sei die deutsche Sprache als innere und äußere Amtssprache aller Staatsbehörden zu bestimmen; in den gemischten Gebieten sowie in der Landeshauptstadt Prag samt den Vororten habe die vollständig paritätische Behandlung beider Sprachen zu gelten. Die Abgeordneten der Städte, Handelskammern und der Landgemeinden seien in nationale Kurien einzuteilen, denen ein Vetorecht in allen wichtigen nationalen Angelegenheiten zustehe. In den gemischten Gebieten und in Prag samt Vororten seien bei Vorhandensein der gesetzlich erforderlichen Anzahl von Kindern der anderen Nationalität Minoritätsschulen zu errichten, deren Kosten vom Landesschulfonds der betreffenden Nationalität zu tragen seien.³¹²

Lediglich die tschechischen Sozialdemokraten lehnten das Beharren auf dem böhmischen Staatsrecht ab und beschlossen mit ihren deutschen Parteifreunden auf dem Brüner Parteitag 1899 die Forderung nach einer Umwandlung Österreichs „in einen demokratischen Nationalitäten-Bundes-Staat“. An Stelle der historischen Kronländer sollten national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper treten. Nach diesem Prinzip der „Personalautonomie“, aber auch nach den im „Pfingstprogramm“ verlangten ethnisch gesonderten Wahlbezirken gelang 1905 in Mähren ein nationaler Ausgleich zwischen der deutschen Mehrheit und der tschechischen Minderheit im Landtag. In Hinkunft sollte nach nationalen Kurien gewählt, sollten der Landtag und der Landesschulrat zweigeteilt und einsprachige Schulbezirke eingerichtet werden. Die Regelung des Gebrauches beider Landessprachen bei den autonomen Behörden hatte die Gleichberechtigung und die Gleichwertigkeit beider Nationalitäten zur Grundlage. Die Beamtenbesetzungen sollten nach der vorherrschenden Sprache am Dienort und nach der Bevölkerungsrelation erfolgen. Für die Landtags- und Reichsratswahl 1907 wurde das gesamte Land in tschechische und deutsche Wahlkreise eingeteilt – also keine Abgrenzung wie in Böhmen, Schlesien und anderen gemischt-ethnischen Kronländern durchgeführt. Nach dem Vorbild des Mährischen Ausgleichs wurden auch die Verhandlungen in Böhmen wieder aufgenommen; Kramář auf tschechischer sowie Professor Adolf Bachmann auf deutscher Seite erzielten 1912 sogar ein Provisorium mit einer genauen Einteilung in tschechische und deutsche Kreise; zu

³¹² Alfred FISCHER (Hg.), *Materialien zur Sprachenfrage in Österreich* (Brünn 1902) 37f. Im Sprachgesetzentwurf der Regierung Koerber vom 8. Mai 1900 wurde unter „gemischtem Gebiet“ jeder Bezirk verstanden, „in dem die Minderheit der anderssprachigen Bewohner 20 % der gesamten Bevölkerung erreicht oder übersteigt“. Nach jeder zweiten Volkszählung sollte eine Anpassung an die neuen Verhältnisse unter Beibehaltung der 20%-Grenze erfolgen. Im tschechoslowakischen Sprachengesetz vom 29. Februar 1920 tauchte diese 20%-Regelung wieder auf.

einer Lösung der „Böhmischen Frage“ reichte aber der politische Wille auf beiden Seiten nicht. Daher wurde am 26. Juli 1913 mit den „Annenpatenten“ der böhmische Landtag aufgelöst und eine Landesverwaltungskommission eingesetzt. – Bereits Karel Kazbunda belegte quellenmäßig den beiderseitigen *Circulus vitiosus* des „Bannes“, unter dem sich die gemäßigten Kräfte durch den Druck des nationalen Radikalismus befanden. Wenn dieser Druck aus der Sicht Kazbundas auf deutscher Seite stärker war, so spielte dabei die direkte und indirekte Beeinflussung in Gestalt des Bündnisses mit dem Deutschen Reich eine große Rolle, das der „richtungweisende, entscheidende Faktor für die Art und Weise der Lösung der Frage eines Nationalitäten-, ‚Ausgleichs‘ in den böhmischen Ländern war.“³¹³

Obwohl die Familien entlang der deutsch-tschechischen „Sprachgrenze“ in Nord- und Südböhmen sowie in Nord- und Südmähren bis zum Ersten Weltkrieg ihre Kinder während der Sommerferien oder nach Ende der Schulpflicht „tauschten“, um die andere Landessprache zu erlernen, forcierte die nationale Gesellschafts- und Schulpolitik eine immer stärkere nationale Trennung und eine nationale Vereinnahmung der Schulkinder. Immerhin sollen im Jahre 1900 noch 16,6 % der Prager, 16,2 % der Budweiser, 16,1 % der Reichenberger und 22,4 % der Brüxer Schulkinder zweisprachig gewesen sein. Aber im Jahre 1907 startete die tschechische Nationale Union für Nordböhmen (*Národní jednota severočeská*) eine aggressive Propagandakampagne gegen diesen „Kindertausch“ (*handl*). Besonders nationalistische Pädagogen – die sich selbst als „fortschrittlich“ bezeichneten – und nationalistische Wohlfahrtsorganisationen bearbeiteten konsequent „national indifferente“ Eltern, diesen Kindertausch einzuschränken. Denn deutsche und tschechische Nationalisten strebten eine politische Kultur an, in der die Erziehung, Gesundheit und Wohlfahrt der Kinder eher eine Angelegenheit des nationalen Kollektivs als der Eltern sein sollte. Die revolutionärste Festlegung im Mährischen Ausgleich war die „lex Perek“, deren Inhalte und Konsequenzen nicht nur für die österreichischen Kronländer – etwa Galizien und die Bukowina – als Modell dienen sollte, sondern auch in Schulstreits in der Zwischenkriegszeit (etwa im polnischen Teil Oberschlesiens) und im Autonomie-Modell für Südtirol nach 1969 eine wesentliche Rolle spielten. Die Grundidee war die Anlage von nationalen Katastern, nach deren Eintragung nicht nur das Wahlrecht auszuüben, sondern auch die Anmeldung der Kinder zum Schulunterricht vorzunehmen war. Trotz ei-

³¹³ URBAN, Tschechische Gesellschaft I, 805; Alfred FISCHEL, Der nationale Ausgleich in Mähren, in: Österreichisches Staatswörterbuch, Bd. III (Wien 1910) 512-514; Emil STRAUSS, Die Entstehung der tschechoslowakischen Republik (Prag 1934) 43; WISKEMANN, Czechs and Germans, 51-53; Hans MOMMSEN, Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat (Wien 1963) 314-338; Jiří MALÍŘ, Der Mährische Ausgleich als Vorbild für die Lösung der Nationalitätenfragen?, in: Thomas Winkelbauer (Hg.), Kontakte und Konflikte: Böhmen, Mähren und Österreich. Aspekte eines Jahrtausends gemeinsamer Geschichte (Horn – Waidhofen an der Thaya 1993) 337-346; Karel KAZBUNDA, Otázka česko-německá v předvečer velké války. Zrušení ústavnosti země České tzv. Anenskými patenty z 26. července 1913, hg. von Zdeněk Kárník (Praha 1995) 28; KŘEN, Die böhmische Frage, 25; WINGFIELD, Flag Wars, 79-106.

nes komplizierten Aufnahmeverfahrens und einer Reihe von Elternprotesten, die bis zum Verwaltungsgerichtshof in Wien gelangten, stellten die Streitfälle angesichts von 1913 tschechischen und 780 deutschen Volksschulen in Mähren 1910 nur einen kleinen Bruchteil aller Schuleinschreibungen dar. Andererseits wurden gerade diese Streitfälle publizistisch ausgeschlachtet und von beiden nationalistischen Bewegungen zur nationalen Homogenisierung der national „indifferenten“ Bevölkerung genützt. Im 20. Jahrhundert gefährlicher wurde die neue Tendenz, Schulkinder – auch gegen den Willen der Eltern – als kollektives Eigentum zu betrachten, was Nationalsozialisten und Kommunisten – im angeblich „besten Interesse“ der Kinder – diabolisch gekonnt weiterentwickeln sollten.³¹⁴

Erstaunlich geringe Spannungen löste die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer in Cisleithanien 1907 aus, da die 516 Einer-Wahlkreise – davon 130 in Böhmen, 49 in Mähren und 15 in Schlesien – ziemlich genau den nationalen Verhältnissen angepasst wurden. Im neuen Reichsrat erhielten die Deutschen 233 Abgeordnete, die Tschechen 109, wobei aus Böhmen 75 Tschechen und 55 Deutsche kamen. Diese bilateral akzeptierte, exakte nationale Aufteilung entsprach also offensichtlich dem Mehrheitswillen der tschechischen und deutschen Parteien – und ihrer Wähler. Bei den Reichsratswahlen gewannen von den tschechischen Parteien die Agrarier 29 Mandate, die Sozialdemokraten 24, die Jungtschechen 20, die Katholische Volkspartei 17, die „National-Sozialistische Partei“ (inklusive Radikale) 10, die Altschechen 6 und die Realisten 2; bei den Deutschen in den böhmischen Ländern gewannen die Sozialdemokraten 21, die Agrarier 19, die Fortschrittlichen 14, die Deutsche Volkspartei 13, die Radikalen 12 und die Alldeutschen 2. Gab es also in der Parteienstruktur zwischen Tschechen und Deutschen in den böhmischen Ländern starke Parallelen, so unterschied sich diese grundsätzlich von der in den österreichischen Alpen- und Donauländern, da hier die Christlichsozialen bei weitem voranliefen und mit 96 Abgeordneten die stärkste Fraktion stellten. Man sollte freilich nicht übersehen, dass der Kompromiss über das allgemeine Wahlrecht nur für die Reichsratswahlen und nicht für die Landtags- und die Gemeinderatswahlen galt, bei denen auch weiterhin nach Kurien gewählt wurde. Daher ging auch der Kampf zwischen den nationalen Schutzvereinen um die Mehrheiten in den Stadt- und Gemeinderäten bzw. um das Schulwesen weiter.³¹⁵

³¹⁴ ZAHRA, *Kidnapped Souls*, IXf., 9f.; Gerald STOURZH, *The Ethnicizing of Politics and „National Indifference“ in Late Imperial Austria*, in: Gerald Stourzh, *Der Umfang der österreichischen Geschichte. Ausgewählte Studien 1990-2010* (Wien – Köln – Graz 2011) 283-323; RAUCHBERG, *Besitzstand*, 435; Robert SCHEU, *Wanderung durch Böhmen am Vorabend der Revolution* (Wien 1919) 200f., traf noch im Sommer 1918 in Prachatitz (Prachatice) ein zwei Jahre altes Mädchen, das komplett fehlerlos Deutsch und Tschechisch sprach und beide Sprachen auch nicht vermischte.

³¹⁵ John W. BOYER, *Culture and political Crisis in Vienna. Christian Socialism in Power, 1897-1918* (Chicago – London 1995); Vasilij MELIK, *Wahlen im alten Österreich. Am Beispiel der Kronländer mit slowenischsprachiger Bevölkerung* (Wien – Köln – Weimar 1997); WISKEMANN, *Czechs and Germans*, 51f.

In den böhmischen Ländern existierte zwar auch noch 1910 eine schweigende Mehrheit an katholischer Landbevölkerung, die aufgeklärten politischen Eliten der Tschechen und Deutschen einte aber ein antiklerikaler Konsens – vor allem in Böhmen, weniger in Mähren und in Schlesien.³¹⁶ Das allgemeine Wahlrecht hatte immerhin zu einem Aufschwung katholisch-agrarischer Parteien geführt. Brachten es aber die katholischen Parteien auf dem Gebiet der späteren Republik Deutschösterreich auf gut 50 Prozent der Stimmen, so erzielten sie in Böhmen nur einen Anteil von 10 bis 20 Prozent. In Böhmen, dem führenden Industrieland der Monarchie, überwogen einerseits die Sozialdemokraten, andererseits die bürgerlich-freisinnigen Parteien. Innerhalb des Deutschen Nationalverbandes, der aus den Wahlen 1911 als die mit Abstand stärkste Gruppierung im Reichsrat hervorging, gaben die Deutschböhmern den Ton an, unter den Deutschböhmern wiederum die Deutschradikalen oder „Frei-Alldeutschen“, die nach ihrer Emanzipation von Schönerer unter Karl Hermann Wolf zur „bürgerlichen Standardpartei“ in den deutschen Gebieten der böhmischen Länder avancierten.³¹⁷

10) Böhmen wurde in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einem kirchenpolitischen Paradoxon: ein nach dem Zensus fast ausschließlich katholisches Land, in dem die Kirche aber weder bei den Deutschen noch bei den Tschechen eine gesellschaftlich und politisch entscheidende Rolle spielte. Trotz der slawisch-katholischen Bewegung und der Tradition von Kyrill und Method war der Katholizismus im industrialisierten Böhmen im Gegensatz zum stärker agrarisch dominierten Mähren immer schwächer verankert. Spätjosephinische Traditionen wurzelten tief und wurden um 1900 erneut aufgefrischt. Besonders die Los-von-Rom-Bewegung Schönerers fand unter den Deutschen Böhmens und Mährens viele Anhänger, vor allem in den Grenzgebieten Nordböhmens. Bereits im Mai 1848 hatten tschechische Kleriker im Wendischen Seminar in Prag eine Diözesanregulierung auf Basis der Sprachgebiete gefordert. Als aber um die Jahrhundertwende Msgr. Franz Martin Schindler der römischen Kurie die Errichtung einer deutschen Diözese Egerland vorschlug – vor allem auf Kosten der Erzdiözese Prag –, gab es heftigen tschechischen Widerstand gegen eine Diözesanreform. Zwar galten die Klöster als Hort des katholischen Deutschtums, aber in den Domkapiteln von Königgrätz und Budweis gab es keine deutschen Kanoniker, in allen vier Diözesanseminaren stellten die Tschechen den Rektor, in den 710 deutschen Pfarren Böhmens wirkten 1902 neben 590 deutschen 481 tschechische Priester, in den 135 gemischtsprachi-

³¹⁶ Nicht nur zahlreiche tschechische Handwerksgesellen und Arbeiter kamen im Verlauf ihrer Wanderschaft (*vandry*) ins Deutsche Reich, sondern auch viele tschechische Intellektuelle – wie Jaroslav Goll, Josef Pekař, Karel Kramář und Edvard Beneš – absolvierten Studienaufenthalte an deutschen Universitäten oder in deutschen Archiven. – Jiří KORAŁKA, Zwischen Angst und Vorbild. Das Deutsche Reich 1871-1918 aus der Sicht tschechischer Politiker, Besucher, Studenten und Gastarbeiter (Braunschweig 1993) 20f.

³¹⁷ Lothar HÖBELT, Karl I., der „Teufelspuk“ und die Deutschböhmern, in: Andreas Gottsmann (Hg.), Karl I. (IV.). Der Erste Weltkrieg und das Ende der Donaumonarchie (Wien 2007) 47-58, hier 47f.

gen Gemeinden aber nur 33 deutsche neben 266 tschechischen Seelsorgern. Auch die meisten Bischöfe Böhmens und Mährens – zum Teil dem Hochadel entstammend – galten als tschechenfreundlich und standen böhmisch-staatsrechtlichen Überlegungen aufgeschlossen gegenüber. Daher waren die Versuche des Episkopats, zu einer nationalen Versöhnung beizutragen, wenig erfolgreich.³¹⁸

Mähren, nicht Böhmen, wurde das Zentrum des tschechischen Katholizismus. Zum 1000. Todestag Methods 1885 kamen Pilger aus allen slawischen Ländern nach Velehrad; die Abteikirche wurde weithin sichtbares Symbol des slawischen Katholizismus und nationaler Wallfahrtsort. Im Böhmen bildete sich 1902 die katholisch-tschechische Priestervereinigung *Jednota*, die eine Reform der Priesterausbildung, die Abschaffung des Zwangszölibats und die Errichtung einer tschecho-slawischen (böhmisch-mährischen) Kirchenprovinz mit einem kyrillo-methodianischen Patriarchat forderte. Im Auftrag des Heiligen Stuhls erklärte sie der Prager Erzbischof, Leon Kardinal Skrbenský, im Jahre 1907 für aufgelöst. Im Jahre 1918 erläuterte er dem Nuntius Teodoro Valfré di Bonzo, dass die Priestervereinigung vor allem zur Förderung des tschechischen Nationalgefühls gedient habe und die Tendenz zu einer kirchlichen Selbstverwaltung Befürchtungen hinsichtlich des Entstehens einer tschechischen Nationalkirche geweckt habe. Und der frühere Wiener Nuntius Scapinelli erinnerte in einem Gutachten daran, dass die deutsche Bevölkerung Böhmens einer intensiven deutsch-protestantischen Propaganda ausgesetzt gewesen sei, die tschechische Bevölkerung hingegen einem *nazionalismo esagerato* unterliege, der von russophilen Liberalen, Hussiten und Antiklerikalen verschiedenster Schattierungen unterstützt und gefördert werde. Der Nationalitätenstreit habe Böhmen unregierbar gemacht, und die dominierende tschechischliberale Partei unter Führung Masaryks arbeite seit Jahren daran, über das Schulwesen eine antiösterreichische und antireligiöse Generation heranzuziehen. Die Protestanten stellten zwar unter der tschechischen Bevölkerung nur eine kleine Minderheit, einige bedeutende Persönlichkeiten der tschechischen Nationalgesellschaft – allen voran František Palacký – stammten jedoch aus bewussten protestantischen Familien oder traten zum Protestantismus über – wie Tomáš G. Masaryk.³¹⁹

11) Der deutsch-tschechische Nationalitätenkonflikt in der Habsburgermonarchie war nach dem Urteil vieler Historiker der bedeutendste in einer Reihe weiterer: etwa des polnisch-ukrainischen, des ungarisch-rumänischen, des unga-

³¹⁸ Barbara SCHMID-EGGER, *Klerus und Politik in Böhmen um 1900* (München 1974) 16, 223f.; Andreas GOTTMANN, *Rom und die nationalen Katholizismen in der Donaumonarchie. Römischer Universalismus, habsburgische Reichspolitik und nationale Identitäten 1878-1914* (Wien 2010) 193-208. Die Tschechen der Habsburgermonarchie bekannten sich 1910 noch zu 96,5 % zur römisch-katholischen Kirche, nur 2,5 % waren Protestanten. – KORÁLKA und CRAMPTON, *Die Tschechen*, 497f.

³¹⁹ GOTTMANN, *Rom*, 210-224; vgl. Kurt Augustinus HUBER, *Kirche in Mähren-Schlesien im 19. und 20. Jahrhundert. Strukturen, Probleme, Entwicklungen*, in: *Archiv für Kirchengeschichte von Böhmen-Mähren-Schlesien*, Bd. 5 (Königstein/Taunus 1978) 9-100.

risch-kroatischen, des deutsch-slowenischen und des italienisch-slowenischen. Einerseits standen sich die historischen Interpretationen der beiden Nationen in Böhmen diametral gegenüber, andererseits war der Konflikt ein moderner „middle-class“-Konflikt, d. h. zwischen dem Bildungsbürgertum und seinem jeweiligen Anhang in der unteren Mittelschicht. – Allerdings erfasste der Nationalitätenstreit in Böhmen auch die meisten Adelshäuser.³²⁰ – Obwohl in der sich modernisierenden Industriegesellschaft die staatliche, regionale und kommunale Bürokratie immer wichtiger wurde, waren die Deutschen auch 1897 nicht bereit, ausreichend Tschechisch zu lernen. Hingegen begannen sie seit den 1880er Jahren die Teilung des Kronlandes Böhmen zu fordern, womit ein Trennungsprozess zwischen den beiden Nationalitäten einsetzte. Diesen förderten auch die Tschechen durch einseitige sprachpolitische Maßnahmen in Prag und anderen Gemeinden. Wenn die Nationalisten allzu sehr protestierten und tobten, wurde der Ausnahmezustand verhängt, wie in Prag 1868, 1897 und 1908. Immerhin gab es keine größeren bewaffneten Konflikte oder gar einen Bürgerkrieg!³²¹

Als der liberale Reichsratsabgeordnete Josef Redlich am 4. November 1909 in Audienz bei Kaiser Franz Joseph in der Hofburg vorsprach, um sich für die Ernennung zum Ordinarius zu bedanken, fragte ihn der Kaiser: „Worüber beklagen sich denn die Tschechen? Es geschieht ihnen doch gar nichts von der Regierung.“ Redlich – gut bekannt mit Kramář und Masaryk und vielen anderen tschechischen Reichsratsabgeordneten – antwortete: „Majestät, die tschechischen Massen in Böhmen und Mähren werden seit Jahren verhetzt. Die Leute sind durch das hysterische Geschrei der radikalen Führer ganz um ihren Verstand gebracht.“ Der Kaiser: „Ja, leider!“ Redlich: „Es wäre irrig anzunehmen, dass die Stimmung im Reichsrat der Stimmung der Bevölkerung entspricht. Die ist viel ruhiger und geht ihren Berufen nach.“ Der Kaiser nickte: „Gewiss, es wär’ ja auch zu schlimm sonst.“³²²

Eine deutsch-tschechische „Konfliktgemeinschaft“ (Jan Křen) war erst in den letzten drei Jahrzehnten der Habsburgermonarchie entstanden, vor allem seit der Mitte der 1880er Jahre. Der fortschreitende Bildungsprozess und die fortschreitende Industrialisierung – einschließlich der Synchronisierung des Informationsflusses dank der drahtlosen Telegraphie und des Aufbaus erster Telephonnetze – entfesselten vor allem in den böhmischen Ländern eine zunächst durchaus fruchtbare Rivalität zwischen zwei hochentwickelten und immer wohlhabenderen Industrie-Agrargesellschaften und ihren Führungsgruppen. Freilich sank der ohnehin geringe Grad der Bereitschaft zum Kompromiss in dem Maße, in dem sich die weitere öffentliche Finanzierbarkeit der Landesausgaben für jeweils doppelte Zwecke als zunehmend unmöglich erwies. Übernationale Institutionen wie die katholische Kirche, die Aristokratie, die k.u.k. Armee, die höhere k.k. Beamtenschaft und die

³²⁰ VINZENZ CZERNIN, „Böhmen – das waren nicht nur Tschechen!“ Zu Nationalismus, Beneš-Dekreten und Restitution, in: Geschichtsverein für Kärnten, Bulletin, 1. Halbjahr 2012, 52.

³²¹ LIEVEN, *Empire*, 185; DEÁK, *Offizier*, 164.

³²² REDLICH, *Schicksalsjahre I*, 260.

Sozialdemokratie entwickelten keine gemeinsamen Interessen, um die Nationalisierung einzudämmen. Auch die deutsch-jüdische Oberschicht und obere Mittelschicht Prags begannen sich zunehmend von den nationalistischen Forderungen der tschechischen Massenpolitik herausgefordert zu fühlen. Dennoch verbündeten sie sich nicht mit den deutsch-nationalen oder sozialdemokratischen Gruppierungen. Andererseits sahen sich die deutschen wie auch die jüdischen unteren Mittel- und Unterschichten Prags und anderer innerböhmischer Städte zunehmendem Assimilationsdruck von tschechischer Seite ausgesetzt. Zu diesem Druck gehörten auch Boykottaufrufe gegen deutsche und jüdische Geschäfte, für die ein Slogan Palackýs: „Jeder zu den Seinen!“ [*Svíj k svému*] verwendet wurde.³²³

Seit 1870 war über einen nationalen Ausgleich in Böhmen verhandelt worden, der etwa 1905 in Mähren, 1910 in der Bukowina und 1914 in Galizien gelang. Dabei waren die Grundzüge eines nationalen Ausgleichs zwischen Tschechen und Deutschen in Böhmen relativ klar: Den 2,4 Millionen Deutschen in Böhmen sollte eine möglichst weitgehende nationale Autonomie gewährt werden, die eine Teilung des Königreiches nach nationalen Kreisen und eine Teilung vieler Landesinstitutionen bedeutet hätte. Als Ausgleich sollten die Tschechen die völlige Gleichberechtigung ihrer Sprache als innere und äußere Amtssprache in der Landesadministration und eine vermehrte Mitsprache in den zentralen Reichsinstitutionen erhalten. Selbstverständlich bemühten sich beide Seiten um entsprechende Vorteile, man sollte aber auch nicht übersehen, dass sowohl die Krone und die Zentralbürokratie als auch der Adel und andere einflussreiche Gruppen einer Einigung der beiden Streitparteien gar nicht so aufgeschlossen gegenüberstanden, weil sie nicht zu Unrecht fürchteten, ein böhmischer Ausgleich könnte auf ihre Kosten erfolgen. Ein Pakt der „Nationalisten“ hätte durchaus den Einfluss „übernationaler“ Kreise auf die Verwaltungspraxis und die Personalpolitik einschränken können. Immerhin entschloss sich die Wiener Regierung im Jahre 1909, in Vorbereitung der inhaltlich neu gestalteten Volkszählung für 1910 Klarheit zu schaffen: Das Innenministerium schärfte den Landesbehörden ausdrücklich ein, bei allen Namenseintragungen „auch die Bezeichnung in der zweiten, eventuell auch in der weiteren Landessprache beizufügen, und zwar nicht nur dann, wenn diese Bezeichnung ortsüblich ist, sondern auch dann, wenn sie, ohne gerade ortsüblich zu sein, sprachüblich, d. i. in der zweiten, eventuell weiteren Landessprache tatsächlich, wenn auch in anderen Gebieten des Landes, gebräuchlich ist“. Da in Böhmen und Mähren Deutsch und Tschechisch die Landessprachen waren, in Schlesien nur Deutsch (aber Polnisch und Tschechisch landesüblich in einzelnen Bezirken), erschienen vom „Spezialortsrepertorium“ für 1910 eine deutsche und „böhmische“ Ausgabe für Böhmen, ebenso für Mähren, eine deutsche, böhmische und polnische für Schlesien.³²⁴

³²³ MOSSER, Industrieaktiengesellschaft, 171-194; COHEN, Ethnic Survival, 274-282; Hans Peter HYE, Das politische System in der Habsburgermonarchie. Konstitutionalismus, Parlamentarismus und politische Partizipation (Praha 1998) 237; SAYER, Bohemia, 116.

³²⁴ HÖBELT, Karl I., 48; RUMPLER, Gesellschaft, 18f.

Trotz der bestehenden nationalen Rivalitäten in den böhmischen Ländern besteht in der gegenwärtigen Historiographie kaum ein Zweifel, dass 1914 noch die überwiegende Mehrheit der Tschechen für die Aufrechterhaltung der Habsburgermonarchie eingestellt war. Obwohl die Tschechen in den höchsten Stellen der österreichischen Staatsverwaltung zunehmend vertreten waren, blieben sie doch in der Diplomatie und im aktiven Offizierskorps deutlich unterrepräsentiert und übernahmen daher für die Österreichisch-Ungarische Monarchie keine Mitverantwortung. Dennoch hatten sie schon um 1910 innerhalb der Doppelmonarchie einen gesellschafts-, wirtschafts- und kulturpolitischen Entwicklungsstand erreicht, den in Europa keine zweite Nation ohne eigenen Nationalstaat vorweisen konnte – weder die Katalanen noch die Iren, weder die Polen noch die Finnen. Dies verschärfte freilich den Widerspruch zwischen der verhältnismäßigen Reife der tschechischen Nationalgesellschaft einerseits und ihrer staatsrechtlichen Bedeutungslosigkeit andererseits. Dennoch konnten sich bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges die meisten tschechischen politischen Parteien keine Existenz außerhalb Österreich-Ungarns vorstellen. Dieses „Österreichertum“ bedeutete jedoch in keinem Falle die bedingungslose Zustimmung zur innenpolitischen Gestaltung und außenpolitischen Orientierung der Monarchie, wie sie vor 1914 bestand, besonders aber wie sie sich während des Ersten Weltkrieges entwickelte.³²⁵

Slowaken und Magyaren in Oberungarn

In der historiographischen Beurteilung der Geschichte der Slowaken und der Slowakei hielten sich lange Zeit und halten sich stellenweise noch immer drei hartnäckige Geschichtsmymen. Die slowakische Geschichte habe sich erstens seit der Revolution von 1848/49 im Widerspruch zum „Fortschritt in der Geschichte“ entwickelt und sei unter der Führung von „Reaktionären“ notorisch auf der „falschen Seite“ gestanden: im Bündnis mit den „reaktionären“ Habsburgern, mit dem neo-absolutistischen Regime des Innenministers Alexander Bach, mit der gegenreformatorischen römisch-katholischen Kirche, mit dem deutschen Nationalsozialismus oder gar mit den sowjetischen Panzern als Verbündete im Ringen um die Föderalisierung der Tschechoslowakei. Zum zweiten habe die slowakische Geschichte an in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelte slowakische romantisch-apologetische Reflexe angeknüpft und einen plebejisch-agrarischen Mythos geschaffen, der die armen, unterdrückten Unterschichten in deren nationalem und sozialem Befreiungskampf zum exklusiven Träger der Nationalgeschichte hochstilisierte. Und zum dritten seien alle Abweichungen von der tschechoslowakischen staatsnationalen Geschichtskonstruktion als „bourgeoiser

³²⁵ URBAN, Tschechische Gesellschaft I, 823-834; Dějiny českého státu, 289-295, 299-304, 307-309.

Nationalismus“ zu etikettieren.³²⁶ – Es ist heute ziemlich klar geworden, dass mit solchen groben ideologischen Verzerrungen und Verfälschungen kein modernes und der gesamten Tiefe und Breite der slowakischen Geschichte entsprechendes Geschichtsverständnis zu gewinnen ist.

Zu Ende des 18. Jahrhunderts waren die ethnischen und konfessionellen Verhältnisse in Oberungarn, dem Gebiet der heutigen Slowakei, noch ziemlich gemischt. Der Großteil der sowohl katholischen wie auch lutherischen und calvinistischen Adelligen (immerhin etwa 5 % der Bevölkerung) war magyarischer Herkunft, im Besonderen die Aristokratie und der mittlere Adel, der Großteil der zu drei Vierteln katholischen, zu einem Viertel lutherischen Bauern waren Slowaken. Unter der städtischen Bevölkerung stellten die mehrheitlich lutherischen Deutschen nach wie vor einen hohen Anteil, besonders in den reicheren Schichten. Aus Mähren und Galizien begannen vermehrt Juden zuzuwandern, die sich ebenfalls meist in den größeren Städten niederließen. Im Osten der Slowakei lebte auf dem Lande auch die griechisch-katholische ruthenische Bevölkerung (*Rusini*), die Roma wurden von den staatlichen Behörden erst langsam sesshaft gemacht. Obwohl Teile des mittleren Adels und der überwiegende Teil der adeligen Kleinlandwirte slowakisch sprachen, orientierten sie sich mit allen Interessen ihres Standes, mit ihren rechtlichen und gesellschaftlichen Auffassungen an jenem ungarischen Ständetum, das nach 1780 den Reformen Josephs II. und seinen „modernen“ kameralistischen und zentralistischen Bestrebungen gegenüber heftigen Widerstand leistete. Dieser hartnäckige Widerstand der ungarischen Stände – auch gegenüber der Einführung der deutschen Amtssprache – hatte vor allem zur Folge, dass nun der Gebrauch der ungarischen Sprache wieder mehr Geltung erlangte. Wenn auch die hochgebildeten Repräsentanten des ungarischen Adels viel von naturrechtlichen Argumenten Gebrauch machten, so blieben sie trotz ihres französisch-revolutionären Pathos im Grunde doch wesentlich von herrschaftlich-aristokratischer Art geprägt.³²⁷

Die Ideen des modernen Nationalismus kamen relativ früh zu den Slowaken, besonders über Intellektuelle aus Kleinadelsfamilien und den unteren Mittelstand der Städte. Der Pressburger Domherr Josef Ignatz Bajza entwickelte aber erst in

³²⁶ Emilia HRABOVEC, Zehn Jahre nach der Wende. Slowakische Historiographie: Ein schwieriger Weg zur Selbstverortung, in: Alojz Ivanišević – Andreas Kappeler – Walter Lukan – Arnold Suppan (Hgg.), *Klio ohne Fesseln? Historiographie im östlichen Europa nach dem Zusammenbruch des Kommunismus* (Frankfurt am Main 2002) 299-314. Vgl. Elena MANNOVÁ (ed.), *A Concise History of Slovakia* (Bratislava 2000); Ludwig von GOGOLÁK, *Beiträge zur Geschichte des slowakischen Volkes*, 3 Bde. (München 1963-1972); Stanislav KIRSCHBAUM, *A History of Slovakia. The Struggle for Survival* (New York 1995); Dušan KOVÁČ, *Dejiny Slovenska* (Bratislava 1998); Arnold SUPPAN, *Die Slowakei zwischen Großmährischem Reich und Europäischer Union. Kontinuitäten und Diskontinuitäten*, in: Friedrich Edelmayer, Martina Fuchs, Georg Heilingsetzer und Peter Rauscher (Hgg.), *Plus ultra. Die Welt der Neuzeit. Festschrift für Alfred Kohler zum 65. Geburtstag* (Münster 2008) 331-368.

³²⁷ Ludwig von GOGOLÁK, *Die Nationswerdung der Slowaken und die Anfänge der tschechoslowakischen Frage (1526-1790)*, (Beiträge zur Geschichte des slowakischen Volkes I, München 1963) 196-208.

den 1780er Jahren den Begriff *Uhro-Slováci*, also „Ungarn-Slowaken“. Allerdings existierten zwei voneinander konfessionell getrennte intellektuelle Gruppen. Am neuen katholischen Generalseminar in der Pressburger Burg bildete sich um Anton Bernolák eine josephinische, aufgeklärte, teils dem Mitteladel, teils dem Bürgertum entstammende Priestergeneration, die die ersten Schritte für die Gleichberechtigung der slowakischen Sprache mit dem Ungarischen und dem Tschechischen setzte und sich mit Begeisterung der Zeit von Svatopluk sowie der Missionierung durch Kyrill und Method zuwandte. Die von Bernolák gegründete „Slowakische gelehrte Bruderschaft“ (*Slovenské učené Tovarišstvo*) vertrieb slowakische Bücher in Neutra (Nyitra, Nitra), Neusohl (Besztercebánya, Banská Bystrica), Rosenberg (Rózsahegy, Ružomberok), Kaschau (Kassa, Košice), der Zips (Szepes, Spiš), Erlau (Eger) und Wien. Die Bernoláksche Sprachreformbewegung auf der Basis des westslowakischen Dialekts wurde jedoch von der evangelischen Intelligenz sofort heftig kritisiert und konnte sich daher auch nicht in der Mittel- und Ostslowakei durchsetzen. Außerdem verlagerte sich mit der Schließung des Generalseminars im Jahre 1804 die Entwicklung des slowakischen Nationalbewusstseins zunehmend von den katholischen auf die lutherischen Kreise.³²⁸

Nach 1815 begann auch für die Slowaken eine neue Epoche. Auf der Basis des mittelslowakischen Dialekts schuf eine in der evangelischen Religion wurzelnde, im Pressburger Lyzeum und an deutschen Universitäten ausgebildete Generation eine moderne slowakische Schriftsprache und eine in dieser Sprache veröffentlichte Literatur. Der am Pressburger Lyzeum und an der Universität Jena ausgebildete, somit im Geist der deutschen Romantik erzogene Ján Kollár, der wie viele Angehörige der slowakischen evangelischen Intelligenz als junger Geistlicher, Pfarrer und Erzieher in einer magyarischen Adelsfamilie war, betonte in seinem berühmt gewordenen Gedicht *Slávy dcera* (Die Tochter der Slava), 1824 in Buda veröffentlicht, die ideelle Interessensgemeinschaft der evangelischen Slowaken und Tschechen. Kollár, der noch im selben Jahr Pfarrer der slowakischen Gemeinde am Pester Kohlmarkt (heute: Deák-ter) wurde und schon 1821 in der Schweiz einen Artikel über die Magyarisierung in Ungarn geschrieben hatte, verwarf das Konzept einer an den Staat und an ein Territorium geknüpften Nation und entwickelte die Idee der slawischen Einheit und Wechselseitigkeit. Der Schriftsteller Ľudovít Štúr beteiligte sich im Juni 1842 an einer Delegation slowakischer Evangelischer, die dem Staatskanzler Metternich und dem Konferenzminister Kollowrat einen „Rekurs“ gegen die Magyarisierung überreichte, verfasste „Klagen und Beschwerden der Slowaken“ (Leipzig 1843) sowie „Das XIX. Jahrhundert und der Magyarismus“ (Wien 1845); seine bedeutendste Arbeit aber wurde die Kodifizierung der mittelslowakischen Volkssprache zur modernen slowakischen Literatursprache (*Nárečja slovenskuo alebo potreba písanja v tomto nárečí*, veröffentlicht 1846), worauf er einen Lehrstuhl am Pressburger Lyzeum übernahm. Selbstverständlich musste diese Generation um Štúr auf die Beschlüsse der unga-

³²⁸ GOGOLÁK, Nationswerdung, 200-248; KOVÁČ, Dejiny Slovenska, 87-93, 102.

rischen Landtage seit 1825 zur Einführung der ungarischen Amts- und Schulsprache reagieren und verlangte daher eine entsprechende Ausbildung in slowakischer Sprache; trotz eines kurzzeitigen Mandats im ungarischen Reichstag 1847/48 fehlte Štúr aber jede politische Durchsetzungsmöglichkeit.³²⁹

Nach der raschen Zustimmung König Ferdinands V. zu den ungarischen Aprilgesetzen 1848 und der Ernennung einer selbständigen ungarischen Regierung unter Ministerpräsident Lajos Graf Batthyány formierte sich auch die slowakische Intelligenz gegen die Ansprüche der staatspolitisch-verfassungsrechtlichen und sprachlichen Magyarisierungsbestrebungen. Am 10. Mai 1848 versammelten sich rund 50 Vertreter der slowakischen Führungsschicht – katholische und lutherische Pfarrer, Lehrer, Schriftsteller, Juristen sowie einige Repräsentanten des bereits stark magyarisierten Mitteladels – in Liptau-Sankt-Nikolaus (Liptószentmiklós, Liptovský Svätý Mikuláš) zu einer Nationalversammlung und forderten den Zusammenschluss des – nicht näher definierten – slowakischen Gebietes als ethnopolitische Einheit im Rahmen des ungarischen Staates und die Übertragung der Verwaltung auf die Landesbewohner. Dieser Anspruch auf eine staatlich garantierte Autonomie im Gerichts-, Verwaltungs- und Schulwesen sowie die administrative Trennung des magyarischen und des slowakischen Volksgebietes wurde mit dem Verlangen nach Einstellung gegenwärtiger Magyarisierungsmaßnahmen und der Notwendigkeit einer slowakischsprachigen Ausbildung der Volks- und Mittelschullehrer verknüpft. Schließlich wurde die völlige Abschaffung der Urbariallasten und die Rückgabe des Bauernlandes seitens der Grundherren gefordert. Bereits vor Beginn der militärischen Auseinandersetzungen mit Serben und Kroaten in Südungarn im Sommer 1848 wurde freilich klar, dass die ungarische Regierung zwar zur Respektierung der allgemeinen bürgerlichen Freiheitsrechte, nicht aber zur Anerkennung von nationalen Ansprüchen der Nicht-Magyaren bereit war.³³⁰

In der oktroyierten März-Verfassung 1849 waren allerdings für die Nationalitäten keine Autonomien oder irgendwelche Sonderrechte vorgesehen, vielmehr versuchte das neoabsolutistische System unter Innenminister Alexander Bach mit moderner zentralistischer Bürokratie den Gesamtstaat unter Kontrolle zu bringen.

³²⁹ Eva KOWALSKÁ, Slovakia in a Period of Structural Changes, in: Mannová, History, 159-184, hier 164; GOGOLÁK, Nationswerdung, 148-156; GLATZ, Krónikaja, 293-301. Der Altertums- und Literaturforscher Pavol Jozef Šafárik unterstrich mit einer seiner bekanntesten Arbeiten über die „Geschichte der slawischen Sprache und Literatur nach allen Mundarten“ (Ofen 1826) besonders die sprachlichen und literarischen Gemeinsamkeiten der Tschechen und Slowaken, bevor er ans serbische Gymnasium nach Neusatz (Újvidék, Novi Sad), danach nach Prag ging, wo er 1837 die *Slowanské starožitnosti* (Die slawischen Altertümer) und die *Slovanský Národopis* (Slawische Ethnographie) veröffentlichte.

³³⁰ Jörg K. HOENSCH, Die Entwicklung der Slowakei im 19. und 20. Jahrhundert und ihre Beziehungen zu den böhmischen Ländern bis zur Auflösung des gemeinsamen Staatswesens, in: Derselbe, *Studia Slovaca. Studien zur Geschichte der Slowaken und der Slowakei*. Festgabe zu seinem 65. Geburtstag, hg. von Hans Lemberg, Michaela Marek, Horst Förster, Franz Machilek und Ferdinand Seibt (München 2000) 3f.

Auch die Forderung slowakischer Patrioten aus dem Jahre 1861, im Norden des Königreichs Ungarn einen autonomen „oberungarischen slowakischen Distrikt“ (*hornouhorské slovenské okolie*) zu schaffen, wurde weder von Wien noch von Pest akzeptiert. Diese Forderung war immerhin von etwa 6000 Personen erhoben worden, die am 6. und 7. Juni 1861 eine slowakische Nationalversammlung in St. Martin in der Turtz (Turócszentmárton, Turčiansky Svätý Martin) besuchten und ein Memorandum an den ungarischen Reichstag verabschiedeten (*Memorandum národa slovenského*). Weder der Reichstag noch der Kaiser waren an einer Ausweitung der politischen Rechte der Slowaken interessiert.³³¹

Der Kaiser und die Wiener Regierung erlaubten lediglich – neben der Existenz von je einem Dutzend deutsch- und ungarischsprachiger (protestantischer und katholischer) Gymnasien – die Einrichtung zweier protestantischer slowakischer Gymnasien in Velká Revúca und St. Martin und eines katholischen slowakischen Gymnasiums in Kláštor pod Znierom sowie 1863 die Gründung der bi-konfessionellen, vom katholischen Bischof von Neusohl, Štefan Moyses, und dem lutherischen Superintendenten Karol Kuzmány mit Sitz in St. Martin geführten Kulturstiftung *Matica Slovenská*. Die von Innenminister Bach zwischen 1849 und 1860 in Oberungarn eingesetzten, oft tschechischsprachigen Beamten, Richter, Notare und Professoren hatten freilich mit den slowakischen Intellektuellen kaum kooperiert, von denen nur wenige – wie die Juristen Štefan Marko Daxner und Ján Francisci-Rimavský – hohe Posten in der Distriktsverwaltung erhielten. Die slowakischen Politiker – gespalten in eine nach Wien orientierte „Alte Schule“ (*Stará škola*) und eine mit Budapest verhandelnde „Neue Schule“ (*Nová škola*) – wurden jedoch beim Abschluss des österreichisch-ungarischen Ausgleiches 1867 völlig übergegangen. Dabei hatten unter 2,4 Millionen Einwohnern im Gebiet der Slowakei 1857 bereits 1,45 Millionen Slowaken gelebt, im Königreich Ungarn insgesamt 1,62 Millionen.³³²

Der neue ungarische Teilstaat innerhalb der Österreichisch-Ungarischen Monarchie war zwar ein multiethnischer und multikonfessioneller Staat, wurde aber von der ungarischen Regierung und vom ungarischen Reichstag – durchaus nach französischem oder britischem Vorbild – als ungarischer Nationalstaat geführt. Denn das ungarische Nationalitätengesetz von 1868 hielt den Grundsatz fest, dass die Bürger des Landes der Stephanskronen in politischer Hinsicht Mitglieder der „einheitlichen und unteilbaren ungarischen Nation“ seien und die ungarische Staatsangehörigkeit besäßen, womit das Gesetz die nicht-magyarischen Natio-

³³¹ Elena MANNOVÁ – Roman HOLEC, On the Road to Modernization 1848-1918, in: Mannová, History, 185-240, hier 185-189; Karl W. SCHWARZ, „Meine Popularität [...] dürfte auch der Anstalt zu Gute kommen.“ Zum 200. Geburtstag des lutherischen Kirchenrechtslehrers Karl Kuzmány, in: Wiener Jahrbuch für Theologie 6 (2006) 337-352.

³³² Emilia HRABOVEC, Zwischen Nation und Religion, Thron und Altar. Der slowakische Katholizismus in der Ära „Bach“, in: Dušan Kováč – Arnold Suppan – Emilia Hrabovec (Hgg.), Die Habsburgermonarchie und die Slowaken 1849-1867 (Bratislava 2001) 79-109; ŽÁČEK, Češi a Jihoslovani, 373.

nalitäten der Slowaken, Rumänen, Ruthenen, Serben, Kroaten, Slowenen und Deutschen nicht als gleichberechtigte Nationen anerkannte. Lediglich Kroatien-Slawonien erhielt als alte historisch-politische Individualität bestimmte Sonderrechte, nicht jedoch Siebenbürgen. Immerhin garantierte das Gesetz den Nationalitäten freien Sprachgebrauch in der unteren Gerichtsbarkeit, in der niederen Verwaltung und im Volksschulwesen sowie politische und kulturelle Organisationsfreiheit. Im staatlichen und auch im katholischen Schulwesen begann aber seit den modernen Schulgesetzen von 1879, 1883 und 1891 die ungarische Sprache zu dominieren, was nicht zuletzt durch spezifische Anreize in der vergleichsweise geringen Besoldung der Lehrer gefördert wurde. Bereits 1874 waren nach einer Untersuchung des ungarischen Innen-, Kultus- und Unterrichtsministeriums die drei slowakischen Privatgymnasien geschlossen, 1875 die *Matica Slovenská* aufgelöst worden.³³³

Auf Grund des weitgehend auf die magyarische aristokratische Oberschicht – in Oberungarn waren das die sowohl Latifundien als auch Bergwerke, Eisenwerke und Fabriken besitzenden Familien Andrassy, Pálffy, Apponyi, Csáky und Zichy – und die Gentry-Mittelklasse beschränkten Wahlrechtes blieb auch die politische Mitbestimmung der Slowaken eine sehr eingeschränkte, sodass es im ungarischen Reichstag zwischen 1881 und 1901 überhaupt keine, ab 1901 nur einige wenige slowakische Abgeordnete gab, wie etwa den späteren tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Milan Hodža und Ferdinand (Ferdiš) Juriga. Nach einem blutigen Massaker der ungarischen Gendarmerie gegen Dorfbewohner von Černová im Jahre 1907, bei dem es 15 Tote und Dutzende Verwundete gegeben hatte, geriet die ungarische Nationalitätenpolitik in die negativen Schlagzeilen der westlichen Presse. Der katholische Pfarrer Andrej Hlinka gründete die „Slowakische Volkspartei“ (*Slovenská ľudová strana*), musste sich aber bald jeder politischen Tätigkeit enthalten.³³⁴

Immerhin waren alle ungarischen Regierungen bestrebt, eine systematische Wirtschaftspolitik zu betreiben und neben dem Agrarsektor zielgerichtet auch eine moderne Industrie aufzubauen. Österreichisches und ungarisches Kapital finanzierten ein auf Budapest ausgerichtetes Eisenbahnnetz, die Verbesserung der Schiffbarkeit der Donau und eine moderne Nahrungsmittelindustrie (Großmühlen,

³³³ KOVÁČ, *Dejiny Slovenska*, 131-140; RUMPLER, *Mitteleuropa*, 411-414; Ludwig von GOGOLÁK, *Zwischen zwei Revolutionen (1848-1919)*, (Beiträge zur Geschichte des slowakischen Volkes III, München 1972) 72-75, 81-84; László PÉTER, *Die Verfassungsentwicklung in Ungarn*, in: *Die Habsburgermonarchie 1848-1918*, VII, 239-540, hier 357-366; vgl. Joachim von PUTTKAMER, *Schulalltag und nationale Integration in Ungarn. Slowaken, Rumänen und Siebenbürger Sachsen in der Auseinandersetzung mit der ungarischen Staatsidee 1867-1914* (München 2003).

³³⁴ Dušan KOVÁČ – Roman HOLEC – Elena JAKEŠOVÁ – Elena MANNOVÁ – Milan PODRIMAVSKÝ, *Slovensko v 20. storočí*, 1. Bd.: *Na začiatku storočia 1901-1914* (Bratislava 2004); vgl. Robert William SETON-WATSON, *Racial Problems in Hungary* (London 1908); Eudovít HOLOTÍK, *Die Slowaken*, in: Adam Wandruszka – Peter Urbanitsch (Hgg.), *Die Habsburgermonarchie 1848-1918*, Bd. III: *Die Völker des Reiches*, 2. Teilbd. (Wien 1980) 775-800; Roman HOLEC, *Tragédia v Černovej a slovenská spoločnosť* (Martin 1997).

Zuckerfabriken). In Oberungarn wurden außerdem der Bergbau, die Eisenindustrie, die Holzverarbeitung, die Papier- und Zellulosefabriken, die Textilindustrie und die chemische Industrie forciert. Daher sollte die Slowakei 1918 nicht ganz 19 % der Industrie des Königreiches Ungarn erben. Damit hatte die ungarische Industriepolitik in der Ausgleichsepoche wesentliche Voraussetzungen für eine moderne gesellschaftliche Entwicklung der Slowaken geschaffen.³³⁵

Die gesellschaftliche Dominanz seitens der ungarischen Ober- und Mittelschicht und die geringen Entwicklungsperspektiven veranlassten freilich vor und nach der Jahrhundertwende Hunderttausende Slowaken und Ruthenen (Rusini), nach Übersee auszuwandern. Zwischen 1899 und 1923 wanderten 531.888 Slowaken in die USA aus, etwa ein Viertel der gesamten Nationalität, die Mehrzahl aus den nördlichen slowakischen Komitaten, von denen etwa die Hälfte wieder zurückkehrte. Die Magyarisierung der Slowaken und Deutschen – vor allem der Beamten und Staatsangestellten sowie der Lehrer und der katholischen wie evangelischen Pfarrer (sic!) – in der Zeit des Dualismus wurde am eindrucksvollsten durch die Angaben zur Muttersprache in den ungarischen Volkszählungen bestätigt: Lebten auf dem Gebiet der heutigen Slowakei im Jahre 1880 1.489.707 Slowaken (= 61,2 %), 540.492 Magyaren (= 22,2 %), 221.771 Deutsche (= 9,1 %) und 78.781 Ruthenen/Ukrainer (= 3,2 %), so gab es 1910 1.684.681 Slowaken (= 57,7 %), 885.397 Magyaren (= 30,3 %), 198.755 Deutsche (= 6,8 %) und 96.528 Ruthenen/Ukrainer (= 3,4 %). Im Jahre 1900 bekannten sich von den Slowaken 70 % als Römisch-Katholische, 24 % als Lutheraner, 5 % als Griechisch-Katholische sowie je 0,5 % als Calviner und Juden.³³⁶

In einem 1905 gehaltenen Vortrag sprach der Prager Professor Tomáš G. Masaryk „Das Problem des kleinen Volkes“ an und formulierte ganz im Sinne des Tschechoslowakismus:

„Bedenken wir nur, wie in unserem Bewusstsein Böhmen, Mähren und Schlesien und vollends die Slowakei getrennt sind. Zwei Millionen Tschechen [sic!] gibt es im ungarischen Königreich! [...] Wir werden doch nicht ein Drittel unseres Volkes aufgeben. Solange uns eine Seele verloren gehen kann, ist das nicht in Ordnung. Und hier geht es um zwei Millionen Seelen, welche uns fremd sind.“³³⁷

Die slowakische Historiographie wies seit 1918 auf die gewaltsamen Formen der „Magyarisierung“ hin, die ungarische Historiographie auf die „spontane As-

³³⁵ MANNOVÁ – HOLEC, *Modernization, 190-233*; Roman HOLEC, *Die Slowaken zwischen Monarchie und Republik*, in: Arnold Suppan (Hg.), *Auflösung historischer Konflikte im Donauraum* (Budapest 2011) 593-609.

³³⁶ Monika GLETTLER, *Pittsburg – Wien – Budapest. Programm und Praxis der Nationalitätenpolitik bei der Auswanderung der ungarischen Slowaken nach Amerika um 1900* (Wien 1980); HAS-SINGER, *Tschechoslowakei*, 118; Monika GLETTLER – Jozef MLÁDEK – Dagmar KUSENOVÁ – Jana MARENČÁKOVÁ – Peter PODOLÁK – Boris VAŇO (eds.), *Demographical Analysis of Slovakia* (Bratislava 2006) 102.

³³⁷ Josef HOTMAR, *Zrození republiky 1914-1918* (Brno 2005) 163.

simulation“, die vor allem in den Städten und in „gemischten“ Familien vorangeschritten sei. Tatsächlich waren beide Formen und viele Zwischenformen wirksam. Nach den Schulgesetzen des Grafen Albert Apponyi aus dem Jahre 1907 wurde jedenfalls an den staatlichen Schulen Ungarisch die vorherrschende Unterrichtssprache, und nur mehr 390 Lehrer unterrichteten etwa 30.000 slowakische Schüler auch in ihrer slowakischen Muttersprache; über 200.000 slowakische Schüler hatten Lehranstalten mit ungarischer Unterrichtssprache zu besuchen. Ein Teil der slowakischen akademischen Jugend wandte sich daher ab der Mitte der 1890er Jahre dem tschechischen Teil der Prager Karls-Universität zu, wo sie in Professor Masaryk ein Vorbild fand, der unter Rückgriff auf die Vorschläge Palackýs aus dem Jahre 1848 die Auffassung vertrat, dass ohne eine tschechisch-slowakische Vereinigung zu einer einheitlichen Nation die slowakische Herauslösung aus der magyarischen Hegemonie nicht zu erreichen sei. Seine „Schüler“ – wie der Journalist Milan Hodža, die Ärzte Pavol Blaho und Vavro Šrobár, der Astronom Milan Rastislav Štefánik und der Soziologe Anton Štefánek – gaben schon ab 1898 die Zeitschrift *Hlas* (Die Stimme) heraus und avancierten zur kleinen, aber einflussreichen Elite des „Tschechoslowakismus“.³³⁸

Der ungarische Reichstagsabgeordnete Hodža, der sich in Wien dem Belvedere-Kreis um Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand anschloss, bezeichnete die politischen Verhältnisse in Ungarn als „unerträglich“ und sah in der Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts in Ungarn die einzige Möglichkeit zu grundlegenden Reformen. Dann würden die bisherigen Politiker wie Gyula Andrassy, Sándor Wekerle, Albert Apponyi, Ferenc Kossuth und Justh von der politischen Bühne verschwinden, da sie keine Stütze im Volk hätten. „Die Plattform des allgemeinen Wahlrechtes würde auch die magyarischen Bauern gegen Kossuth stimmen [lassen, Erg. Suppan]“.³³⁹

Deutsche, Tschechen und Slowaken im Ersten Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg paralyisierte sowohl die deutsch-österreichische und magyarische als auch die tschechische und slowakische Gesellschaft und veränderte ihre Beziehungen in nachhaltiger Weise. Das gesamte öffentliche, politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben wurde den Kriegsnotwendigkeiten unterge-

³³⁸ GOGOLÁK, Revolutionen, 167-179; MANNOVÁ – HOLEC, Modernization, 189-194, 219, 224; vgl. Milan KRAJČOVIČ, Der Tschechoslowakismus als Form des nationalen Bewusstseins bei Tschechen und Slowaken. Ein Vergleich mit Eugen Lembergs Analyse (München 1994); Eleonóra BAJEJOVÁ, Fin-de-Siècle Pressburg. Conflict and Cultural Coexistence in Bratislava 1897-1918 (New York 2003).

³³⁹ The Encyclopaedia of Slovakia and the Slovaks, 289f.; REDLICH, Schicksalsjahre I, 234. Außenminister Aehrenthal verteidigte hingegen die magyarische Führung gegenüber Redlich: „Seit 1866 haben wir drei äußere Krisen gehabt, 1877, 1887 und 1908/09. In allen drei Fällen hat Ungarn wie ein tüchtiges Pferd mitgezogen.“ – REDLICH, Schicksalsjahre I, 258.

ordnet. Der erste totale Krieg bedeutete die Mobilisierung von Millionenarmeen, die verheerende Wirkung der modernen Waffen (Maschinengewehre, Schnellfeuergeschütze, Gasgranaten, Flugzeuge, Panzer), den grauenhaften Stellungskrieg in den Schützengräben, den Tod und die schwere Verwundung von Millionen an Soldaten, unermesslichen Schmerz und existenzbedrohende Konsequenzen für die hinterbliebenen Frauen, Kinder und Eltern, den totalen Wirtschaftskrieg samt Seeblockade, die psychologische Mobilisierung der Gesellschaften mit Appellen an die nationale und soziale Überlegenheit, die Zeichnung von Kriegsanleihen, die Militarisierung der Arbeiter in den kriegswichtigen Betrieben und weiter Bereiche der Gesellschaft, die verstärkte Heranziehung von Frauen und Mädchen für die Kriegswirtschaft und im Sanitätsdienst, Zensur, Rede- und Versammlungsverbote, die zunehmende Verknappung von Lebensmitteln und Konsumgütern, Getreidemonopol, Mehl-, Brot-, Zucker-, Fett-, Kartoffel-, Butter-, Eier-, Fleisch- und Kaffeemarken sowie Kleiderbezugsscheine, das rasante Ansteigen der Preise, Spekulationsgeschäfte ungeahnten Ausmaßes, halbleere Geschäfte und Schwarzmarkt, die zunehmende Verarmung breiter Bevölkerungsschichten, vermehrte Hungerkrisen, Kohlemangel, Streiks und Meutereien, schließlich Massendemonstrationen für den Frieden und den Zerfall von vier Imperien.³⁴⁰

Zwischen 1914 und 1918 wurden allein in Österreich-Ungarn etwa neun Millionen Soldaten mobilisiert, von denen nach Wilhelm Winkler 1,457.000 fielen, nach Ivan Šedivý 1,1 Millionen.³⁴¹ Aus den böhmischen Ländern marschierten al-

³⁴⁰ Österreich-Ungarns letzter Krieg 1914-1918, hg. vom österreichischen Bundesministerium für Landesverteidigung und vom Kriegsarchiv, 7 Bde. (Wien 1930-1938); Manfred RAUCHENSTEINER, Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg (Graz – Wien – Köln 1993); URBAN, Tschechische Gesellschaft I, 840-848; Ivan ŠEDIVÝ, Češi, české země a velká válka 1914-1918 (Praha 2001); Ernst BRUCKMÜLLER, Sozialgeschichte Österreichs (Wien – München 2001) 354-365; Hew STRACHAN, Der Erste Weltkrieg. Eine illustrierte Geschichte (München 2006); David STEVENSON, 1914-1918. Der Erste Weltkrieg (Düsseldorf – Zürich 2006); Arnold SUPPAN, Frauen im Krieg. Die Rolle der Frau im Ersten und Zweiten Weltkrieg im östlichen und südöstlichen Europa, in: Marija Wakounig (Hg.), Die gläserne Decke. Frauen in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa im 20. Jahrhundert (Innsbruck – Wien – München – Bozen 2003) 226-254; KOVÁČ Dušan – DUDEKOVÁ Gabriela – HOLEC Roman – HRONSKÝ Marián – JAKEŠOVÁ Elena, Slovensko v 20. storočí, 2. Bd.: Prvá svetová vojna, 1914-1918 (Bratislava 2008).

³⁴¹ WINKLER, Statistisches Handbuch, 300; ŠEDIVÝ, Češi, 13, nennt folgende Mobilisierungs- und Gefallenenzahlen, wobei er sich auf Boris C. URLANIS, Istorija vojnyh potěr (Sankt-Peterburg 1998) 391f., beruft: Russland – 15,798.000 Mann mobilisiert, davon 1,811.000 gefallen oder verstorben; Deutschland – 13,200.000, 2,037.000; Österreich-Ungarn – 9,000.000, 1,290.000; Frankreich (mit Kolonien) – 8,340.000, 1,398.000; Großbritannien (mit Indien, Kanada, Australien, Südafrika und Neuseeland) – 7,964.000, 913.000; Italien – 5,615.000, 678.000; USA – 4,273.000, 114.000; Osmanisches Reich – 2,998.000, 804.000; Rumänien – 1,000.000, 250.000; Serbien und Montenegro – 750.000, 278.000; Bulgarien – 400.000, 88.000; Belgien – 365.000, 38.000; Griechenland – 353.000, 26.000; Portugal – 100.000, 7.000; Japan – 30.000, 1.000. ÖUIK VII, Beilage 37, gab – im Vergleich zu Winkler – sowohl hinsichtlich der Mobilisierten als auch hinsichtlich der Gefallenen deutlich abweichende Zahlen an, so für Österreich-Ungarn nur acht Millionen Mobilisierte und 1,1 Millionen Gefallene. WEHLER, Deutsche Gesellschafts-

lein 24 k.u.k. Infanterieregimenter – davon 15 nach den Angaben der Militärbürokratie mit tschechischer (Infanterieregimenter 3/Kroměříž, 8/Brno, 11/Písek, 18/Hradec Králové, 21/Čáslav, 28/Praha, 35/Plzeň, 36/Mladá Boleslav, 54/Olomouc, 74/Jičín, 75/Jindřichův Hradec, 81/Jihlava, 88/Beroun, 98/Vysoké Mýto und 102/Benešov), neun mit deutscher (1/Troppau, 42/Theresienstadt, 73/Eger, 91/Budweis, 92/Komotau, 93/Mährisch Schönberg, 94/Turnau und 99/Znaim) und eines mit polnischer Mehrheit (100/Cieszyn) –, dazu elf k.u.k. Kavallerieregimenter, neun k.u.k. Feldjägerbataillone und zwölf k.u.k. Artilleriesregimenter, sowie zwölf Infanterie- und zwei Ulanenregimenter der k.k. Landwehr, an die Fronten gegen Russland und Serbien. Nach dem Mobilisierungsbefehl vom 25. Juli 1914 sollten das Prager Korps gegen Serbien aufmarschieren, während das Krakauer, Wiener und Leitmeritzer Korps – in denen auch tschechische Truppen dienten – an die Front in Galizien transportiert wurden. Nach dem Militärstatistischen Jahrbuch für das Jahr 1910 hatte es unter den aktiven Mannschaften und den Reservisten 245.046 Tschechen, „Mährer“ (= überwiegend mährische Tschechen, Anm. Suppan) und Slowaken gegeben, d. h. 16,5 Prozent der im Kriegsfall aufzubietenden k.u.k. Armee. Unter den Berufsoffizieren stellten die Tschechen im selben Jahr 4,8 Prozent, die Slowaken lediglich acht Mann; nach Berechnungen István Deáks dürften die Tschechen aber 8,1 Prozent, die Slowaken 0,4 Prozent ausgemacht haben. Unter den Reserveoffizieren wurden offiziell 9,8 Prozent Tschechen und Slowaken ausgewiesen, die spätestens in den Karpaten-Schlachten im Winter 1914/15 zum Einsatz kamen. Von den am 1. November 1918 noch der Monarchie dienenden 387 aktiven Generälen waren immerhin 64 Tschechen und Slowaken, also 16,5 Prozent.³⁴²

Eine seltsame Mischung aus Beklommenheit, Befürchtungen, Neugier, patriotischer Begeisterung und natürlicher Unwissenheit bestimmte auch die gesellschaftliche Atmosphäre in den böhmischen Ländern. Allein das Kriegsüberwachungsamt mit seiner politischen und militärischen Zensur übte einen bisher nicht gekannten Druck auf die veröffentlichte und öffentliche Meinung aus. Die Rhetorik der nationalistischen Vereine passte sich zwar dem Kriegspatriotismus an, führte aber zu keinen besonderen Zwischenfällen, offensichtlich da die Aktivisten überwiegend einberufen wurden. Außerdem hatte sich der nationalistische Aktivismus bald der Versorgung von schwer verwundeten Soldaten, Witwen, Waisen und Flüchtlingen zuzuwenden. Dass auch noch 1914 die überwiegende Mehrheit der Tschechen für die Aufrechterhaltung der Habsburgermonarchie eintrat, zeigte am deutlichsten die ziemlich problemlose Mobilisierung der tschechischen Re-

geschichte 4, 232, spricht von 13 Millionen eingezogenen und 2,4 Millionen gefallenen deutschen Soldaten und verweist auch auf 2,7 Millionen früh verstorbene Dauerinvalide unter den 4,8 Millionen Verwundeten.

³⁴² ŠEDIVÝ, Češi, 50f., 65, 69f.; Marie KOLDINSKÁ – Ivan ŠEDIVÝ, Válka a armáda v českých dějinách (Praha 2008) 246-249; István DEÁK, Der k.(u.)k. Offiziere 1848-1918 (Wien – Köln – Weimar 21995) 216-223, 288; vgl. Peter JUNG – Darko PAVLOVIC, The Austro-Hungarian Forces in World War I, 1: 1914-1916 (Oxford 2003) 6f., 22, 33.

gimenter und das – abgesehen von kleineren Desertionen an der Karpatenfront 1915, in Ostgalizien und an der Italienfront³⁴³ – überwiegende Ausharren im Verband der k.u.k. Armee bis zum bitteren Ende am 3. November 1918. Der Großkrieg gegen die serbischen und russischen „Brüder“ war zwar bei den Tschechen von Beginn an nicht populär, dennoch wurden viele tschechische Regimenter in Galizien und am Balkan eingesetzt, ab Mai 1915 auch gegen Italien. Innenminister Karl Freiherr von Heinold, zuvor und danach Statthalter von Mähren, sah zwar bereits Anfang 1915 „das Staatsgefühl bei den Tschechen stark abhanden gekommen“, betrachtete aber die Behauptungen über die angeblichen Meutereien der Tschechen als „nicht so arg“, denn auch deutsche Soldaten hätten sich oft geweigert, „vorwärts zu gehen, weil sie die Unsinnigkeit des Kommandos erkannten“ und spätere Untersuchungen ihnen Recht gaben. Daher ist die Einschätzung Wiskemanns überzogen, dass die Tschechen der Meinung gewesen seien, sie müssten für den deutschen Imperialismus kämpfen und sterben.³⁴⁴

Der Abgeordnete Karel Kramář hatte am 4. August 1914 in den *Národní Listy* den Krieg als „Kampf zwischen Deutschtum und Slawentum“ bezeichnet, wovon Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg aber schon am 7. April 1913 im Reichstag gesprochen hatte. Nach Beginn des Krieges setzten schlagartig Pressezensur, Polizeikontrolle und Internierung ein, im Herbst 1914 begann ohne intensivere Ermittlungen in Böhmen und Mähren eine Serie von Hochverratsprozessen, in denen für Bekundungen ihrer Sympathie mit Russland 130 Personen verurteilt wurden, davon 25 zum Tode. Sogar hohe tschechische Beamte und leitende Bankangestellte wurden vor Gericht gestellt. Während des Krieges sollten dann etwa 5000 Tschechen eine Haftstrafe in österreichischen Gefängnissen verbüßen. Auf Veranlassung des Armeeoberkommandos in Teschen wurden im Mai 1915 Kramář und der Sokolführer Josef Scheiner verhaftet, im Juli 1915 auch der Abgeordnete Alois Rašín. Scheiner wurde zwar freigelassen, aber das Landwehr-Divisionsgericht in Wien klagte Kramář und Rašín gemeinsam mit zwei weiteren

³⁴³ Richard C. Lein weist anhand detaillierter Untersuchungen im Wiener Kriegsarchiv nach, dass weder beim Prager Regiment IR 28 am 3. April 1915 westlich des Dukla-Passes in den Karpaten noch beim Pilsener Regiment IR 35 und beim Neuhauser Regiment IR 75 am 2. Juli 1917 bei Zborów in Ostgalizien Massendesertionen vorgekommen sind, dass hingegen sowohl die deutsch- als auch die tschechisch-nationale Propaganda die Fronteinbrüche bewusst nationalpolitisch hochspielten. – Richard C. LEIN, *Pflichterfüllung oder Hochverrat? Die tschechischen Soldaten Österreich-Ungarns im Ersten Weltkrieg* (Wien 2011); PLASCHKA, *Avantgarde*, 1. Bd., 295-317, sieht zwar bei Zborów den „Vorwurf von Verrat und Verratskomplott auf Regimenterebene als widerlegt“, folgt aber in der *Causa Karpatenschlacht 1915* – vgl. 1. Bd., 339-354 – zu sehr der Argumentation von Karel PICHLÍK, *Čeští vojáci proti válce, 1914-1915* (Praha 1961).

³⁴⁴ JUDSON, *Guardians*, 219-224; REDLICH, *Schicksalsjahre II*, 1f.; WISKEMANN, *Czechs and Germans*, 70. Erstaunlicherweise gestattete die böhmische Statthalterei nach Rücksprache mit der Wiener Regierung die Aufstellung eines Hus-Denkmal auf dem Altstädter Ring am 500. Jahrestag seiner Hinrichtung am 6. Juli 1915; die österreichische Regierung verbot lediglich größere Feiern und Ansprachen. Die Denkmalerrichtung stärkte aber ohne Zweifel den Kult um Jan Hus.

Tschechen wegen angeblichen Hochverrats und Spionage an und verurteilte sie nach einem Prozess zwischen 6. Dezember 1915 und 3. Juni 1916 zum Tode.³⁴⁵

Professor Redlich analysierte die am Seminar für osteuropäische Geschichte der Universität Wien von Professor Hans Uebersberger erhaltene Anklageschrift, die Oberleutnantauditor Preminger verfasst hatte, ziemlich nüchtern:

- 1) Kramář habe offensichtlich unter dem Einfluss seiner russischen Frau und eines Professors aus Odessa seit 1908 den „russischen Neoslawismus“ befehligt.
- 2) In seinem Artikel in den *Národní Listy* vom 4. August 1914 habe Kramář zur slawischen Gegenseitigkeit aufgerufen und somit dem kaiserlichen Kriegsmanifest eine Absage erteilt.
- 3) Kramář habe in einem Brief an Statthalter Thun einen Sieg der Zentralmächte als drohende Gefahr für das tschechische Volk bezeichnet.
- 4) Im Besitz Kramář' wurde eine handschriftliche Niederschrift eines Artikels der *Times* vom 22. Februar 1915 gefunden, der die „passive Resistenz“ und die „Sabotage“ als Ausdruck der tschechischen Stimmung verteidige.
- 5) In Kramář' Besitz wurde auch die Schrift *La Nation Tchèque* von Ernest Denis gefunden, die die Unabhängigkeit Böhmens propagiere.

Kramář verteidigte sich „sehr energisch, vielfach bitter, ja aggressiv“ gegen die Anklage. Seine Verteidigung imponierte manchem Zuhörer, unter denen sich bisweilen die Reichsratsabgeordneten Redlich, Karl Seitz, Viktor Adler, Gustav Marchet, Albert Gessmann und Karl Leuthner befanden. Als das Gericht am Morgen des 3. Juni 1916 die vier Todesurteile verkündete, kritisierte Redlich die Urteile als nicht gerecht, denn mehrere österreichische Minister, Ministerpräsident Stürgkh und Statthalter Thun hätten vom politischen Tun Kramář' seit Jahren gewusst. Und: Das Urteil beende die fast vierzigjährige Periode des tschechischen Aufstiegs in Österreich und stelle „den Ausgangspunkt schwerster und gefährlichster innerer Kämpfe der österreichisch-ungarischen Monarchie“ dar. Die Urteile wurden zwar vom Obersten Gerichtshof am 20. November 1916 bestätigt, aber dem todkranken Kaiser Franz Joseph nicht mehr vorgelegt, sodass die Exekutionen unterblieben. Am 5. Jänner 1917 wandelte der neue Kaiser Karl I. – als König von Böhmen eigentlich Karl III. – die Todesstrafen in Gefängnisstrafen um, und am 10. Juli 1917 erfolgte die Amnestierung.³⁴⁶

Tschechische Politik und Gesellschaft teilten sich in eine loyale und eine anti-habsburgische Richtung. Der Krieg wirkte auf die nationale Gemeinschaft eher zersetzend als solidarisiertend. Die immer offenere militärbürokratische Diktatur – vor

³⁴⁵ Zdeněk TOBOLKA (ed.), *Proces dr. Kramáře a jeho přátel*, sv. I-V (V Praze 1918/20); Lubiše OTÁHALOVÁ (ed.), *Souhrnná hlášení presidia pražského místodržitelství o protistátní, protirakouské a protiválečné činnosti v Čechách 1915-1918* (Praha 1957); KALVODA, *Genesis*, 36, 72, 79; SAYER, *Bohemia*, 140; URBAN, *Tschechische Gesellschaft I*, 853; KŘEN, *Konfliktgemeinschaft*, 311, 331.

³⁴⁶ REDLICH, *Schicksalsjahre II*, 121-124, 170f.; HÖBELT, *Karl I.*, 49. Noch im Jahre 1918 attackierte der deutschradikale Abgeordnete für den Böhmerwald, Dr. Wichtl, seinen Kollegen Kramář mit einer polemischen Schrift: „Dr. Karl Kramarsch der Anstifter des Weltkrieges“ (Wien 1918).

allem nach dem Rücktritt des böhmischen Statthalters Franz Fürst Thun im März 1915 – schritt energisch gegen die ersten Proteste der Bevölkerung und Hungerdemonstrationen ein. Schon vor Jahresende 1914 gab es Exekutionen wegen „hochverräterischer und aufwieglerischer Reden“. Dennoch erschien den Sozialdemokraten unter Führung von Bohumír Šmeral, der Agrarpartei unter Führung von Antonín Švehla und den katholischen Parteien die Zerschlagung der Donaumonarchie nach wie vor wenig naheliegend. Nur ein kleiner Kreis von nationalradikalen Politikern und Intellektuellen bildete eine geheime Organisation, genannt *Maffie*, die mit der Auslandsaktion zusammenarbeitete. Bis zu seiner Flucht in den Westen war Beneš der organisatorische Kopf dieser antiösterreichischen Konspiration. Švehla und Šmeral sowie die Jungtschechen Fiedler und Tobolka trafen sich hingegen am 29. September 1915 beim alttschechischen Nestor Mattuš und bildeten eine für die Führung der tschechischen Politik verantwortliche Fünfergruppe (*pětka*), „damit die Radikalisierung der Nation nach dem Krieg keinen Schaden anrichtet“. Aus den tschechischen Parteien sollte eine „Nationale Gemeinschaft“ (*Národní souručenství*) gebildet werden – eine Bezeichnung, die 1939 im Protektorat wieder aktuell wurde. Das nach einem nationalpolitischen Rückzug aussehende Programm beinhaltete die Loyalität gegenüber Österreich, die Anerkennung des Dualismus und die Anerkennung des Bündnisses mit Deutschland.³⁴⁷

Der in Göding (Hodonín) in Südost-Mähren geborene Reichsratsabgeordnete Josef Redlich überlieferte bereits Ende April 1915 ein politisches Lied, das alle Kinder in Mähren gesungen haben sollen:

Jablůčko červené,	Das rote Äpfelchen,
Kolem se toč;	dreht sich im Kreis herum;
Cisář Pan bojuje,	der Herr Kaiser kämpft,
a neví proč;	und weiß nicht warum;
Maria Theresia pohrála Szlesko,	Maria Theresia verspielte Schlesien,
Cisář Rakousky prohráje všecko!	der Kaiser von Österreich verspielte alles! ³⁴⁸

Schon im Dezember 1914 hatte sich hingegen der ins westliche Exil gegangene Philosophieprofessor Tomáš Garrigue Masaryk gegen den Fortbestand Österreich-Ungarns entschieden.³⁴⁹ Vor seiner Ausreise hatte er noch dem früheren Mi-

³⁴⁷ URBAN, Tschechische Gesellschaft I, 855-881; KŘEN, Konfliktgemeinschaft, 314, 338f. Die wesentlichen Führer der Maffie waren Přemysl Šámal, Edvard Beneš, Josef Scheiner, Karel Kramář und Alois Rašín; vgl. Milada PAULOVÁ, *Dějiny Maffie. Odboj Čechů a Jihoslovanů za světové války 1914-1918*, Bd. 1 (Praha 1937).

³⁴⁸ REDLICH, Schicksalsjahre II, 42.

³⁴⁹ Tomáš Masaryk, Jahrgang 1850, aus einer mährisch-slowakischen Familie eines herrschaftlichen Kutschers und einer Dienstmagd auf dem Gut des Zuckerindustriellen Redlich in Göding (Hodonín) stammend, wurde zweisprachig erzogen, erlernte das Schlosserhandwerk, konnte aber seine Gymnasialstudien in Brünn und Wien abschließen, wurde an der Universität Wien im Fach Philosophie promoviert, habilitierte sich an dieser Universität über den Selbstmord als Massenerscheinung, lernte in Leipzig seine spätere Frau Charlotte Garrigue, eine amerikanische Sprachlehrerin, kennen, wurde 1882 außerordentlicher (aber erst 1898 ordentlicher) Professor

nisterpräsidenten Koerber die Frage gestellt, ob Wien im Falle eines Sieges zu einer grundlegenden Staatsreform fähig sei, und – nach Masaryks Feststellung – eine verneinende Antwort erhalten: Ein Sieg werde das alte Regime stärken, und nach einem siegreichen Krieg werde die Armee entscheiden. Diese aber werde zentralisieren und germanisieren, einen „Absolutismus mit Parlamentsverzierung“ einrichten. Nach seinem Grenzübertritt begann er mit Hilfe der britischen Publizisten Robert William Seton-Watson und Henry Wickham Steed Verbündete für eine internationale Lösung der tschechischen (und slowakischen) Frage zu suchen. So sandte er im Mai 1915 die Propagandaschrift *Independent Bohemia*, die sich nun auf das historische Staatsrecht Böhmens, das er vor 1914 abgelehnt hatte, und die historischen Grenzen der böhmischen Länder berief, an den britischen Außenminister Sir Edward Grey und scheute sich nicht, einerseits das Nationalitätenprinzip zu vertreten, andererseits mit bewusst verschleiernenden Argumenten die Einbeziehung der böhmischen, mährischen und schlesischen Deutschen in einen künftigen tschechoslowakischen Staat zu verlangen:

„[...] Zunächst wünschen wir, obwohl wir das Nationalitätenprinzip vertreten, unsere deutsche Minderheit zu behalten. Das erscheint paradox, aber wir behalten die deutsche Minorität gerade auf Grund des Nationalitätenprinzips. Böhmen ist ein ganz einzigartiges Beispiel eines gemischtsprachigen Landes; in keinem anderen Land sind zwei Nationalitäten so untermischt und sozusagen ineinander verwoben wie in Böhmen. Zwischen den Italienern und den Deutschen zum Beispiel ist die ethnographische Grenze einfach, scharf geschnitten; dem ist nicht so in Böhmen – in vielen großen Orten und fast in allen Städten gibt es böhmische (oder deutsche) Minderheiten. [...]“³⁵⁰

Von der von Masaryk wider besseres Wissen aufgestellten Behauptung eines „ganz einzigartigen Beispiels eines gemischtsprachigen Landes“ konnte natürlich keine Rede sein. Nach der Volkszählung von 1910, die Masaryk genau bekannt gewesen sein muss, hatten in Böhmen und Mähren von 332 Gerichtsbezirken 292, also 88 %, eine nationale Mehrheit von über 80 %, davon 177 eine tschechische und 115 eine deutsche; nur in 41 (d. h. 12 %) gab es eine geringere nationale Mehrheit bzw. eine größere nationale Minderheit. Abgesehen von Prag, Pilsen, Budweis, Leitme-

am tschechischen Teil der Carl-Ferdinands-Universität in Prag, vertrat gemeinsam mit anderen tschechischen Gelehrten die Unechtheit der Königinhofer und Grünberger Handschrift und stellte sich in der Hilsner-Affäre gegen den Antisemitismus in den böhmischen Ländern. Als Abgeordneter des böhmischen Landtages und des österreichischen Reichsrates (1891 bis 1893 für die Jungtschechen, ab 1907 für die kleine Realistische Partei) engagierte er sich schon 1892 für eine zweite tschechische Universität (in Brünn) und für das „Selbstbestimmungsrecht des böhmischen Volkes“. Als er 1907 in den Reichsrat zurückkehrte, kritisierte er die Nationalitätenpolitik der Regierung Beck und griff in den Delegationen die Außenpolitik Aehrenthals im Zusammenhang mit der Annexion von Bosnien-Herzegowina sowie dem Agramer Hochverratsprozess und dem Friedjung-Prozess an. Allem Anschein nach dürfte damals Masaryks Abkehr von Österreich begonnen haben. – Jiří KOVTUN, *Slovo má poslanec Masaryk* (Praha 1991); vgl. Stanley WINTERS (ed.), *T. G. Masaryk (1850-1937), vol. 1: Thinker and Politician* (London 1990); KALVODA, *Genesis*, 17-23.

³⁵⁰ Thomas Garrigue MASARYK, *Independent Bohemia* (London 1915); Thomas Garrigue MASARYK, *Die Weltrevolution* (Berlin 1925) 35; HASLINGER, *Nation*, 218-222.

ritz, Brüx, Dux, Brünn, Olmütz, Iglau, Lundenburg, Mährisch-Ostrau, Witkowitz und Troppau lebten die beiden Nationalitäten durchaus nebeneinander, wobei jede ihr eigenes sprachliches, kulturelles und wirtschaftliches Auskommen fand.³⁵¹

Seton-Watson und Steed, der politische Herausgeber der *Times*, leiteten die Broschüre Masaryks an einflussreiche Kreise in Großbritannien weiter. Schon im Februar 1916 bildete Masaryk mit Josef Dürich und Edvard Beneš einen „Tschechischen Nationalrat“, der im Juni – nach der Ankunft des slowakischen Astronomen und französischen Offiziers Milan R. Štefánik in Paris – zu einem „Tschechoslowakischen Nationalrat“ (*Československá národní rada*) erweitert wurde. Masaryk sah im Weltkrieg einen großen Konflikt zwischen dem modernen demokratischen und republikanischen Prinzip auf der einen Seite und dem alten monarchischen und aristokratischen Prinzip auf der anderen Seite. Daher formulierte er am 3. November 1916 in London: „Der Feind ist Österreich, weg von Österreich!“ Aber nicht nur Österreich-Ungarn galt Masaryks Kampf, ebenso kompromisslos trat er gegen den „pangermanischen Imperialismus“ auf. Sowohl dem deutschen „Drang nach Osten“ als auch dem bolschewistischen Drang nach Westen müsse ein Riegel vorgeschoben werden.³⁵²

Um seiner Verhaftung zu entgehen, floh auch der Privatdozent der Karls-Universität, Edvard Beneš, im September 1915 ins westliche Ausland. Bereits im Jänner 1916 informierte er Masaryk über eine Initiative politisch interessierter französischer Intellektueller und Journalisten über eine slawische Propagandaaktion: „[...] An der Sorbonne wird es eine Reihe von Vorlesungen über slawische Dinge geben: Bèrard, Masaryk, Denis, Meillet, Boyer, Dmowski, Eisenmann, Beneš, usw. Man will, dass Sie zum Thema: *Les Slaves dans le Monde* sprechen; ich hätte: Böhmen und die Tschechoslowaken. Sie sollten am 19. Februar sprechen. [...] Denis würde den Vorsitz innehaben und eine Einführung in unsere Dinge geben. [...]“ Darüber hinaus drängte Beneš – mit Berufung auf den französischen Historiker und Publizisten Ernest Denis und Štefánik, der eben von seinem Fronteinsatz in Serbien nach Paris zurückgekehrt war – auf eine „sozial sichere Stellung“, d. h. „dass also das Sekretariat der Redaktion [der *La Nation Tchèque*, Anm. Suppan] formal und vor der Öffentlichkeit auf mich übergehen soll“. Weiter: „Sie wissen sicher, Herr Professor, dass ich das nicht aus persönlichen Gründen schreibe.“ – Tatsächlich hielt Beneš einen Vortrag unter dem Titel *Détruisez l’Autriche-Hongrie!*, der noch im selben Jahr als Propagandabroschüre veröffentlicht wurde

³⁵¹ Peter URBANITSCH, Sprachlich-nationale Mehrheiten 1910, in: Rumpler – Seger, Soziale Strukturen, Karte 3.1.; Emanuel RADL, Der Kampf zwischen Tschechen und Deutschen (Reichenberg 1928) 307.

³⁵² Frank HADLER (Hg.), Weg von Österreich! Das Weltkriegsexil von Masaryk und Beneš im Spiegel ihrer Briefe und Aufzeichnungen aus den Jahren 1914 bis 1918. Eine Quellensammlung (Berlin 1995); Robert William SETON-WATSON, A History of the Czechs and Slovaks (London 1943); Z. A. B. ZEMAN, The Break-Up of the Habsburg Empire 1914-1918. A Struggle in National and Social Revolution (London – New York – Toronto 1961); KRÉN, Konfliktgemeinschaft, 318-322.

und breite Bekanntheit erfuhr. Andererseits wurde Masaryk vom französischen Ministerpräsidenten Aristide Briand empfangen und konnte seine Gegenidee zum „Mitteleuropa“ von Friedrich Naumann vortragen: ein von den Alliierten geführtes Mitteleuropa.³⁵³

Im inhaltlichen Gegensatz zu Masaryk und Beneš veröffentlichte der tschechische Reichsratsabgeordnete Zdeněk Tobolka im Juli 1916 den Sammelband „Das böhmische Volk“ – gemeint ist das tschechische Volk (!) –, der „die nicht-böhmische Öffentlichkeit in objektiver Weise über das böhmische Volk und die Hauptrichtungen seiner Kultur belehren“ sollte, dessen Original freilich einige von der österreichischen Zensur verfügte Streichungen enthält. Obwohl sich die traditionelle Anbindung des tschechischen intellektuellen Milieus an die deutsche geistige Welt bereits abgeschwächt hatte – was der Krieg noch beschleunigte –, versuchte Tobolka in diesem Sammelband die „starken Beziehungen der Tschechen zur mitteleuropäischen deutschen Kultur“ zu unterstreichen.³⁵⁴

Der reich ausgestattete Sammelband von fast 250 Seiten behandelte viele Aspekte des „böhmischen“ Volkes, von der „Kriegstüchtigkeit“, über den „Anteil an der Entwicklung der Mathematik und der Naturwissenschaften“ bis zum „böhmischen Geldwesen“. Auffallend ist die konsequente Verwendung des Begriffes „böhmisch“ nicht nur im Bezug auf die multiethnischen „böhmischen Länder“, sondern auch in der Begriffsbildung „böhmisches Volk“, „böhmisches Gebiet“, „Böhmen“ in Böhmen, „Böhmen“ in Mähren und „Böhmen“ in Schlesien. Dies führte auch zu dem skurrilen Satz: „Das böhmischste Land ist jedoch Mähren“, was man zwar auf Tschechisch sagen kann, nicht aber auf Deutsch. Immerhin gab Boháč – verdeutlicht durch eine Karte – eine Darstellung der tschechisch-deutschen Sprachgrenze, die insgesamt als zutreffend zu bezeichnen ist. Vermutlich wurde auf Grund dieser Darstellung der Sammelband Tobolkas nach Kriegsende sogleich aus dem Buchhandel genommen; nun wurden von offizieller tschechischer Seite die sudetendeutschen Gebiete als nationale Mischgebiete dargestellt, was eine bewusste nationalpolitische Irreführung darstellte – auch während der Friedensverhandlungen.³⁵⁵

³⁵³ Beneš an Masaryk, Paris, 14. Jänner 1916, in: HADLER, Weg von Österreich, 162-165; Edvard BENEŠ, Světová válka a naše revoluce, Teil 1 (Praha 1927) 111; KALVODA, Genesis, 88.

Im Kapitel „Konfessionen und Nationalitäten“ verweist Naumann auf „eine uralte Königstradition“ der Tschechen und auf das „böhmische Staatsrecht“, das ihnen die deutsche Regierung in Österreich versagt habe. Aber die Tschechen seien auch „die Hervorbringer der Kampfmethod, durch Abstinenz, Obstruktion und Straßenaufmarsch den öffentlichen Betrieb zu stören, bis ihre Wünsche erfüllt würden, einer Methode, die dann in bewegten Zeiten nach den Badenischen Sprachenverordnungen von 1897 zeitweise von den Deutschen übernommen und gelegentlich auch von Ruthenen und Polen geübt wurde“. – Friedrich NAUMANN, Mitteleuropa (Berlin 1915) 92f.

³⁵⁴ KŘEN, Konfliktgemeinschaft, 341f.

³⁵⁵ Antonín BOHÁČ, Siedlungsgebiete und Statistik der Böhmen, in: Das böhmische Volk, hg. von Zdeněk Tobolka (Prag 1916); vgl. Eine tschechische Sprachkarte Böhmens, Mährens und Schlesiens (Flugblätter für Deutschösterreichs Recht 24, Wien 1919).

Schon in den „Forderungen der Deutschen Österreichs zur Neuordnung nach dem Kriege“, der sogenannten „Osterbegehrrschrift“ 1916, hatten hingegen die deutschen Parteien „Österreichs“ – seit 1915 die offiziöse Bezeichnung für die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder – eine definitive Lösung der „tschechischen Frage“ verlangt: Teilung der böhmischen Länder in einen tschechischen Teil mit tschechischer und deutscher Amtssprache sowie einen deutschen Teil mit ausschließlich deutscher Amtssprache; Bündnis und Zollunion mit Deutschland; Sonderstatut für Galizien, Bukowina und Dalmatien, um den deutschen Abgeordneten eine absolute Mehrheit im Wiener Parlament zu sichern. Die Idee von Mitteleuropa mit seiner deutschen Hegemonie entsprach zweifellos den Wünschen eines großen Teils der deutschösterreichischen Bevölkerung, und alle deutschösterreichischen Parteien erklärten sich während des Krieges zu eindeutig deutschen Parteien, wobei die Christlichsozialen damit noch gewisse Schwierigkeiten hatten. Aber schon seit 1915 wurde in Salzburg auf Drängen der Deutschen Obersten Heeresleitung und des Auswärtigen Amtes über die wirtschaftlichen und militärischen Probleme einer engeren Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn verhandelt. Hierbei sollte man auch nicht übersehen, dass sich das deutsch-österreichisch-ungarische Militärbündnis im Jahre 1915 sowohl gegen Russland als auch gegen Serbien bewährt hatte; und im Herbst 1916 sollte dies auch gegen Rumänien der Fall sein.³⁵⁶

Der am 19. November 1916 gebildete „Tschechische Verband“ (*Český sváz*), dem die große Mehrheit der tschechischen Reichsratsabgeordneten beitrug – jedenfalls die Agrarier, Sozialdemokraten, Klerikalen und Jungtschechen –, blieb

Der Historiker Boháč kam zu folgenden zusammenfassenden Betrachtungen: „In den böhmischen Ländern, die zusammen ein Ausmaß von 79.316 km², also etwas weniger als das Königreich Bayern haben, entfällt auf das zusammenhängende böhmische Gebiet innerhalb der beschriebenen Grenzen, die anderssprachigen, deutschen, Inseln darin mit eingerechnet, im ganzen 52.424 km². [...] Nach Abrechnung der eigentlich deutschen Inseln wird unser tatsächliches, böhmisches Sprachgebiet in den böhmischen Ländern auf 50.711 km² herabgesetzt, auf eine Fläche also, die kleiner ist als das Königreich Böhmen. [...] Den Kern der böhmischen Siedelungen bildet Böhmen, wo fast 2/3 (65,9 %) aller Böhmen wohnen. Amtlich wurden ihrer 4.241.918, d. h. 63,2 % der Bevölkerung des Landes gezählt. 36,8 % der Bewohner Böhmens entfallen auf die Deutschen. Das böhmischeste Land ist jedoch Mähren. Von dessen Einwohnern haben 71 3/4 %, in absoluter Zahl 1.868.971, die böhmische Umgangssprache eingetragen und nur 27,6 % die deutsche. In Wirklichkeit ist der Anteil der Böhmen an der mährischen Bevölkerung höher, da viele Böhmen, namentlich im Ostrauer und Brünnener Gebiete, sich als Deutsche eingeschrieben haben. Das gleiche geschah von Seite der böhmischen Minoritäten in Böhmen. In Schlesien wurden das letzte Mal 180.348 Böhmen gezählt (24,3 %), während die Deutschen 43,9 % der schlesischen Bevölkerung ausmachen. Darunter ist ein Teil, im Ostrau-Karwiner Revier, polnischer Abstammung. [...]“ – Allein schon an diesem Zitat erkennt man die semantischen Probleme Boháč' bei der Verwendung des Adjektivs „böhmisch“. Erstaunlicherweise verwendete Boháč nicht den in der österreichischen Volkszählung von 1910 offiziell gebrauchten Sprachbegriff „böhmisch, mährisch, slowakisch“.

³⁵⁶ KANN, Nationalitätenproblem II, 253; Helmut RUMPLER, Kaiser Karl, die Friedensprojekte und das deutsch-österreichische Bündnis, in: Andreas Gottsmann (Hg.), Karl I. (IV.), der Erste Weltkrieg und das Ende der Donaumonarchie (Wien 2007) 13-22, hier 14f.

programmatisch noch bei einer proösterreichischen Haltung und entsandte sogar eine Delegation zu den Krönungsfeierlichkeiten nach Budapest. Der Tod des alten Kaisers und die Thronbesteigung Kaiser Karls ließen auch bei den tschechischen Politikern in der Heimat neue Hoffnungen aufkeimen, zumal US-Präsident Woodrow Wilson – nach dem Friedensschritt der Mittelmächte am 12. Dezember 1916³⁵⁷ – am 18. Dezember einen Vermittlungsversuch unternommen hatte. Als aber die Ententemächte am 10. Jänner 1917 in ihrer Antwort an Wilson unter ihren Kriegszielen neben der Rückgabe Elsaß-Lothringens und Kongresspolens sowie der Wiederherstellung Belgiens, Serbiens und Montenegros bereits „the liberation of Italians, Slavs, Roumanians, and of Czecho-Slovaks from foreign domination“ verlangten – die „Tschecho-Slowaken“ waren von Beneš extra hineinreklamiert worden –, diskutierte der „Verband“ mit der österreichischen Regierung über eine geeignete Stellungnahme. Der Mährer Adolf Stránský wollte etwa eine loyale Erklärung mit einem feierlichen Empfang beim „König von Böhmen“ verbinden, doch Außenminister Ottokar Graf Czernin wollte keine zur Schau gestellte monarchische Treue des tschechischen Volkes, verwarf die tschechischen Vorschläge und diktierte einen Text, den der „Verband“ widerspruchslos akzeptierte:

„Im Hinblick auf die Antwort der Staaten des Viererverbandes [gemeint ist die Entente, Anm. Suppan] an Präsident Wilson, in der auch die Befreiung der Tschechen von der Fremdherrschaft als eines der Ziele angeführt wird, zu welchem jene Staaten mit Waffengewalt gelangen wollen, weist das Präsidium des Tschechischen Verbandes diese Insinuation, welche auf gänzlich unrichtigen Voraussetzungen beruht, zurück und erklärt, dass das tschechische Volk, wie immer in der Vergangenheit, so auch in der Gegenwart und in der Zukunft, bloß unter dem habsburgischen Zepter seine Zukunft und die Grundlagen seiner Entwicklung erblickt.“³⁵⁸

Die Erklärung war für die Emigration eine schwere Enttäuschung, aber sie erwähnte wenigstens nicht die historische Verbundenheit der Dynastie mit den böhmischen Ländern. Und es kam auch nicht zu einem Empfang des „Verbandes“ beim Kaiser und König. Paradoxe Weise waren der prodeutsche Kurs der Regierung Clam-Martinić und der Standpunkt der tschechischen Emigration ähnlich: Weder die österreichische Regierung noch Masaryk wollten eine Anerkennung der Tschechen als habsburgtreue Nation. Zweifellos vergab die Krone eine große Chance, die Mehrzahl der tschechischen Politiker noch einmal zu gewinnen. Denn bereits die Februarrevolution in Russland führte zu fundamentalen Veränderungen in der tschechischen Politik, auch zum Aufkeimen des Gefühls, bald komme auch Österreich-Ungarn an die Reihe.³⁵⁹

³⁵⁷ Stephan BURIÁN von Rajecz, *Drei Jahre. Aus der Zeit meiner Amtsführung im Kriege* (Berlin 1923) 154f.

³⁵⁸ KALVODA, *Genesis*, 131; Jan GALANDAUER, *Der misslungene Kampf des letzten Königs von Böhmen um die Rettung seines Thrones*, in: Andreas Gottsmann (Hg.), *Kaiser Karl I. (IV.). Der Erste Weltkrieg und das Ende der Donaumonarchie* (Wien 2007) 147-152; vgl. Jan GALANDAUER, *Karel I. Poslední český král* (Praha – Litomyšl 2004).

³⁵⁹ GALANDAUER, *Der misslungene Kampf*, 151f.

Als Masaryk im Mai 1917 nach Russland kam – einen Monat nach Lenins Rückkehr aus der Schweiz –, umfasste die überwiegend aus tschechischen und slowakischen Kriegsgefangenen gebildete Brigade erst 9000 Offiziere und Mannschaften. Kriegsminister Aleksandr Kerenskij war hinsichtlich ihres Einsatzes skeptisch, aber ein gemeinsam mit drei finnischen Divisionen erzielter Einbruchserfolg gegen die k.u.k. Armee bei Zborów in Ostgalizien am 2. Juli 1917 überzeugte ihn. Allerdings waren die gegenüberliegenden mehrheitlich tschechischen Regimenter aus Pilsen und Neuhaus keineswegs übergelaufen, sondern mussten überrumpelt und niedergekämpft werden, bevor sie sich ergaben. Auch die nachfolgende Rekrutierungskampagne unter den tschechischen und slowakischen Kriegsgefangenen hatte geringeren Erfolg als erhofft. So standen Ende August 1917 erst 12.598 Tschechen und 920 Slowaken für die Bildung der Tschechoslowakischen Legion zur Verfügung.³⁶⁰

Masaryk war über die Forderungen der auch für ihn völlig überraschend durchgeführten Oktoberrevolution wenig erbaut und polemisierte gegen das Lenin'sche Prinzip der Selbstbestimmung und dessen Auffassung von Demokratie, da er das „Volk von Hus und Comenius“ vergessen habe. Dennoch veröffentlichte Masaryk in einer russischen Zeitung einen Propagandaartikel gegen Österreich-Ungarn, in dem er völlig willkürlich behauptete, dass Österreich-Ungarn zwischen 30.000 und 40.000 Menschen exekutiert habe und dass alle tschechischen, italienischen und andere Parlamentsabgeordneten zum Wiener Reichsrat eingesperrt und zum Tode verurteilt worden seien – was nur auf Kramář, Rašín und Cesare Battisti zutraf, der allerdings auch hingerichtet wurde. Nach Verhandlungen mit dem neuen sowjetischen Oberbefehlshaber in der Ukraine erhielt die Tschechoslowakische Legion den Status der „bewaffneten Neutralität“. Und am 28. Mai 1918 entschieden die Alliierten, die Legion – die sich eben einem Entwaffnungsbefehl Trockijis widersetzt hatte – bestimmte strategische Punkte entlang der Transsibirischen Eisenbahnlinie besetzen zu lassen. Da aber Masaryk am 19. April von Tokio aus ein Memorandum an Präsident Wilson gesandt hatte, mit der Anregung: „the Allies should recognize the Bolshevik government“, because „if the Allies are on good terms with the Bolsheviks they can influence them, as did the Germans who had recognized them and concluded peace with them“, verlor die US-Administration ihr Interesse an Masaryk und ließ ihn sechs Wochen warten, bis ihn Präsident Wilson empfing. Während Masaryk über die Auflösung Österreich-Ungarns sprechen wollte, war Wilson an den tschechoslowakischen Truppen in Sibirien als *nucleus* einer alliierten Interventionsarmee interessiert. Beneš erkannte rascher als Masaryk: „If we will have at least 20-25,000 of our soldiers here [in Sibiria, Erg. Suppan], we will achieve politically everything that we will want to.“³⁶¹

³⁶⁰ KALVODA, Genesis, 173-176; URBAN, Tschechische Gesellschaft I, 876-878; LEIN, Verhalten, 286-335.

³⁶¹ KALVODA, Genesis, 209f., 241, 269, 298-303, 360f.

Im Verlauf der beiden letzten Kriegsjahre begannen sich auch die tschechischen Eliten in der Heimat von Österreich-Ungarn abzuwenden, nicht zuletzt auf Grund der verheerenden wirtschaftlichen und sozialen Kriegsfolgen, der geringen Reformbereitschaft der Regierungskreise in Wien (und Budapest) und der zunehmenden Abhängigkeit der Habsburgermonarchie vom Deutschen Reich. Am 30. Mai 1917 verlangte der „Tschechische Verband“ im wiedereröffneten Reichsrat vorerst „die Umgestaltung der habsburgisch-lothringischen Monarchie in einen Bundesstaat freier und gleichberechtigter Nationalstaaten“ und „die Vereinigung aller Stämme des tschechoslowakischen Volkes in einem demokratischen böhmischen Staat“.³⁶² Noch wollten also die führenden tschechischen Politiker im Lande nicht auf den Rahmen des Reiches und der Dynastie verzichten. Parallel dazu veröffentlichten aber 222 führende Vertreter der tschechischen Kultur ein Manifest, das zwischen den Zeilen die Politik Masaryks und Kramář’ unterstützte. Die Regierung mit den beiden deutschböhmisches Ministern Karl Urban und Joseph Maria Baernreither, geführt vom böhmischen Grafen Heinrich Clam-Martinic, dem Neffen des Führers der böhmisch-staatsrechtlichen Partei in den 1870er Jahren, schwankte zwischen ihren Zusagen an die Deutschen (eine nationale Autonomie für Deutschböhmen) und die Tschechen und trat zurück. Kaiser Karl versuchte durch die Amnestierung von 114 Tschechen – unter ihnen viele *Sokol*-Mitglieder – und 94 Deutschen zu beruhigen. Die kaiserliche Amnestie schuf aber keine Atmosphäre der Versöhnung, sondern stärkte den tschechischen Widerstand. Und von nun an war auch der Kaiser an das Parlament gebunden und konnte die dort tonangebenden Kräfte – den deutschen Nationalverband, die Christlichsozialen, die Sozialdemokraten, den Polenklub, den Tschechischen Verband und den Südslawischen Klub – nicht einfach übergehen, deren Reformvorschläge freilich weit voneinander entfernt lagen.³⁶³

Nun legte der Tschechische Verband auch seine parlamentarische Anfrage zum Verhalten der österreichischen Regierung gegenüber dem tschechischen Volk während des Krieges vor. Sie enthielt eine Zusammenstellung von Beschwerden über die absolutistische Herrschaft im Krieg und die Diktatur des Militärs, die schon im Winter 1916/17 angefertigt worden war und eine wirkungsvolle Anklage gegen die Habsburgermonarchie darstellte. Als der deutsche Block durch Absetzbewegungen der Sozialdemokraten und Christlichsozialen zu zerfallen begann, setzten die nicht-deutschen Nationalitäten im Reichsrat die Protokollierung der nicht in deutscher Sprache gehaltenen Reden durch. Die politische Führung der Tschechen rechnete jedoch weiterhin mit einem unentschiedenen Ausgang des Krieges und nahm zugleich an, dass auch die Entente nicht die Absicht habe, Österreich-

³⁶² Professor Redlich kommentierte sachkundig: „Die tschechische ‚Erklärung‘ überraschend modern auf Wilson’sche Ideen und nationale Autonomie eingestellt.“ – REDLICH, Schicksalsjahre II, 300.

³⁶³ HÖBELT, Kaiser Karl I., 49; Elisabeth KOVÁCS, Untergang oder Rettung der Donaumonarchie? 2. Bd. (Wien 2004) 611; KALVODA, Genesis, 166, 251f.; KRÉN, Konfliktgemeinschaft, 350f.

Ungarn zu zerschlagen. Der mit deutscher Hilfe erzielte militärische Erfolg des Durchbruchs der italienischen Front am Isonzo Ende Oktober 1917 schien den vorsichtigen Kurs der tschechischen Abgeordneten zu bestätigen. Außenminister Czernin aber erklärte am 6. Dezember 1917 vor dem außenpolitischen Ausschuss der ungarischen Delegation in Budapest: „Wir kämpfen für Elsaß-Lothringen genauso, wie Deutschland für uns kämpft und für Lemberg und Triest gekämpft hat. Ich kenne da keinen Unterschied zwischen Strassburg und Triest.“³⁶⁴

Am 5. Dezember 1917 stellten 83 deutschnationale Abgeordnete – unter ihnen Dr. Schürff, Goll, Hartl, Knirsch, Langenhan und Karl Hermann Wolf als Hauptantragsteller³⁶⁵ – die Anfrage an den Ministerpräsidenten Ernst Ritter von Seidler und an den Minister für Landesverteidigung, Karl Czapp von Birkenstetten, unter dem Titel: „Das Verhalten der Tschechen im Weltkrieg“. Ausgangspunkt waren zahlreiche Reden tschechischer Abgeordneter im Abgeordnetenhaus, in denen sie behauptet hätten, „dass die gegen das Verhalten der Tschechen im Hinterlande, im Auslande und an der Front vorgebrachten Tatsachen beweislose Behauptungen wären, dass die Tschechen ihre Pflicht getan hätten, ja in einzelnen Fällen mehr als die anderen Völker der Monarchie“. Die Anfrage fasste Materialien zu den Auseinandersetzungen um den Neoslawismus vor dem Weltkrieg, die Begründung der Anklage gegen Dr. Kramář 1915, in- und ausländische Zeitungsartikel (etwa aus *La Nation Tchèque*), Auszüge aus tschechischen Schulbüchern, zwei Erlässe der böhmischen Landesbehörden, Maßnahmen gegen Sokolgemeinden, Meldungen des Militärkommandos Leitmeritz, das deutlich geringere Zeichnen von Kriegsanleihen seitens der Tschechen, das Verhalten der *Živnostenská banka*, das Verhalten der Tschechen in der Ernährungsfrage, „das staatsfeindliche Verhalten der Tschechen im feindlichen Auslande“ (in Frankreich, England, Russland, Amerika), „die Tätigkeit des Professors Masaryk“ und das „Verhalten tschechischer Truppen im Felde“ zusammen. Landesverteidigungsminister Czapp, der mittlerweile über den Fronteinbruch bei Zborów am 2. Juli 1917 genauer informiert worden sein dürfte, verteidigte die Truppen der 19. Infanteriedivision, bemerkte aber wider besseres Wissen: „[...] nur kleinere Abteilungen zweier Infanterieregimenter ließen es an der von ihnen erwarteten Widerstandskraft fehlen“. – Friedrich Kleinwächter,

³⁶⁴ Dotaz o chování se vlády k českému národu za války [Anfrage zum Verhalten der Regierung gegenüber der tschechischen Nation während des Krieges] (Praha 1918); RUMPLER, Kaiser Karl, 19; KRÉN, Konfliktgemeinschaft, 353, spricht irrtümlich von einem Erlahmen der Widerstandskraft Österreich-Ungarns an der italienischen Front. Vgl. Peter JUNG – Darko PAVLOVIC, *The Austro-Hungarian Forces in World War I, 2: 1916-1918* (Oxford 2003) 6f.

³⁶⁵ Unter den Antragstellern befanden sich u. a. die Deutschböhmen Herold, Iro, Lodgman, Pacher, Roller und Urban, die Deutschmährer Freiherr d’Elvert, Groß, Herzmannsky, Jesser, Redlich [der bereits aus dem Nationalverband ausgetreten war, Anm. Suppan] und Teufel, sowie die Deutschschlesier Freißler und Kudlich. – Das Verhalten der Tschechen im Weltkrieg. Die Anfrage der Abg. Dr. Schürff, Goll, Hartl, Knirsch, Dr. v. Langenhan und K. H. Wolf im österreichischen Abgeordnetenhaus. Wörtliche Wiedergabe nach dem Stenographischen Protokoll, S. 4.553 bis 4.828 des Anhangs II der Beilagen zur 49. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 5. Dezember 1917, Zahl 1749/I, hg. von der Deutschnationalen Geschäftsstelle (Wien 21918).

Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Juridischen Fakultät der Universität Czernowitz, vermerkte 1918 seine Kritik handschriftlich in seinem Exemplar der broschierten Anfrage:

„Die Anfrage beweist die ganze Beschränktheit der Antragsteller und vollständiges Verkennen dessen, um was es sich bei allen den Dingen handelt. Nicht darum handelt es sich, ob der tschechische ‚Hochverrat‘ (objektiv ein sinnloser Begriff) bewiesen wird, sondern darum, warum er entstanden ist. Auf diese Frage gibt die ‚Anfrage‘ eine Antwort, die das Gegenteil von dem ist, was der Zweck der Übung war.“³⁶⁶

Die Forderungen der Oktoberrevolution – vor allem nach einem Friedensschluss „ohne Annexionen und Kontributionen“ – fanden auch in den böhmischen und österreichischen Ländern ihren Widerhall. Der Sozialdemokrat Šmeral räumte ein, dass „95 Prozent des gesamten Volkes“ der Auslandsaktion Masaryks zustimmten, und trat vom Parteivorsitz zurück. Václav Klofáč benannte seine Partei in „National-sozialistische Partei“ um und näherte sich dem sozialistischen Lager an. Der nationale Märtyrer Kramář, der im Oktober 1917 in Prag mit den Ehren eines Staatsoberhauptes empfangen worden war, übernahm die Führung der „Tschechischen staatsrechtlichen Demokratie“, einem Zusammenschluss von Jungtschechen, mährischen Fortschrittlern und Staatsrechtlicher Partei. Und Šmeral bestätigte im Jänner 1918, dass die Forderungen nach „uneingeschränkter Selbstbestimmung“, die „noch vor kurzem wegen ihrer außerordentlichen Tragweite unerfüllbar schienen, [...] den breitesten Schichten des Volkes dermaßen in Fleisch und Blut übergegangen sind [...], dass nichts dieser elementaren Bewegung auf Dauer widerstehen kann“.³⁶⁷

So meldeten der Generallandtag der tschechischen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten am 6. Jänner 1918 in ihrer „Drei-Königs-Deklaration“ ihren Anspruch auf nationale Selbstbestimmung an. Dies bedeutete zwar noch kein Verlangen eines definitiven Austritts aus Österreich-Ungarn, aber doch nach Zusammenleben mit dem „slowakischen Zweig“ in einem künftigen tschechoslowakischen Staat und nach eigenständiger Vertretung der Rechte der Tschechen und Slowaken auf der Friedenskonferenz. Premierminister Lloyd George hatte hingegen tags zuvor erklärt, dass die Aufteilung Österreich-Ungarns kein Kriegsziel Großbritanniens sei. Und US-Präsident Wilson blieb in seinen 14 Punkten bei der eher vagen Forderung nach der freiesten Möglichkeit zur autonomen Entwicklung für die Völker Österreich-Ungarns, obwohl Washington im Dezember 1917 auch Wien den Krieg erklärt hatte.³⁶⁸

³⁶⁶ Das Verhalten der Tschechen im Weltkrieg, hs. Anm. Prof. Friedrich Kleinwächter, 410.

³⁶⁷ KRÉN, Konfliktgemeinschaft, 354f. Bereits im Juli 1914 hatte der führende österreichische Sozialdemokrat Karl Seitz gegenüber den tschechischen Parteigenossen erklärt: „unsere beiderseitigen Ansprüche und Anschauungen werden auch durch den Krieg entschieden werden“. – REDLICH, Schicksalsjahre II, 675.

³⁶⁸ Antonín KLIMEK, Helena NOVÁČKOVÁ, Milada POLIŠENSKÁ, Ivan ŠTOVIČEK (Hgg.), Vznik Československa 1918 (Praha 1994) Dok. 2.

Die politischen Veränderungen erfolgten vor dem Hintergrund einer immer größeren gesellschaftlichen Zersetzung im Inneren der Habsburgermonarchie. Die Kriegsjahre hatten den überwiegenden Teil der Gesellschaft einschließlich des alten Mittelstandes und der Bildungsschichten weitgehend pauperisiert und in den Städten zu einer noch nie dagewesenen Verelendung geführt. Der zunehmende Hunger in den Städten führte zu wachsender Empörung der Massen, Kohlenknappheit lähmte die Betriebe und Eisenbahnen, epidemische Krankheiten erhöhten die verzweifelte Stimmung unter der Bevölkerung, Kriegsmüdigkeit und Friedenssehnsucht nahmen zu. Die Ideen der russischen Revolution wie der amerikanischen Demokratie beeinflussten auch die Gesellschaftspolitik Österreich-Ungarns. Im Winter 1917/18 begann die Versorgungskrise auch die nordböhmischen Gebiete zu erfassen, etwa die Städte Gablonz und Asch, wie der Statthalter Maximilian Graf Coudenhove Außenminister Czernin nach Brest-Litovsk schrieb. Und Coudenhove dramatisierte noch seinen Bericht:

„[...] Ich fürchte, dass Deutschböhmen das Schicksal Irlands in den Jahren 1846-47 erleben wird, wo infolge Hungersnot durch Tod oder Auswanderung die Bevölkerung auf die Hälfte zusammenschumpfte. In Deutschböhmen wird die Folge sein, dass in den verödeten Gebieten die lebenskräftigen Tschechen nachrücken und das auch für die Zukunft des Deutschtums so wichtige Deutschböhmen wird in Zukunft zu existieren aufhören.“³⁶⁹

Dennoch vollzog sich am 22. Jänner 1918 der im Rahmen des Jännerstreiks ausgerufenen eintägigen Generalstreik in den böhmischen Ländern in erstaunlicher Ruhe und Ordnung. Dazu trugen freilich auch die von der Ostfront ins Hinterland verlegten Feldtruppen bei. Die Streikwellen rissen allerdings nicht mehr ab, Berg- und Industriearbeiter sowie unterschiedliche Menschenansammlungen begannen Mühlen und Bauernhöfe zu plündern, die Statthalterei musste über einige Bezirke das Standrecht verhängen. Heimkehrer aus der russischen Kriegsgefangenschaft, die von den Forderungen und Zielen der Oktoberrevolution gehört hatten, agitierten nun gegen die Fortsetzung des Krieges und stifteten in verschiedenen Garnisonen Meutereien an, so im Ersatzbataillon des mehrheitlich tschechischen Schützenregiments Nr. 7 (Ergänzungsbezirk Pilsen) im nordböhmischen Rumburg. Ein Sprecher des Aufstandes formulierte: „Wir haben die Revolution durchgemacht [...] Die Unseren sind in allen Regimentern, in tschechischen, deutschen, magyrischen und polnischen [...] die Front wird zusammenbrechen als Folge der inneren Revolution [...] Platzt das Hinterland, ist der Krieg zu Ende“. Am 21. Mai 1918 stürmten die meuternden Heimkehrer die Munitions-, Verpflegs- und Tabakmagazine, marschierten in die Stadt und besetzten den Bahnhof, um nach Böhmisches Leipa, Prag und Pilsen zu fahren. Erst im Nachbarort konnten sie

³⁶⁹ Wilhelm WINKLER, Die Einkommensverschiebungen in Österreich während des Weltkrieges (Wien 1930); Jan OPOČENSKÝ, Umsturz in Mitteleuropa. Der Zusammenbruch Österreich-Ungarns und die Geburt der Kleinen Entente (Hellerau bei Dresden 1931) 68-70; vgl. Maureen HEALY, Vienna and the Fall of the Habsburg Empire. Total War and Everyday Life in World War I (Cambridge 2004).

von Assistenztruppen gefangen genommen werden. Die Standgerichte verhängten 24 Todesurteile, von denen 14 auf dem Gnadenweg in eine Freiheitsstrafe umgewandelt wurden; zehn Meuterer wurden von Soldaten des ins Hinterland kommandierten Salzburger Infanterieregiments 59 hingerichtet.³⁷⁰

Der Statthalter Coudenhove hatte vom Wiener Kriegsministerium verlangt, mit „eiserner, drakonischer und jede Gnade und Barmherzigkeit bei Seite lassender, exemplarischer Strenge“ durchzugreifen:

„[...] Ich würde diesen Antrag nicht stellen, wenn nicht die Lage, kompliziert durch die furchtbaren Ernährungsverhältnisse, eine solche wäre, dass jedes Säumen, jedes Nachgeben und jede Unterlassung den Anfang des vollständigen Zusammenbruches jeder staatlichen Ordnung bedeuten kann.“³⁷¹

Aber auch noch im letzten Kriegsjahr mussten – trotz dieser Streiks und Heimkehrermeutereien – in den Industriezentren der böhmischen Länder verhältnismäßig nicht mehr militärische Assistenzen konzentriert werden als in denen der österreichischen Donau- und Alpenländer (Wien, Wiener Neustadt, Steyr, Leoben, Graz, Trifail) und in denen der ungarischen Länder (Budapest, Pécs, Miskolc).³⁷²

Nach der im April 1918 von Außenminister Czernin unwissentlich ausgelösten Sixtus-Affäre – nach Angriffen Czernins gegen den „Kriegsverlängerer“ Clemenceau und Zurückweisung von Friedensofferten des Westens hatte der französische Ministerpräsident einen Brief Kaiser Karls an seinen Schwager Prinz Sixtus von Bourbon-Parma vom 24. März 1917 veröffentlicht –, die zu einem nicht wiedergutzumachenden Prestigeverlust Kaiser Karls geführt hatte, musste dieser mit dem neuen Minister des Äußern, István Graf Burián, zu einem „Canossa-Gang“ ins deutsche Hauptquartier nach Spa reisen und am 10. Mai 1918 „Zielvereinbarungen“ über einen „Waffenbund“ und ein „Schutz- und Trutzbündnis“ zustimmen, was viele als Kapitulation Österreich-Ungarns vor dem Deutschen Reich sahen. Allerdings gehörte nicht nur das deutsch-böhmische Bürgertum, sondern auch der deutsch-böhmische Adel zu den stärksten Verfechtern der Aufrechterhaltung des deutsch-österreichischen Bündnisses und des deutschen Kurses in Österreich. Dieser weitere Schulterschluss zwischen den Mittelmächten und die anscheinend bedingungslose Verknüpfung des Schicksals der Habsburgermonarchie mit dem des Deutschen Reiches veranlasste nun die Ententestaaten endgültig, die Auflösung der Habsburgermonarchie zu einem Kriegsziel zu erheben und dem Verlangen des „tschecho-slowakischen Volkes“ nach Selbständigkeit zuzustimmen, zuerst seitens der französischen, dann der britischen, schließlich der US-Regierung. Bereits Ende Mai – nach einem öffentlichen Statement des US-Secretary of State Robert Lansing („the nationalistic aspirations of the Czecho-Slovaks and

³⁷⁰ Richard G. PLASCHKA – Horst HASELSTEINER – Arnold SUPPAN, *Innere Front. Militärassistentz, Widerstand und Umsturz in der Donaumonarchie 1918* (Wien – München 1974) I, 357-370.

³⁷¹ OPOČENSKÝ, *Umsturz*, 111f.

³⁷² PLASCHKA – HASELSTEINER – SUPPAN, *Innere Front II*, Karten 1, 2, 3, 5, 7, 9, 10. Vgl. Robert SCHEU, *Wanderungen durch Böhmen am Vorabend der Revolution* (Wien 1919).

Jugo-Slavs for freedom have the earnest Sympathy of this Government“) – sandte Beneš einen sehr optimistischen Bericht nach Prag.³⁷³

Bei einer Besprechung deutschböhmischer Mitglieder des Abgeordneten- und Herrenhauses Ende April 1918 äußerte der ehemalige Minister Karl Urban die Befürchtung einer „latenten Revolutionsgefahr“ wegen der Ernährungslage; und der Reichenberger Fabrikant Wilhelm Ginzkey beschrieb die Stimmung in Nordböhmen so, dass die Leute einfach zu Deutschland gehen wollten. Handelsminister Friedrich von Wieser brachte die Stimmung nach der Sixtus-Affäre auf den Punkt: „Das dynastische Gefühl bei den Deutschen ist schwer angegriffen. Dagegen helfen unsere politischen Zugeständnisse an die Abgeordneten nicht.“ Ministerpräsident Ernst von Seidler versuchte im Einvernehmen mit dem Kaiser dem deutschen Nationalverband entgegenzukommen, führte in Böhmen 12 Kreisverwaltungen ein (in 7 tschechischen und 5 deutschen Kreisen) und stellte das seit einem Vierteljahrhundert umkämpfte Kreisgericht in Trautenau (Trutnov) in Aussicht. Der Sozialdemokratie wurden der Achtsturentag und Arbeiterkammern versprochen und den Tschechen die böhmische Königskrönung in Aussicht gestellt. Die Kreisverordnungen fügten den Tschechen keinen Schaden zu, wie auch František Staněk, der Führer des Tschechischen Verbandes, dem Ackerbau-minister Ernst Graf Sylva-Tarouca zugab, aber es entging ihnen ein Tauschobjekt für die nächsten Ausgleichsverhandlungen. Wirkliche Meinungsverschiedenheiten gab es lediglich um die Frage, ob es nur einsprachige Kreise geben sollte, wie sie Rudolf Lodgman von Auen schon 1915 in seinen „Gedanken über die zukünftige Politik der Deutschen in Österreich“ gefordert hatte:

„Bei dieser Neuordnung kann es ohne allseitigen Verzicht auf völkische Minderheiten nicht abgehen, [...] soll der völkische Kampf nicht immer wieder entbrennen. [...] In einem vielsprachigen Staate, wie es Österreich ist, kann die Ordnung nur in Durchführung eines klar erkennbar alle Beteiligten gleich behandelnden Grundsatzes erfolgen.“³⁷⁴

³⁷³ URBAN, Tschechische Gesellschaft I, 879-912; KALVODA, Genesis, 251-270, 292; RUMPLER, Kaiser Karl, 17f., 20-22. In einem Memorandum vom 30. Mai 1918 fasste Lansing die neue US-Politik gegenüber der Habsburgermonarchie zusammen: „[...] this surrender of Karl [in Spa] removes all possibility of separating the two empires. [...] If Germany is permitted to continue [...], the Prussians will have to all intents won the war, [...]. Such a state of affairs must never be [...] In view of this state of affairs [...] Austria-Hungary must be practically blotted out as an empire. It should be partitioned among all nationalities of which it is composed. [...] – Robert LANSING, War Memoirs (Indianapolis 1935) 267-269.

³⁷⁴ ÖStA, HHStA, Abschriften des Tagebuchs Friedrich von Wieser, 3. Mai 1918, zitiert nach: HÖBELT, Karl I., 50f. Lodgman stellte in seinem Memorandum auch fest: „Eine Unterstützung in völkischer Beziehung vom Deutschen Reiche ist in Hinkunft weniger denn je zu erwarten.“ Zu Beginn des Jahres 1918 publizierte Lodgman seine Schrift „Die Autonomie und ihre Bedeutung für Österreich-Ungarn“, in der er eine Neuordnung der Nationalitätenverhältnisse im Sinne von national homogenen autonomen Kreisen verlangte. Außerdem sollten die Nationalitäten verfassungsrechtlich als Träger von Machtbefugnissen und Rechten anerkannt werden. – KRÉN, Konfliktgemeinschaft, 347.

Das hätte bedeutet, der Nationalverband wäre bereit gewesen, die einflussreichen deutschen Minderheiten in Prag und Pilsen zu „opfern“, während es für die Stadt Budweis den Ausgleich von 1913 gab. Dem wollten jedoch die Prager Deutschen unter ihrem Wortführer Bruno Kafka, einem Cousin des Dichters, nicht zustimmen. So wären nur die Pilsner Deutschen „Opfer“ der Seidlerischen Politik geworden. Aber Seidler verlor die Mehrheit im Parlament, da der Polenklub den „Brotfrieden“ mit der Ukraine – mit den Geheimklauseln der Abtretung des Cholmer Landes und der Teilung Galiziens – nicht verzieh, die Getreidelieferungen aus der Ukraine ausblieben und die Piave-Offensive scheiterte. Auch wenn Minister Wieser noch am 19. Juli 1918 meinte: „Im Süden [gemeint war Innerösterreich, Anm. Suppan] wird man machen, was man in Böhmen macht, also die Kreisordnung, die Deutschen im Süden müssen sich fügen wie die Tschechen im Norden.“ Am 22. Juli musste das Kabinett Seidler demissionieren, und Max Freiherr von Hussarek wurde zum neuen Ministerpräsidenten ernannt. Mittels kaiserlicher Patente sollte die böhmische und südslawische Frage geregelt werden, gleichzeitig das schärfste Militär- und Polizeiregime zur Niederhaltung der Massen eingeführt werden.³⁷⁵

Der Beginn des Ersten Weltkrieges hatte die Slowaken ebenso wie alle anderen Nationalitäten Österreich-Ungarns überrascht. Nach wenigen Monaten standen die russischen Armeen bereits in den dichten Wäldern der Waldkarpaten und schickten sich an, nach Nordostungarn durchzubrechen. Dies löste auch bei einigen slowakischen Intellektuellen russophile Hoffnungen aus, die jedoch nach den harten Winterschlachten 1914/15 und der Zurückschlagung der russischen Truppen nach Ostgalizien im Frühjahr 1915 rasch wieder verblichen. Nahezu 300.000 Slowaken wurden zum Kriegsdienst eingezogen, den 70.000 mit ihrem Leben, über 60.000 mit schwerer Verwundung bezahlen mussten. Auch bei materiellen Gütern trat bald Erschöpfung ein, sodass auch slowakische Heimkehrer aus der russischen Kriegsgefangenschaft im Frühjahr 1918 verschiedene Meutereien im Hinterland durchführten – besonders das Ersatzbataillon des Trentschiner IR 71 im serbischen Kragujevac, bei dem 44 Meuterer hingerichtet wurden – und Desertionen begingen. Die politischen Vertreter der Slowaken in Wien (Milan Hodža) und Budapest (Ferdiš Juriga) verhielten sich bis 1917 ziemlich zurückhaltend, sogar als die tschechischen Abgeordneten im wiedereröffneten Reichsrat die Slowaken in ihr künftiges politisches Programm einbezogen. Wesentlich aktiver war Hauptmann Štefánik, der über den Tschechoslowakischen Nationalrat in Paris auch slowakische Kriegsgefangene aus russischen, französischen und italienischen Lagern rekrutierte und zu Legionen zusammenstellte, um sie – freilich mit wenig Erfolg – gegen die Mittelmächte einzusetzen. Immerhin gelang es, die Vision und Konstruktion einer tschechoslowakischen Nation im Westen bekannt zu machen. Und das Ende Mai 1918 zwischen Masaryk und der *Slovak League*

³⁷⁵ Tagebuch Wieser, 19. Juli 1918, zitiert nach: HÖBELT, Karl I., 52-54; REDLICH, Schicksalsjahre II, 422.

abgeschlossene *Pittsburgh Agreement* sicherte den Slowaken im künftigen Staat einen eigenen Landtag (*Diet*) zu.³⁷⁶

Auch Milan Hodža war Ende Juli 1914 kurzzeitig von ungarischen Staatsorganen verhaftet, vom untersuchenden Auditor aber sofort freigelassen worden. Thronfolger Franz Ferdinand hatte ihn beauftragt, Reformpläne für Ungarn vorzubereiten, die er bis Juni 1914 abschloss. Sie hatten die Einsetzung eines Ministeriums mit einem ungarischen General an der Spitze vorgesehen, einen den Nationalitäten entnommenen Minister des Innern und der Justiz, die Oktroyierung des allgemeinen Wahlrechts und die Reform der Verfassung durch ein Volksparlament. Mit einem Gentrypolitiker à la Tisza sei eine grundlegende Reform nicht durchführbar gewesen, vertraute Hodža im Oktober 1915 Professor Redlich an. Hodža vertrat aber auch sehr kritische Meinungen über Kramář und Masaryk, die er bei den letzten Sitzungen der Delegationen in Budapest getroffen habe, wo sie ihm ihre Verzweiflung über Österreich mitgeteilt hätten: „Kramář verzweifelte an seiner staatsrechtlichen, Masaryk an seiner idealen Humanitätspolitik.“ Für Kramář existiere nur „eine rein staatsrechtliche Politik, das Slowakenproblem existierte für ihn nicht!“. Masaryk wiederum habe sich in seiner auswärtigen Politik so weit verrannt, „dass er Serbien für ein Opfer Österreichs hielt!“. Redlich jedenfalls konstatierte Hodžas slowakisches Selbstinteresse gegenüber dem tschechischen staatsrechtlichen Gedanken. Aber er schrieb auch Hodžas Feststellung über die Notwendigkeit nieder, „Österreich zu erhalten gegenüber den nationalen Großmächten im Westen und Osten“.³⁷⁷

Der Historiker Kamil Krofta – lange Jahre der engste Mitarbeiter von Außenminister Beneš und 1935 sein Nachfolger – maß Anfang 1933 der tschechoslowakischen Auslandspropaganda im Ersten Weltkrieg erstaunlicherweise weniger Bedeutung zu als der verfehlten österreichisch-ungarischen Politik:

„[...] auch für die Tschechoslowakei seien die wahren Befreier nicht die Propagandisten im Auslande gewesen, sondern die Herren Clam-Martinitz, Seidler und jene, die die verfehlte österreichische Politik noch während des Krieges und zu Ende desselben gemacht haben. Er sei überzeugt, dass, wenn man noch unter Kaiser Karl anders mit den Tschechen verfahren wäre, wenn sich der Kaiser hätte in Prag zum König krönen lassen, das ganze tschechische Volk Masaryk als Narren bezeichnet hätte und nie von Österreich fortgegangen wäre; noch heute wären wir beisammen. Einen sehr großen Teil der Schuld am Zerfall hätten natürlich auch die Magyaren,

³⁷⁶ HRONSKÝ, Mobilizácia, in: Kováč, Prvá svetová vojna, 30-36; Roman HOLEC, The Slovaks in the Whirlwind of War, in: Mannová, History, 234-240; PLASCHKA – HASELSTEINER – SUPPAN, Innere Front I, 385-400; Vladimír ZUBEREC, Milan Rastislav Štefánik. Léta hvězdná a válečná (Praha 1990). Als Andrej Hlinka im Jahre 1929 Masaryk an diese Abmachung erinnerte, sprach Masaryk von einer „Fälschung“. – KALVODA, Genesis, 284.

³⁷⁷ REDLICH, Schicksalsjahre II, 92f., 126, 210. Erst nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie, in einer Unterredung mit Redlich am 21. November 1918, räumte auch der frühere Außenminister Burián „die Unhaltbarkeit der magyarischen Alleinherrschaft den Nationalitäten gegenüber“ ein; „wenn auch Einzelne privat ihm recht gaben, so war doch jeder Versuch einer Änderung des Kurses ganz aussichtslos, so wie hier [in Wien, Erg. Suppan], was die Deutschen gegenüber Tschechen und Slowenen betraf“. – REDLICH, Schicksalsjahre II, 473.

die nie für eine vernünftige Nationalitätenpolitik zu haben gewesen wären. Mit den Deutschen in Österreich hätte man sich schließlich noch verständigen können.³⁷⁸

Am 13. Juli 1918 bildeten die tschechischen Parteien einen „Nationalausschuss“ (*Národní výbor*), der unter der Führung von Kramář als Obmann, Švehla und Klobfáč als seinen Stellvertretern und Soukup als Sekretär aus acht Mitgliedern der Agrarpartei, sieben Sozialdemokraten, fünf Mitgliedern der Staatsrechts-Demokratie, vier National-Sozialisten, vier Mitgliedern der Katholischen Volkspartei und je einem Mitglied der Altschechen und Realisten bestand. In seinem Programm wurde klar und deutlich die Forderung nach dem „Recht auf Selbstbestimmung in einem völlig unabhängigen Tschechoslowakischen Staat mit seiner eigenen Verwaltung innerhalb seiner eigenen Grenzen und unter seiner eigenen Souveränität“ erhoben. Nach der Niederlage Österreich-Ungarns sollten die Alliierten den Nationalausschuss als künftiges Organ der Staatsmacht anerkennen. Der Quai d’Orsay hatte aber schon am 29. Juni 1918 den „Tschechoslowakischen Nationalrat“ (*Czecho-Slovak National Council*) zur Grundlage einer künftigen Regierung erklärt und die britische Regierung am 9. August 1918 diesen Nationalrat als „the supreme organ of the Czecho-Slovak national interests, and as the present trustee of the future Czechoslovak government“, mit dem Recht „to exercise supreme authority“ über die tschechoslowakische kriegführende Armee „waging a regular warfare against Austria-Hungary and Germany“. Die *New York Times* hielt in einem Editorial die Konsequenz dieser Anerkennung fest: Sie verpflichte die Alliierten zu „the principle of the dismemberment of the Austro-Hungarian Empire“. Aber für Lord Balfour war es noch keine endgültige Bindung, und auch sein Kollege Lansing vermied in seiner Erklärung vom 30. August 1918 ebenfalls jeden Bezug zur geographischen Einheit der böhmischen Länder und zur Slowakei.³⁷⁹

Von Kriegsbeginn bis Ende 1917 waren von der k.u.k. Armee 54.146 Offiziere sowie 2.057.000 Unteroffiziere und Mannschaften in russische Kriegsgefangenschaft geraten. Der vor allem vom Deutschen Reich diktierte Friedensvertrag von Brest-Litovsk sah vor, die beiderseitigen Kriegsgefangenen in ihre Heimat zu entlassen. Bis zum 4. September 1918 kehrten bereits 623.000 österreichisch-ungarische Kriegsgefangene aus Russland zurück, unter ihnen zwischen 70.000 und 80.000 Tschechen und Slowaken. – Nach einem Bericht für eine militärische Konferenz der Tschechen in Omsk am 21. August 1918 hatten sich von etwa 180.000 tschechischen und slowakischen Kriegsgefangenen nur 58.604 für die Tschechoslowakische Armee registrieren lassen, also etwas weniger als ein Drittel. Die Armee wurde nun von drei jungen Generälen geführt, von denen Jan Syrový und Radola Gajda später noch Berühmtheit erlangten. – Abgesehen vom verständlichen Unmut der Heimkehrer, neuerlich in Marschformationen an die

³⁷⁸ Bericht Ges. Marek an BK Dollfuß, Prag, 11. Jänner 1933, ÖStA, AdR, NPA Tschechoslowakei, GZ 20.157-13/33.

³⁷⁹ KALVODA, Genesis, 387-402; *New York Times*, August 15, 1918; KRÉN, Konfliktgemeinschaft, 366f.

Front eingeteilt zu werden, sahen sie sich mit dem unerträglichen Leid und Elend konfrontiert, das der Krieg auch ins Hinterland gebracht hatte. Auf der Basis des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes vom 24. Juli 1917 und unter Einsatz von Militär, Polizei und Gendarmerie war die österreichische Regierung in der Lage, Protestdemonstrationen, Streiks, Plünderungen und antisemitische Exzesse niederzuhalten. Dass die Lage nicht wie in Russland eskalierte, hatte allerdings wesentlich damit zu tun, dass die Völker Österreich-Ungarns – und besonders Tschechen und Deutsche in den böhmischen Ländern – „einen verhältnismäßig langen Zeitraum wirtschaftlichen und sozialen Aufstiegs und die Erfahrung einer – wenn auch nicht vollkommenen – bürgerlichen und parlamentarischen Ordnung hinter sich“ hatten und dass unüberlegte Eingriffe nur Schaden anrichten könnten.³⁸⁰

Die neue österreichische Regierung unter dem Ministerpräsidenten Max von Hussarek beschloss am 3. September 1918 die Errichtung des Kreisgerichts in Trautenau (Trutnov) und begann am 10. September Beratungen über die Teilung der seit 1913 amtierenden Landesverwaltungskommission in Böhmen. Und Hussarek formulierte: „Der Grundsatz nationaler Verständigung durch nationale Zweiteilung zeigt den Weg an, auf dem fortgeschritten werden soll.“ Als er aber am 1. Oktober 1918 dem Reichsrat sein Autonomieprogramm vorlegte, musste er sich vom Sprecher des Tschechischen Verbandes, dem Abgeordneten František Staněk, sagen lassen, dass die böhmische Frage nicht mehr in Wien, sondern auf der Friedenskonferenz gelöst werde, und: „Wir fordern eine Front der drei slawischen Staaten von Danzig über Prag bis [zur] Adria.“³⁸¹

Ende September berichtete der Statthalter von Böhmen nach Wien, dass sich im kommenden Winter der Kohlenmangel in den Haushalten furchtbar fühlbar machen werde. Die Statthalterei verfüge über keine Kohlenvorräte mehr für die Krankenhäuser, Kriegsküchen und Gasanstalten. Die Kanzleien der Staatsbehörden müssten im Winter geschlossen werden. Der Eisenbahnverkehr versage, da 20 bis 40 % aller Lokomotiven nicht mehr betriebsfähig seien. Infolge dieses Lokomotivenmangels könne aber die in Mährisch Ostrau geförderte Kohle nicht mehr nach Wien befördert werden. Dazu trete die Grippe zunehmend epidemisch auf. An manchen Tagen blieben im westböhmischen Revier 20 und mehr % der Belegschaft infolge Grippeerkrankung der Arbeit fern. Infolge des Hungers und der Krankheiten sinke die Geburtenzahl und erreiche in den nördlichen Industriegebieten Böhmens nur mehr ein Sechstel der normalen Zahlen.³⁸²

³⁸⁰ KŘEN, *Konfliktgemeinschaft*, 367f.; PLASCHKA – HASELSTEINER – SUPPAN, *Innere Front I*, 278-284; vgl. Karel PICHLIK, *Československé osvobozené hnutí 1914-1918 a vznik ČSR* (Praha 1968); KALVODA, *Genesis*, 405f.; Helge SELLENY, *Das politische Werden der autonomen Tschechoslowakischen Armee in Italien während des Ersten Weltkriegs* (Phil. Diss. Wien 1969).

³⁸¹ OPOČENSKÝ, *Umsturz*, 262. Staněk sagte Redlich privat: „Österreich muss verschwinden, wir brauchen auch die Dynastie nicht, wir werden einen Bund des polnischen, böhmischen, slowakischen und jugoslawischen Staates schließen. Was die Deutschen machen, ist uns wurst!“ – REDLICH, *Schicksalsjahre II*, 437.

³⁸² OPOČENSKÝ, *Umsturz*, 269f.

Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten im österreichischen Reichsrat – zu dem auch viele Abgeordnete aus Nordböhmen (wie Otto Glöckel, Ferdinand Hanusch und Josef Seliger), Nordmähren und Österreichisch-Schlesien gehörten – appellierte am 3. Oktober 1918 an die deutsch-bürgerlichen Parteien und an die verschiedenen Nationalitäten:

„Die Vertreter der deutschen Arbeiterschaft in Österreich erkennen das Selbstbestimmungsrecht der slawischen und romanischen Nationen Österreichs an und nehmen dasselbe Recht auch für das deutsche Volk in Österreich in Anspruch. Wir erkennen das Recht der slawischen Nationen an, ihre eigenen Nationalstaaten zu bilden; wir lehnen aber unbedingt und für immer die Unterwerfung deutscher Gebiete unter diese Nationalstaaten ab. Wir verlangen, dass alle deutschen Gebiete Österreichs zu einem deutsch-österreichischen Staat vereinigt werden, der seine Beziehungen zu den anderen Nationen Österreichs und zum Deutschen Reiche nach seinen eigenen Bedürfnissen regeln soll.“³⁸³

Solche Überlegungen gehörten aber nicht mehr zum Kalkül der tschechischen Politiker. Sie waren während des Weltkrieges nicht nur vom „deutschen Kurs“ der österreichischen Regierungen verprellt worden, sondern auch von den Pauschalverdächtigungen und den obrigkeitlichen Maßregelungen. Nun wollten sie die habsburgische „Fremdherrschaft“ loswerden. Vier Repräsentanten des Tschechischen Verbandes unter Führung Staněks wurden noch am 12. Oktober von Kaiser Karl empfangen und verlangten die Bildung einer tschechisch-nationalen Regierung in Prag, ihre Beteiligung an der Friedenskonferenz und die Verlegung aller tschechischen Regimenter in ihre Heimatländer. Andererseits war am 10. Oktober Kaiser Karl der Entwurf eines Manifests überreicht worden, der von niemand anderem als vom deutschradikalen Abgeordneten aus Znaim, Oskar Teufel, stammte. Hussarek drängte, dass man das Selbstbestimmungsrecht akzeptieren und auf die Forderungen Wilsons eingehen müsse, sodass am 16. Oktober das „Völkermanifest“ veröffentlicht wurde, welches die Bildung nationaler Staaten zuließ. Wenige Tage zuvor waren freilich Wieser Bedenken gekommen:

„Diese ganze Flut muss man ablaufen lassen. Die Tschechen stecken zu tief mit den Deutschen beisammen, als dass sie sich von ihnen losentwickeln können. Die Deutschen in den Sudetenländern müssen freigegeben werden und – das ist durchschlagend – sie lassen sich von den Tschechen gar nicht auseinanderentwickeln, sie gehören zusammen.“³⁸⁴

Das Manifest Kaiser Karls vom 16. Oktober 1918 akzeptierte zwar, dass jeder Volksstamm auf seinem Siedlungsgebiet sein eigenes staatliches Gemeinwesen

³⁸³ Karl RENNERT, Die Gründung der Republik Deutschösterreich, der Anschluß und die Sudeten-deutschen (Wien 1938) 13. Das Manuskript lag im September 1938 im Umbruch vor, wurde vom Autor unmittelbar nach dem Münchener Abkommen noch um eine Seite ergänzt, erschien aber nicht in Buchform. Ein Exemplar der Schrift wurde vom späteren SPÖ-Vorsitzenden, Vizekanzler und Bundespräsidenten Dr. Adolf Schärf aufbewahrt und befindet sich heute in der Parlamentsbibliothek in Wien; ein anderes liegt im Archiv des Internationaal Instituut voor Social Geschiedenis in Amsterdam.

³⁸⁴ Tagebuch Wieser, 4. Oktober 1918, zitiert nach: HÖBELT, Karl I., 56; vgl. Helmut RUMPLER, Das Völkermanifest Kaiser Karls vom 16. Oktober 1918 (Wien 1966).

bilde, sah aber noch die Zusammenfassung in einem „Bundesstaat“ Österreich vor. Obwohl das Manifest die neuen slawischen Nationalräte in Prag und Agram anerkannte, lehnten diese das kaiserlich-königliche Angebot einmütig ab – nicht zuletzt auch, da die ungarische Regierung die Integrität der Länder der ungarischen Krone in keiner Weise berührt sehen wollte.

Im Oktober 1918 spitzte sich auch die internationale Situation dramatisch zu. Auf der Basis der alliierten Anerkennung des Tschechoslowakischen Nationalrates teilte Beneš den drei westlichen Regierungen mit, dass sich in Paris eine provisorische Tschechoslowakische Regierung gebildet habe – mit Masaryk als Ministerpräsidenten und Finanzminister, Beneš als Außen- und Innenminister sowie General Štefánik als Kriegsminister. Am 5. Oktober sandten Österreich-Ungarn und Deutschland gleichlautende Noten an den Präsidenten Wilson, in der sie um einen Waffenstillstand und die unverzügliche Aufnahme von Friedensverhandlungen auf der Basis der 14 Punkte ersuchten. Edvard Beneš warnte als neuer Außenminister den noch in den USA weilenden Präsidenten der provisorischen Tschechoslowakischen Regierung, Tomáš G. Masaryk:

„[...] La situation chez nous et en Autriche excessivement grave et soyez préparé que les divers projets de fédéralisation seront lancés. Il sera nécessaire alors de soutenir le moral de nos amis à Prague. [...] Suivant les dernières nouvelles de Bohême des machinations sérieuses se préparent contre les Tchèques. On va les menacer de l'invasion prussienne que constitue à présent un vrai danger, et en même temps on essayera de les par des manœuvres fédéralistes. [...]“³⁸⁵

Der Quai d'Orsay anerkannte am 15. Oktober die provisorische Tschechoslowakische Regierung und versprach seine Unterstützung bei der Gründung der Tschechoslowakei „within the limits of its ancient provinces“. Dies konnte nicht nur als Anerkennung der gesamten böhmischen Länder von 1914 interpretiert werden, sondern sogar als Anerkennung tschechischer Forderungen nach weiteren Gebieten Schlesiens und der Lausitz (mit ihren slawischen Sorben) aus der Zeit vor 1635. Und am 18. Oktober 1918 – in Reaktion auf das Manifest Kaiser Karls – veröffentlichte Masaryk in Washington namens der provisorischen Tschechoslowakischen Regierung eine „Unabhängigkeitserklärung“ des von der Entente bereits anerkannten Tschechoslowakischen Nationalrates:

„At this grave moment, when the Hohenzollerns are offering peace in order to stop the victorious advance of the Allied armies and to prevent the dismemberment of Austria-Hungary and Turkey, and when the Habsburgs are promising the federalization of the Empire and autonomy to the dissatisfied nationalities committed to their rule, we, the Czechoslovak National Council, recognized by the Allied and American Governments as the Provisional Government of the Czechoslovak State and Nation, in complete accord with the Declaration of the Czech Deputies, made in Prague on January 6, 1918, and realizing that federalization, and still more, autonomy,

³⁸⁵ KALVODA, Genesis, 418f.; Magda ÁDÁM, György LITVÁN, Mária ORMOS (Hgg.), Documents diplomatiques français sur l'histoire du bassin des Carpates 1918-1932, vol. I: Octobre 1918 – Août 1919 (Budapest 1993) doc. 1.

mean nothing under a Habsburg dynasty, do hereby make and declare this our Declaration of Independence.“³⁸⁶

Noch am selben 18. Oktober formulierte Präsident Wilson seine Waffenstillstandsbedingungen an Österreich-Ungarn: Er sei „no longer at liberty to accept the mere ‚autonomy‘ of these peoples as the basis for peace, but is obliged to insist that they, and not he, shall be the judges of what action of the Austro-Hungarian government will satisfy their aspirations and their conception of their rights and destiny as members of the family of nations“.³⁸⁷

Nach dieser deutlichen Absage an den Fortbestand der Habsburgermonarchie traten am 21. Oktober 1918 sämtliche Reichsratsabgeordnete aller deutschen Wahlbezirke – von der Gottschee (Kočevsko) im Süden Krains bis nach Friedland (Frydlant) in Nordböhmen und von Feldkirch bis nach Bieltitz (Bielsko)³⁸⁸ – im Sitzungssaal des Niederösterreichischen Landtages in der Wiener Herrngasse zusammen und konstituierten sich als Provisorische Nationalversammlung des selbständigen Staates Deutschösterreich. Viktor Adler, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, hatte noch die Gründung eines freien Bundes gleichberechtigter Donauvölker oder den Anschluss an das Deutsche Reich zur Wahl gestellt. Denn nicht nur die Christlichsozialen, sondern auch die Deutschnationalen, die in erster Linie die wirtschaftlichen Interessen des deutschen Bürgertums und der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vor Augen hatten, und wohl auch viele Sozialdemokraten – freilich nicht die Linke um Otto Bauer – gaben sich keinem Zweifel hin, dass die Zerschlagung der Monarchie in zollgeschützte Sonderstaaten die Großunternehmungen, die überwiegend in deutsch-österreichisch-jüdischen Händen waren, die mächtigen Industriekonzerne und die Wiener Großbanken auf das schwerste betreffen sowie die finanzielle und kommerzielle Vorrangstellung Wiens vernichten würden. Es war auch vorherzusehen, dass die tschechischen, polnischen und jugoslawischen Oberschichten darauf brannten, in diese Positionen einzurücken, dass Prag, Warschau und Belgrad bestrebt sein würden, Wien abzulösen.³⁸⁹

³⁸⁶ KALVODA, Genesis, 421-425. Masaryk scheute sich auch nicht, mehrere haarsträubende historische Behauptungen aufzustellen, wie: „We have been an independent State since the Seventh Century...“; „the Habsburgs broke their compact with our nation by illegally transgressing our rights and violating the Constitution of our State which they had pledged themselves to uphold“; die Tschechen „claim the right of Bohemia to be reunited with her Slovak brethren of Slovakia, once part of our national State“.

³⁸⁷ Note Lansing to the Swedish envoy Ekengren, October 19, 1918, in: FRUS, Supp. 1, WWI, 368; Victor S. MAMATEY, *The United States and East-Central Europe, 1914-1918* (Princeton 1957) 322.

³⁸⁸ Vgl. G. Freytags Reichsrats-Wahlkarte 1911 von Österreich. Die Abgrenzung der deutschen und tschechischen Wahlbezirke war bereits im Jahre 1906 von den Vertretern beider Nationalitäten einvernehmlich festgelegt worden.

³⁸⁹ RENNER, *Deutschösterreich*, 34f.

Unter dem Eindruck der Auflösungserscheinungen unter den k.u.k. Truppen an der Südwest-Front und am Balkan akzeptierte der letzte k.u.k. Außenminister, Gyula Graf Andrassy der Jüngere, am 27. Oktober 1918 alle Bedingungen Wilsons. Als die Andrassy-Note, in der nicht nur die Bereitschaft zu sofortigen Waffenstillstandsverhandlungen sondern auch zur Anerkennung der Tschechoslowakei und Jugoslawiens signalisiert wurde, am Morgen des 28. Oktobers in den Schaukästen der Zeitungsredaktionen ausgehängt wurde, brachen in Prag die Dämme. Den nicht nach Genf gereisten Mitgliedern des Nationalausschusses unter Führung von Švehla, Rašín, Soukup und Štrfbrný sowie dem *Sokol*-Führer Scheiner gelang es aber, die aufgeregten Massen – in denen auch Mannschaftspersonen und Offiziere mitmarschierten – zu großen Freudenkundgebungen mit Blasmusik umzulenken und den k.u.k. Militärkommandanten, General Paul Keštraneč, der sich privat der tschechischen Nationalität zugehörig fühlte, zur Übergabe der Befehlsgewalt zu bewegen. Freilich konnte er sich auf ein Fernschreiben des Wiener Kriegsministeriums vom 28. Oktober berufen, in dem die Militärkommanden ermächtigt wurden, „mit den National-Räten ihres Bereiches zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und zum Zwecke der Verpflegung der Truppen im Bedarfsfalle in Verbindung zu treten“. Vereinbarungsgemäß sollten die nicht-tschechischen Truppen in der nächsten Woche in ihre Heimat zurücktransportiert werden, darunter auch das Ersatzbataillon des Egerländer Infanterieregiments 73.³⁹⁰

Auf Initiative von Rašín hatten die Sprecher des Nationalausschusses schon am Nachmittag des 28. Oktober in der Statthalterei – in Abwesenheit des Statthalters standen sie seinem Stellvertreter Dr. Kosina gegenüber – die Übernahme der Verwaltung des Landes verlangt, was dieser angesichts der Massendemonstrationen und fehlender Instruktionen aus Wien nicht verweigern konnte. Der Nationalausschuss übernahm im Interesse der Ordnung die öffentliche Verwaltung in ihrem gesamten Umfang. Nachdem das Militärkommando den Nationalausschuss um Mitwirkung bei der Aufrechterhaltung der Lebensmittelversorgung ersucht hatte, hatte der Nationalausschuss unter seinem Vizepräsidenten Švehla für den 29. Oktober die Übernahme der Prager Kriegsgetreideanstalt vorbereitet, die tatsächlich programmgemäß um 9 Uhr vormittags erfolgte. Damit erhielt der tschechische Nationalausschuss die Kontrolle über die Erntevorräte in ganz Böhmen, was für die weitere Entwicklung im Verhältnis zwischen Prager Regierung und den deutschen Landesregierungen entscheidend wurde. Als der Statthalter Coudenhove am 29. Oktober mit dem Schnellzug aus Wien zurückkehrte, wurde er gleich auf dem Bahnhof von Sokoln festgenommen, dann in die Statthalterei eskortiert. Dort schlugen ihm die Sprecher des Nationalausschusses eine gemeinsame Regierung vor, Coudenhove aber lehnte ab. Als der Statthalter feststellte, dass die deutschen Bezirke Böhmens keinem tschechischen Nationalausschuss unterstellt werden

³⁹⁰ KALVODA, Genesis, 423-428; Telegr. KM Abt. 5, Nr. 13.200, an alle Militärkommandos, 28. Oktober 1918, KA, MKSM 1918, 69-27/4; vgl. PLASCHKA – HASELSTEINER – SUPPAN, Innere Front II, 122, 142-183.

könnten, brausten die tschechischen Verhandler auf: Von deutschen Bezirken in Böhmen wollten sie gar nichts hören...³⁹¹

Nach diesem unblutigen „Umsturz“ in Prag und der Ausrufung der Tschechoslowakischen Republik am 28. Oktober 1918 stürzten Demonstranten am 3. November 1918 die Mariensäule auf dem Altstädter Ring, die dort 1650 zum Dank an die Befreiung von den Schweden errichtet worden war. Nun galt sie den tschechischen Nationalisten ebenso als habsburgisches Symbol wie das Radetzky-Denkmal auf dem Kleinseitner Ring. Wäre nicht die Exekutive eingeschritten, so wäre auch die Statue des Hl. Nepomuk von der Karlsbrücke gestürzt worden. Die Prager Deutschen blieben in diesen Tagen stumm; nicht ein einziges deutsches Wort war auf den Straßen zu hören. Im ganzen Land wurden innerhalb von zwei Jahren Statuen Josephs II. entfernt, so in Brünn, Budweis, Teplitz, Tetschen, Böhmisches-Leipa, Aussig, Eger und Asch.³⁹² – Die stürmischen Umsturztag von Prag widerlegen jedenfalls die Meinung Václav Havel, dass zur tschechischen „nationalen Ausstattung“ schon traditionell „eine bestimmte verstärkte Vorsicht, Misstrauen gegenüber Veränderungen, Langsamkeit, die fehlende Bereitschaft, Opfer zu bringen, Abwarten und Skepsis“ gehörten. Auch seine Vermutung, dass dies „mit der Ausrottung oder Verfolgung des böhmischen Adels im 17. Jahrhundert und dem plebejischen Hintergrund“ zusammenhänge, auf dem sich die moderne tschechische Nation gebildet habe, ist einigermaßen fragwürdig.³⁹³

Erst am 1. Mai 1918 hatte sich auch eine slowakische Volksversammlung in Liptau-Sankt-Nikolaus (Liptószentmiklós, Liptovský Svätý Mikuláš) für einen gemeinsamen Staat mit den Tschechen erklärt, dessen Ausrufung der Initiator dieser Aktion, der Arzt Vavro Šrobár, am 28. Oktober 1918 in Prag tatsächlich miterleben konnte. Ein Slowakischer Nationalrat (*Slovenská národná rada*) – rund 100 Vertreter aller slowakischen Parteien – bestätigte in seiner Deklaration von Martin vom 30. Oktober 1918 seine Bereitschaft, einen gemeinsamen tschechoslowakischen Staat zu schaffen. Der katholische Pfarrer Andrej Hlinka erklärte die „eintausend-jährige Ehe“ mit den Magyaren für aufgelöst. In der Revolutionären Nationalversammlung vom 14. November 1918 erhielten die Slowaken vorerst 54 von 249 Sitzen, und die Prager Regierung ernannte Anfang Dezember 1918 Šrobár zum Minister für die Slowakei. Das Angebot der neuen ungarischen Regierung unter Mihály Graf Károlyi, der Slowakei eine Autonomie zu gewähren, stellte keine attraktive Alternative mehr dar.³⁹⁴

³⁹¹ OPOČENSKÝ, Umsturz, 400-415; KALVODA, Genesis, 423-428; PLASCHKA – HASELSTEINER – SUPPAN, Innere Front II, 159f.

³⁹² SAYER, Bohemia, 140, 169; WINGFIELD, Flag Wars, 130, 145, 149, 156-169.

³⁹³ Václav HAVEL, Fassen Sie sich bitte kurz. Gedanken und Erinnerungen zu Fragen von Karel Hvizďala (Reinbek bei Hamburg 2007) 65, 137-139.

³⁹⁴ KOVÁČ, Vznik Česko-Slovenska, in: Kováč, Prvá svetová vojna, 291-301; Ignác ROMSICS, Weltkrieg, Revolutionen, Trianon (1914-1920), in: Tóth, Geschichte Ungarns, 601-608. Eine Erhebung des ungarischen Innenministeriums von Anfang Oktober 1918 stellte in den oberungarischen Komitaten lediglich etwa 500 slowakische politische und literarisch nationalbewusste

Als die k.u.k. Armee am 3. November 1918 in der Villa Giusti bei Padua kapitulieren musste und sich in den folgenden Tagen – nicht zuletzt auf Grund eines überhasteten Befehls des Armeekommandos zur Feuereinstellung – 350.000 bis 400.000 Mann ergeben mussten, waren unter ihnen nur ein Drittel deutsche Österreicher; die übrigen zwei Drittel setzten sich aus 83.000 Tschechen und Slowaken, 61.000 Südslawen, 40.000 Polen, 32.000 Ukrainern, 25.000 Rumänen und sogar 7000 Italienern zusammen – nach dem Willen ihrer Politiker die meisten bereits Alliierte der Entente. Während die der Kriegsgefangenschaft entgangenen und nach Haus eilenden Egerländer, Znaimer, Wiener und Niederösterreicher – unter ihnen die Pionierkompanie des späteren Bundeskanzlers Julius Raab – lediglich von ihren Angehörigen freudig begrüßt wurden, kehrte der Großteil des Prager Infanterieregiments 28 bereits am Abend des 2. und im Verlauf des 3. Novembers per Bahn über Bruck an der Mur nach Prag zurück und wurde am 4. November von einer großen Menschenmenge auf dem Wenzelsplatz feierlich begrüßt.³⁹⁵

Die Kriegsverluste der Deutsch-Österreicher und Tschechen unterschieden sich zwar durch die hohe Einsatzbereitschaft der alpenländischen Regimenter sowie des Znaimer und Egerländer Regiments, lagen aber im Durchschnitt keineswegs sehr weit auseinander. Denn auf 1000 Einwohner der deutschen Gebiete Mährens entfielen bis Ende 1917 44,4 Militärtote, der deutschen Gebiete Böhmens 34,5, der deutschen Gebiete Österreichs 29,1, der tschechischen Gebiete Mährens 26,7 und der tschechischen Gebiete Böhmens 22,5. Das bedeutete, dass die 10 Millionen Deutsch-Österreicher etwa 290.000 (davon das heutige Österreich ungefähr 190.000), die 6,5 Millionen Tschechen etwa 116.000 militärische Totenverluste zu beklagen hatten. Auch im Vergleich zu den Totenverlusten der anderen Nationalitäten lagen die Tschechen über dem Durchschnitt, denn neben den Deutschen wurden sie lediglich von den Magyaren, Slowenen und Slowaken „übertroffen“, während Rumänen, Serben, Ukrainer, Kroaten, Italiener und Polen anteilmäßig weniger Totenverluste erlitten. Damit erwies sich aber der angeblich kampfunwillige und desertionsbereite tschechische Soldat sowohl als Konstrukt der deutschen nationalen Propaganda während des Krieges wie auch der tschechisch-nationalen Propaganda in der Emigration und nach dem Weltkrieg.³⁹⁶

Aktivisten fest, davon vorwiegend Geistliche beider Konfessionen, Rechtsanwälte und Ärzte, hingegen nur sehr wenige Volksschullehrer, Kaufleute und Industrielle, überhaupt keine Gymnasial- oder Universitätsprofessoren und auch keine Ingenieure. – GOGOLÁK, *Revolutionen*, 148; KALVODA, *Genesis*, 429-432.

³⁹⁵ István DEÁK, *The Habsburg army in the first and last days of World War I: a comparative analysis*, in: B. K. Király and N.F. Dreisiger (eds.), *East Central European society in World War I* (New York 1985) 301-312; Josef FUČÍK, *Osmadvacátníci. Spor o českého vojáka Velké války 1914-1918* (Praha 2006) 389.

³⁹⁶ Wilhelm WINKLER, *Statistisches Handbuch des gesamten Deutschtums* (Berlin 1927) 300-302. Zum Vergleich: Alle tschechischen Legionäre zusammen verzeichneten 5405 Totenverluste. – ŠEDIVÝ, *Češi*, 146-150.

Der Historiker Pekař bewertete am 28. Oktober 1919, am ersten Jahrestag der Selbständigkeit der Tschechoslowakei, in der Großen Aula der Karls-Universität mit großem psychologischem Einfühlungsvermögen das dramatische Ende der Habsburgermonarchie nach den Waffenstillstandsbedingungen des Präsidenten Wilson:

„[...] Es war eine zermalmende Antwort, denn in ihren Konsequenzen bedeutete sie das Todesurteil über die Monarchie. Und darüber hinaus: die Vollstreckung dieses Urteils sollte nicht der Erwägung der alliierten Großmächte anvertraut, sondern dem Willen zweier kleiner, bisher österreichischer Völker überantwortet werden, den Tschechen und den Südslawen. – Es scheint mir, dass niemals in der Geschichte in die Hauptstadt der habsburgischen Monarchie eine Note demütigenderen Inhalts gelangt war, dass niemals der siegreiche Triumph Tschechiens über Austria so rücksichtslos den Blicken aller Welt preisgegeben wurde. Die Tschechen Schiedsrichter in der Frage der tschechischen Selbständigkeit, die Tschechen Richter über das Schicksal Österreichs und Ungarns!“³⁹⁷

³⁹⁷ Josef PEKAŘ, Říjen 1918, in: ČČH 25 (Praha 1919) 181-195; vgl. PLASCHKA, Palacký, 83f.; KALVODA, Genesis, 423.

